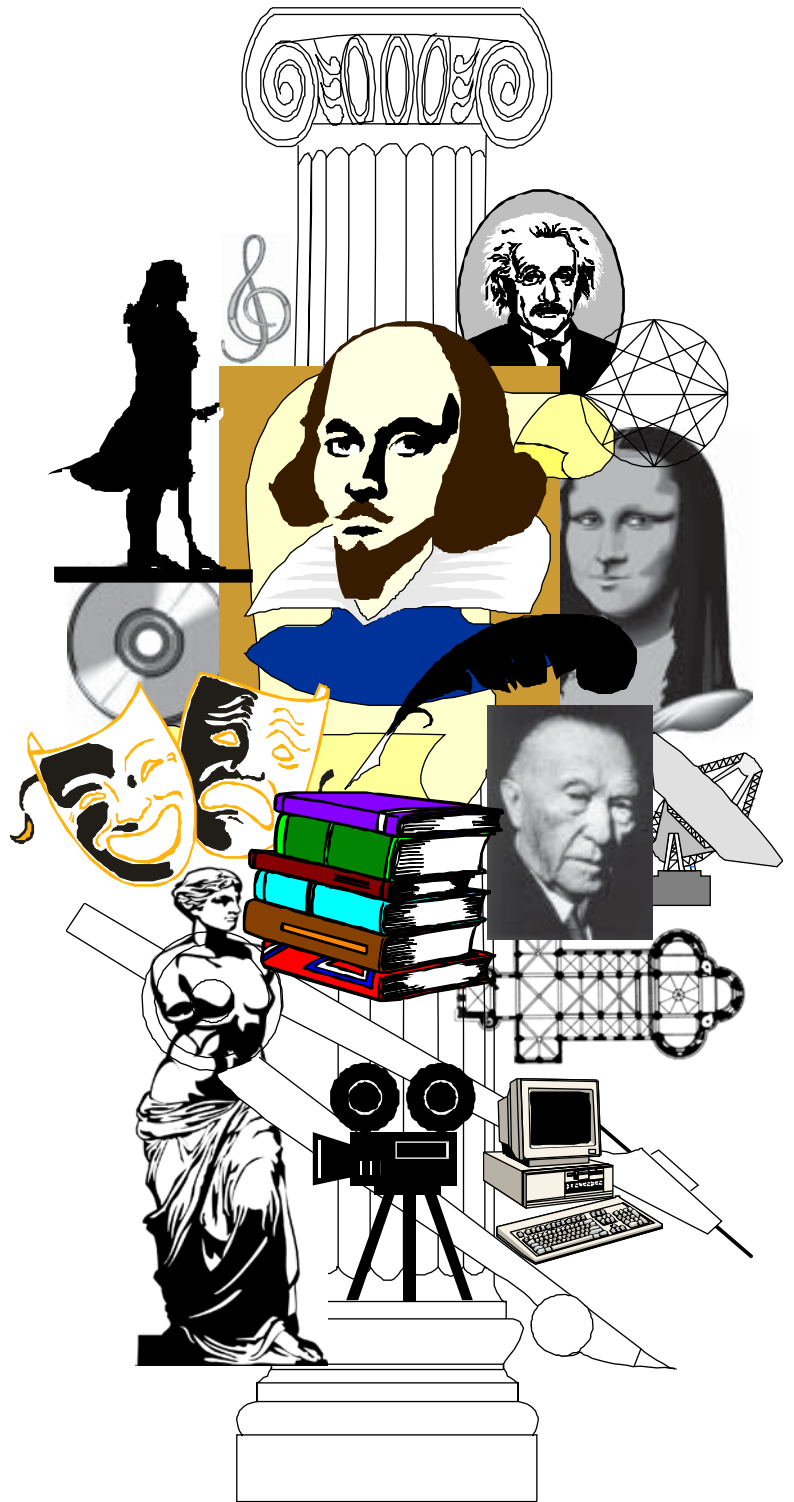


IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

ONLINE-ZEITSCHRIFT
HEFT 18 - OKTOBER 2006



Konrad
Adenauer
Stiftung
www.kas.de



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

Heft 18 - Oktober 2006

INHALT

■ Editorial	3
<i>Anton Pfeifer, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	4
<i>Kulturpolitik im Bund</i> 4	
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i> 12	
<i>Grundsatzbeiträge zu Kunst und Kultur</i> 22	
• <i>Beitrag von Norbert Lammert</i>	
<i>Aus den CDU-Landtagsfraktionen</i> 25	
■ Kulturpolitik in der Presse	28
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i> 28	
<i>Kulturpolitik im Bund</i> 31	
<i>Kulturpolitik in Ländern und Kommunen</i> 42	
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i> 45	
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i> 50	
<i>Kulturpolitik im Ausland</i> 55	
<i>Personalien</i> 56	
<i>Zitate</i> 57	
<i>Das politische Gedicht</i> 62	
<i>Aus kulturpolitischen Beiträgen</i> 63	
■ Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung	64
<i>Neuerscheinungen</i> 64	
<i>Veranstaltungen</i> 65	
■ Letzte Meldungen*	68
■ Hinweis der Redaktion	69

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Tel. (02241) 246-2302 + 246-2441
Fax (02241) 246-2555
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantw.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188



EDITORIAL

Es war nicht verwunderlich, dass im Rahmen der vorgezogenen Bundestagswahl vom September 2005 auch Person und Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wieder in die öffentliche Diskussion geraten sind. Auch bei den vorangegangenen Amtsinhabern gab es immer wieder ähnliche Debatten. Auch diesmal spekulierte man intensiv über den künftigen Kulturstaatsminister, es wurde eine Fülle von Namen öffentlich gehandelt und fast tagtäglich ausgetauscht, auch das Amtsverständnis und die Funktion des Kulturstaatsministers wurden wieder einmal diskutiert, zumal die Föderalismusreform ihre Schatten vorauswarf. Mit der Wahl von Bernd Neumann, die von den Feuilletons weithin begrüßt wurde, weil erstmals ein aktiver Politiker mit entsprechend großer Erfahrung auch im Tagesgeschäft in das Amt berufen wurde, ist die Entscheidung gefallen, und die Bilanz des ersten Amtsjahres von Staatsminister Neumann kann sich sehen lassen. Der Kulturetat in Höhe von 1,06 Mrd. Euro hat für den Haushalt 2006 eine Steigerung erfahren, was in Zeiten allgemeiner Einsparungen ein großer Erfolg des Kulturstaatsministers ist und auch vom Deutschen Kulturrat zurecht entsprechend gewürdigt wurde. Auch für 2007 konnte der Haushalt wiederum gesteigert werden. Damit ist erneut der Beweis dafür erbracht, dass Kunst und Kultur im Rahmen der Unionspolitik gegenüber der Vorgängerregierung einen deutlich erhöhten Stellenwert genießen, zumal auch das CDU-geführte Nordrhein-Westfalen, wie angekündigt, seinen Kul-

turhaushalt erhöht hat. Nachhaltigkeit, Stetigkeit und Verlässlichkeit sind für die Kulturpolitik wichtiger als Glanz, Glamour und Event.

In einer großen Koalition ist der Koalitionsvertrag maßgeblich, und hier ist die Handschrift der Union deutlich erkennbar. Der Vertrag bekennt ausdrücklich dazu, dass der Bund „eine Reihe von wichtigen Aufgaben zu erfüllen“ habe, um „Deutschlands Verpflichtung als europäische Kulturnation gerecht zu werden“. Man will bürokratische Hürden, etwa im Steuerrecht, abbauen, auch mit Blick auf die Förderung bürgerchaftlichen Engagements und mit Blick auf das Vereinsrecht, das Stiftungsrecht weiter entwickeln, die Rechtsstellung der Urheber stärken und will auch bei einer Überarbeitung von Hartz IV vor allem bei Beschäftigungsverhältnissen freiberuflich Tätiger im Kultur- und Medienbereich Einschränkungen verhindern. Der Vertrag bekennt sich zum Berliner Stadtschloss, zur Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts der Bundesregierung, zu einem „sichtbaren Zeichen“ in Berlin zur historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung und zur Stärkung der auswärtigen Kulturarbeit. Und in einem anderen Zusammenhang auch zur Errichtung einer Stiftung Baukultur des Bundes, die man voranbringen wolle.

Erste Signale sind sichtbar: Das UNESCO-Abkommen zum Schutz des Kulturgutes von 1970 wird in Deutschland umgesetzt; am Zustandkommen der UNESCO-Konvention zum Erhalt der kulturellen Vielfalt war Deutschland maßgeblich beteiligt, die Stärkung der Deutschen Welle ist nach Jahren der Kürzungen beschlossen, gestärkt wird auch die Künstler-sozialversicherung, die Förderung

des deutschen Films ist erheblich aufgestockt worden, die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ arbeitet weiter, ein Unterausschuss für die Auswärtige Kulturpolitik ist eingerichtet worden. Dass auf der anderen Seite noch vieles offen ist, wie etwa die angestrebte Fusion der Kulturstiftungen des Bundes und der Länder oder die Frage, wie das „sichtbare Zeichen“ in Berlin auszusehen habe, ist angesichts der kurzen Zeit, die der neuen Bundesregierung zur Verfügung stand, nicht verwunderlich. Aber schon jetzt zeichnet sich ab, dass das im Koalitionsvertrag für den Kulturbereich Vereinbarte mit Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit in die Tat umgesetzt wird.

Besonders zu begrüßen ist das Engagement von Staatsminister Bernd Neumann für die kulturelle Bildung insbesondere an unseren Schulen. Markante Verbesserungen, die angesichts des nachgewiesenen Zusammenhangs von Bildung und Teilhabe an Kultur dringend notwendig sind, werden sich hier allerdings nur einstellen, wenn wir uns wieder darauf besinnen, dass die Bildungsinhalte unserer Schulen das „Maßgebende und Maßgebliche“ (Bundespräsident Horst Köhler) repräsentieren müssen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat diese Debatte in einem wichtigen Teilbereich mit ihrem ganz konkret formulierten Kerncurriculum zum Musikunterricht angestoßen. Sie ist dabei auf heftige Gegenrede gestoßen. Aber immerhin: Die Debatte hat begonnen, und die Stiftung wird sich auch weiterhin intensiv an ihr beteiligen.

*Anton Pfeifer,
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*



BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006

Kulturpolitik im Bund

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister
Bernd Neumann, MdB

Kultur- und Medienpolitik selbstverständliche, integrale Bestandteile unserer Regierungsarbeit

Rede zur Regierungserklärung (1. Dezember 2005; Auszug)

Die Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel, ist in ihrer.. Regierungserklärung.. ausführlich auf die Bedeutung der Kultur eingegangen. Sie hat damit der Kulturpolitik einen herausgehobenen Stellenwert gegeben. Sie hat unter anderem gesagt - ich wiederhole dies -:
Unsere kulturelle Vielfalt ist einzigartig. Unsere Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenhaltens. Deshalb ist Kulturförderung für diese Bundesregierung keine Subvention. Sie ist eine Investition, und zwar eine Investition in ein lebenswertes Deutschland. Wann ist dies von so hoher politischer Ebene hier im Deutschen Bundestag so deutlich gesagt worden? Die Kanzlerin hat zudem betont, dass der Bund neben den Ländern und Kommunen auch in Zukunft eine Reihe ganz wichtiger Kulturaufgaben wahrnehmen wird. Deutschland - und nicht nur die Summe der 16 Bundesländer - ist schließlich eine

europäische Kulturnation. Das ist wahr und in dieser Verantwortung stehen wird. Kultur- und Medienpolitik sind deshalb selbstverständliche, integrale Bestandteile unserer Regierungsarbeit. Die Koalitionsvereinbarung von Union und SPD ist dafür eine gute Grundlage...

Im Übrigen hätte eine Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP im Bereich von Kultur und Medien ... nicht viel anders ausgesehen.

Bevor ich zu einigen Sachpunkten komme, eine kurze Bemerkung zum Amtsverständnis und zur Rolle des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, worüber in Verbindung mit der Personalentscheidung ja viel geschrieben wurde. Die Aussage unter anderem vom Kulturrat, durch die geplante Föderalismusreform würde der Kulturstaaatsminister geschwächt, ist nicht haltbar.

Es wäre besser gewesen, die Kritiker ... hätten sich den vorgesehenen neuen Artikel im Grundgesetz genau angesehen. Nur dann, wenn in Brüssel ein Thema ansteht, das im Schwerpunkt der ausschließlichen Gesetzgebungsbefugnis der Länder unterliegt, ist ein Vertreter des Bundesrates Verhandlungsführer. Er hat allerdings immer die Verpflichtung, sich vorher mit dem Bund abzustimmen und die gesamtstaatliche Verantwortung

des Bundes zu wahren. So steht es dort. Mit dieser Feststellung - das ist selbst für Juristen ganz interessant - bestätigen die Länder im Grundsatz die ungeschriebene Kompetenz des Bundes für die Kultur. Das heißt, in allen Fragen, die schwerpunktmäßig nicht unter die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder fallen, wird wie bisher der Bund die Verhandlungsführung in Brüssel wahrnehmen, zum Beispiel beim europäischen Urheberrecht, beim Folgerecht und bei der Umsetzung von EU-Richtlinien. Im Übrigen ist für mich nicht so entscheidend, wer gerade die Delegation leitet, sondern mehr, dass das Verhandlungsziel mit dem Bund abgestimmt sein muss. Sie können deshalb davon ausgehen, dass ich meine Rolle in Brüssel sehr selbstbewusst wahrnehmen werde ... Sie kennen die Koalitionsvereinbarung. Sie enthält einige grundsätzliche und eine ganze Reihe konkreter Aussagen. Ich möchte mich deshalb auf einige Anmerkungen beschränken.

Die wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik des Bundes liegt in der Gestaltung und der möglichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kultur. Dazu gehören unter anderem die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung, ein künstler- und autorenfreund-



liches Urheberrecht, ein besonderes Engagement für die neuen Länder sowie die Wahrnehmung der besonderen Verantwortung für die Kultur in der Hauptstadt Berlin.

Auf europäischer Ebene und darüber hinaus wollen wir Vereinbarungen, die unsere kulturelle Vielfalt schützen, die es verhindern, dass Kultur zur bloßen Handelsware herabgesetzt wird, und die der nationalen Verantwortung, zu der auch die Eigenverantwortung von Kommunen und Bundesländern gehört, den Freiraum und die Autonomie belassen, die überhaupt erst kulturelle Vielfalt ermöglichen.

Für den deutschen Film ... haben wir nicht nur in der Koalitionsvereinbarung, sondern bereits in der ersten Arbeitssitzung des Kabinetts eine wichtige Weichenstellung im Hinblick auf die Mobilisierung privaten Kapitals vorgenommen ... Im Medienbereich wird die Deutsche Welle im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen. Sie muss in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gestärkt werden - so heißt es, wenn auch nicht im Kapitel „Medien“, im Kapitel „Außenpolitik“ -, damit Deutschland in seiner ganzen Vielfalt als verantwortungsbewusster Partner in der Welt wahrgenommen wird. Wir wollen eine enge Kooperation mit ARD und ZDF, um die Aktualität und Attraktivität des deutschen Auslandsfernsehens, Deutsche Welle TV, zu verbessern ...

Überzeugend für unsere Werte werben

Gespräch mit der Deutschen Welle, veröffentlicht in „Weltzeit-Magazin der Deutschen Welle“ Nr. 1. März 2006 (9. März 2006; Auszug)

Deutsche Welle: Wo sehen Sie den entscheidenden Mehrwert von Auslandsrundfunk für unser Land?

Bernd Neumann: Die Deutsche Welle ist die Stimme Deutschlands in der Welt. Wir brauchen einen modernen Sender, der Deutschland als Land der Freiheit des Geistes, der Musik, der Literatur, der Wissenschaft und der Wirtschaft darstellt. Unsere 1000jährige Kulturgeschichte ist ein wirklicher „Standortvorteil“.

Deutschland hat gerade in den osteuropäischen Ländern an Affinität gewonnen. Dies ist auch Verdienst der DW. Die Integration der EU - besonders der neuen Mitglieder - ist eine bedeutende Aufgabe auch für die Kulturpolitik ...

Deutsche Welle: Die Deutsche Welle soll in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gestärkt werden - so steht es im Koalitionsvertrag. Was heißt das für Sie konkret?

Bernd Neumann: ... Im Frühjahr dieses Jahres muss die DW nach den Regularien des novellierten DW-Gesetzes eine plausible Aufgabenplanung für die nächsten vier Jahre vorlegen. Dies ermöglicht dann eine kultur- und medienpolitische Diskussion in

den Ausschüssen des Deutschen Bundestages.

Mein Anliegen wird sein, dass am Ende alle Fraktionen erkennen, dass die Deutsche Welle im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Optimales leistet und unsere Anerkennung und politische Unterstützung verdient.

Deutsche Welle: ARD, ZDF und Deutsche Welle sollen stärker zusammenarbeiten, um das deutsche Auslandsfernsehen attraktiver zu machen - auch das steht im Koalitionsvertrag. Wo sehen Sie dabei Ihre Rolle?

Bernd Neumann: Die Deutsche Welle ist integraler Bestandteil der ARD und schon deshalb auf Kooperation mit den anderen ARD-Anstalten angelegt. Und auch mit dem ZDF ist im Fernsichtbereich eine Zusammenarbeit geboten. Sie funktioniert ja überwiegend gut beim Einsatz der Korrespondenten an Brennpunkten der Welt.

Ende 2005 ist nach vierjährigen Erprobungsphase das Format GERMAN-TV nicht weitergeführt worden. Ich bin froh, dass der Intendant der Deutschen Welle, Erik Bettermann, zusammen mit seinen Kollegen von ARD und ZDF in intensive Gespräche eingetreten ist, um die gute Erfahrung bei GERMAN-TV mit der Übernahme von Programmanteilen aus ARD und ZDF auch bei DW-TV zu nutzen.

Ich bin mit allen Intendanten im intensiven Kontakt, um sie zu ermutigen, zügig zu nachhaltigen Ergebnissen zu kommen.



Kulturförderung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

Interview mit dem „Kurier am Sonntag“ (Bremen)
(23. April 2006; Auszug)

(Es) ist leider Realität, dass in Zeiten knapper Kassen schnell an der Kultur gespart wird, in den Städten, in den Ländern. Müssen Sie auch Kürzungen befürchten?

Bernd Neumann:

Das ist in der Tat vielfach so. Deswegen empfinde ich mich hier als Anwalt der Kultur. Denn gerade in einer Zeit der Globalisierung, der zunehmenden Orientierungslosigkeit, brauchen die Menschen Heimat und Identität. Die Kultur, die gemeinsame Sprache und Geschichte stiften genau dies, das ist es doch, was uns als Gesellschaft zusammenhält. Ich bin deswegen auch ein wenig stolz darauf, dass es mir auf der Bundesebene gelungen ist, den Kulturbereich vor Kürzungen zu bewahren. Das ist der einzige Einzeletat im Bundeshaushalt, bei dem nicht gekürzt wird und das trotz des Zwangs, im nächsten Jahr wieder den Euro-Stabilitätspakt einhalten zu müssen. Der alte Haushaltsentwurf von Rot-Grün sah noch Kürzungen im Kulturbereich vor. Die habe ich nicht nur abwehren können, sondern sogar noch eine Erhöhung um 2,1 Prozent erreicht. Ich weiß natürlich, dass das immer wieder erkämpft werden muss.

Ausgleichen kann der Bund

Kürzungen in Kommunen und Ländern doch wohl kaum...

Bernd Neumann:

Nein, natürlich nicht. Denken Sie an die Debatte über die Föderalismusreform. Da legen die Länder doch sehr viel Wert darauf, dass Kultur primär Ländersache ist. Das ist zunächst auch richtig. Aber es gibt auch eine nationale Verantwortung, etwa für die Hauptstadt Berlin oder die vielen Einrichtungen in den Ländern von nationaler Bedeutung wie z. B. Gedenkstätten, wo der Bund unbestritten natürliche Zuständigkeiten hat. Wir wollen auch gar nicht in die Kompetenzen der Länder eingreifen. Es werden etwa acht Milliarden Euro im Jahr für die Kultur ausgegeben, davon tragen Länder und Kommunen 90 Prozent. Aber natürlich sind beide immer dankbar, wenn der Bund behilflich ist, herausragende Einrichtungen oder Projekte von nationaler Bedeutung in den Ländern mit zu finanzieren.

Aber die Kulturförderung könnte es doch nächstes Jahr indirekt empfindlich treffen, wenn der steuerliche Abzug von Spenden an Fördervereine von Bibliotheken, Museen, Orchestern oder Theatern gestrichen wird. Können Sie den Finanzminister da noch umstimmen?

Bernd Neumann:

Dieses Thema ist weniger dramatisch, als es auf den ersten Blick erscheint. Der Sachverhalt sieht nämlich wie folgt aus: Spenden kann man auch künftig von der Steuer abziehen. Wenn man Fördermitglied einer

gemeinnützigen Einrichtung ist, kann man in vielen Fällen auch seinen Mitgliedsbeitrag steuerlich absetzen. Nun gibt es aber bei einigen gemeinnützigen Einrichtungen im kulturellen Bereich für fördernde Mitglieder Vergünstigungen wie Gratis-Eintritt, also etwa den kostenlosen Museumsbesuch. Dazu hat der Bundesfinanzminister verfügt, dass eine solche Vergünstigung als geldwerter Vorteil einzustufen ist und in Folge die Mitgliedsbeiträge dann nicht mehr absetzbar sind. Die Interventionen meines Hauses haben dazu geführt, dass dies nicht für einzelne Dankeskonzerte oder ähnliche Veranstaltungen gilt. Diese Neuregelung haben letztlich auch die Kultusminister der Länder akzeptiert. Wir haben aber beim Finanzminister darauf gedrungen, dass nach zwei oder drei Jahren überprüft wird, ob und welche Folgen das für die Kulturförderung gehabt hat.

Kulturförderung des Bundes Interview mit dem Darmstädter Echo

(28. August 2006; Auszug)

Darmstädter Echo: Herr Neumann, die Bundeskanzlerin hat gesagt, sie verstehe Kulturförderung nicht als Subvention, sondern als Investition. Bund und Länder fördern den Film mit 200 Millionen Euro jährlich, sechzig Millionen kommen ab 2007 aus Ihrem Haus noch dazu als Produktionskostenerstattung nach britischem Vorbild. Ist das nicht eine jener klassischen Subventionen, die doch eigentlich abgebaut werden sollten?



Bernd Neumann: Der Staat vergibt Mittel, damit ein Prozess stattfindet, den man sich wünscht. Subvention ist nicht immer negativ, trotzdem ist es richtig, sie zu durchforsten und abzubauen.

Der deutsche Film ist wettbewerbsfähig, aber die deutsche Filmwirtschaft ist es nicht. Deutschland ist das einzige Land, das keine steuerlichen oder sonstigen Anreize für Produzenten bietet. In allen Ländern, auch in den USA, gibt es Anreize für Produzenten. Das Ergebnis ist, dass zum Beispiel jetzt die Verfilmung von Süsskind „Parfum“, 40 Millionen Euro teuer, im wesentlichen in Spanien produziert wird, weil es dort bessere Bedingungen gibt...

Darmstädter Echo: Welchen Markt kann der deutsche Film ausschöpfen? Er hat im Kino zurzeit einen hohen Anteil von 20 Prozent.

Neumann: Das ist zu steigern. In unseren Kinos sehen die Besucher zu 70 Prozent amerikanische Filme. Wir werden das nicht umdrehen. Aber wir können den Anteil deutscher Filme deutlich erhöhen. Wir werden immer nur eine Nische haben. Aber diese Nische müssen wir ausbauen, und damit einen wichtigen Wirtschaftszweig aus kulturellen und wirtschaftlichen Gründen erhalten.

Darmstädter Echo: Millionenpakete für den Film – nimmt sich die Literaturförderung dagegen nicht sehr bescheiden aus?

Neumann: Man sollte nicht

Film-, Theater- und Literaturförderung gegeneinander ausspielen. Natürlich tun wir nie genug. Die Literatur hat eine hohe Bedeutung, nicht zuletzt hier in Darmstadt. Zum Beispiel unterstützen wir den Deutschen Literaturfonds neuerdings über die Kulturstiftung des Bundes mit einer Million Euro jährlich. Im Jahr 2005 wurden aber nur 500.000 Euro ausgeschöpft, was einige Kollegen im Bundestag zu kritischen Fragen veranlasst hatte. Entscheidend ist die Frage: Unterbleibt etwas, das kulturell wichtig ist, weil es nicht gefördert wird? Und hier muss man sagen, wir haben in Deutschland eine in der Welt einzigartige kulturelle Vielfalt mit bemerkenswerter, umfangreicher Förderung...

Darmstädter Echo: Welche Rolle kann eine Deutsche Akademie im Kulturleben spielen?

Neumann: Es ist eine wichtige Stimme, im Grunde ist es die bedeutendste Einrichtung im Hinblick auf die Pflege der deutschen Sprache und Literatur.

Darmstädter Echo: Tun wir genug für diese Pflege? Es gibt andere Länder, die Sprachschutzgesetze erlassen haben beispielsweise gegen den Einfluss des Englischen. Brauchen wir derlei auch in Deutschland?

Neumann: Als Kulturstaatsminister sage ich: Wir können hierfür nie genug tun.

Darmstädter Echo: Andere Länder treten in dieser Hinsicht aber offensiver auf. Sind wir zu zurückhaltend?

Neumann: Wir sind gewiss ein Stück defensiv, und es gibt sicher die Notwendigkeit, das zu ändern. Diese Reserviertheit ist wohl auch durch unsere Vergangenheit zu erklären, von der ich glaube, dass wir sie in diesem Punkt einmal überwunden haben müssten.

Darmstädter Echo: Hat das nicht auch etwas mit der konstitutionellen Verfasstheit zu tun als föderaler Staat? Fehlt uns ein offenerer Zugang zur eigenen Identität, kann das Ministerium dazu beitragen?

Neumann: Zweimal ja. Wir haben hier ein Defizit, und ich glaube, dass auch mein Ministerium dafür mehr tun kann und muss. Wir sind genötigt, uns selbst zu definieren, zu fragen: Was macht uns eigentlich aus als Deutsche? Und wir können uns nur über unsere eigene Sprache und Kultur definieren. Ganz wichtig ist dabei auch der Bereich der kulturellen Bildung in den Schulen, die zunehmend vernachlässigt wird. Ich habe vor, mich ungeachtet der Länderkompetenzen diesem Thema zu widmen. Das ist auch eine nationale Aufgabe.

Darmstädter Echo: Hilft da ein „Staatsziel Kultur“ im Grundgesetz? Oder ist das nur ein Symbol, das schwer zu definieren ist?

Neumann: Vieles lebt von Symbolen. Als Kulturstaatsminister würde ich es begrüßen. Nicht, weil daraus direkt finanzielle Forderungen abzuleiten wären. Aber weil es deutlich machte, dass wir uns als Kulturnation be-



greifen. Dadurch hat zum Beispiel das Theater in Frankfurt oder Darmstadt nicht automatisch mehr Geld. Aber wir bringen zum Ausdruck, welche bedeutende Rolle die Kultur in unserem Lande haben muss. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen ...

Kultur ist so wichtig wie Verteidigung

Interview in der Braunschweiger Zeitung (29. August 2006; Auszug)

Braunschweiger Zeitung: Deutschland wird weltweit um seine einzigartig dichte Theaterlandschaft beneidet. Ständige Kürzungen bringen sie akut in Gefahr. Welchen Einfluss kann der Kulturstaatsminister darauf nehmen?

Bernd Neumann: Mein Amt ist wegen der Länderhoheit in Kulturfragen dafür natürlich nicht direkt zuständig. Wir unterstützen die Bayreuther Festspiele, geben auch etwas zur Sanierung der Staatsoper Berlin als kulturellen Aushängeschildern der Bundesrepublik. Aber es gehört auch zu meinen Aufgaben, mich einzumischen, wo immer Kultur bedroht ist. Ich bin ein Mahner, wenn es darum geht, dass gern zuerst bei der Kultur gespart wird. Und ich gehe mit gutem Beispiel voran: Von 2006 auf 2007 konnte ich meinen Haushalt sogar leicht steigern.

Braunschweiger Zeitung: Wie sieht es mit den kleinen Theatern aus?

Neumann: Gerade die kleinen Theater in Deutschland sind ja auch die Basis für die Spitzenkultur. Und auch die bekannten Filmschauspieler haben oft in Stadttheatern angefangen. Auch die Städte müssen sich klar sein: Theater ist nicht billig zu machen, aber wertvoll. Eine Stadt ohne Theater ist ärmer. Ich sage aber auch ganz klar: Theater können heute unternehmerisch nicht mehr so geführt werden wie früher. Es muss Kooperationen, mehr Flexibilität geben, gerade auch tariflich.

Braunschweiger Zeitung: Musikisch-kulturelle Bildung fördert die Intelligenz und das soziale Klima, das ist unstrittig. Im Koalitionsvertrag steht, dass die Teilhabe von Jugendlichen am Kulturangebot gefördert werden soll. Wie?

Neumann: Es gibt eine nationale Verantwortung für kulturelle Bildung, unbeschadet der Länderkompetenz bei der schulischen Bildung. Am meisten gesündigt wird leider wohl bei der Schulmusik. Die Rückgänge an den Musikhochschulen sind bedenklich. Wir unterstützen vom Bund aus Konzepte, wie sich kulturelle Einrichtungen anders öffnen können für Jugendliche.

Das ist mit freiem Eintritt in Museen eben nicht getan. Wenn die Kulturnation Deutschland nicht etwas Abstraktes werden soll, ist ein direkter Bezug möglichst vieler Menschen zu Kultur nötig. Das fängt bei der Bildung und Ausbildung an. Wir müssen junge Leute frühzeitig mit Kultur konfrontieren, wenn

wir wollen, dass sie später ins Theater oder ins Konzert gehen. Wir können nur ergänzende Programme dafür auflegen, etwa zur Laienmusik, die ja auch wiederum die Basis für Spitzenmusik ist....

(In der) Frage des Urheberrechts war ich auf Frau Weiss' Seite: Da sollte ins Gesetz von vornherein eine Bagatellklausel, wonach geringer Verstoß nicht strafbar wäre. Diese Klausel ist nun weggefallen. Und so konnte ich Rahmenbedingungen verbessern und für die Künstler sicher mehr erreichen, als wenn ich einen Aufsatz über die literarische Entwicklung in Deutschland im letzten Jahrhundert geschrieben hätte.

Braunschweiger Zeitung: Wie wollen Sie die Einhaltung des Urheberrechts gewährleisten. Meiner Meinung nach fehlt es in unserer Gesellschaft an der Achtung vor den kulturellen und geistigen Leistungen anderer. Noten und Texte werden wahllos kopiert. Kann man diese Mentalität durch Gesetze beeinflussen?

Neumann: Doch. In der Musikbranche gab es einen Rückgang von fast 40 Prozent, nur wegen Raubkopien. Filmkopien sind ebenfalls schon zu erhalten, bevor der Film angelaufen ist. Das gefährdet die Existenz ganzer Branchen. Dagegen kann man etwas tun. Zum Beispiel muss die Strafverfolgung erleichtert werden, indem die Provider auskunftspflichtig werden. Allein mit Gesetzen geht es nicht, aber ohne auch nicht. Urheberrechtsverletzungen sind kriminell, und



ich will auch, dass sie so empfunden werden.

Erfolge

Rede im Deutschen Bundestag zur 1. Lesung des Haushaltsgesetzes 2007 (6. August 2006; Auszug)

Ich sehe es als meine besondere Aufgabe an, trotz der Notwendigkeit drastischer Sparmaßnahmen im Gesamthaushalt, positive Rahmenbedingungen für Kultur und Medien zu sichern und dort, wo sie ungenügend sind, sie zu verbessern. Hier konnte die Bundesregierung in den vergangenen Monaten Beträchtliches erreichen.

Wir haben:

- die Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Kulturgüter von 7 Prozent beschlossen – trotz der generellen Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent,

- wir haben mit dem Folgerecht im Kunsthandel für Künstler EU-weit vergleichbare Bedingungen geschaffen,

- wir haben mit der gesetzlichen Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Verbot der rechtswidrigen Übereignung von Kulturgut auch dem Kunsthandel in Deutschland und darüber hinaus eine sichere Grundlage gegeben,

- wir haben mit der im Kabinett beschlossenen Novelle des Urheberrechts durch den Wegfall der unseligen Bagatell-

klausel ein wichtiges Signal für den Schutz des geistigen Eigentums von Künstlern und Autoren gesetzt,

- wir haben der Deutschen Nationalbibliothek mit der Novellierung des Gesetzes eine zukunftsfähige Grundlage gegeben,

- wir haben mit dem Entwurf eines Telemediengesetzes eine moderne Grundlage für die Regulierung der Neuen Informations- und Kommunikationsdienste (Telemedien) geschaffen, die im Kern an die Inhalte und nicht mehr an die Verbreitungswege geknüpft ist,

- wir haben – gemeinsam mit Baden Württemberg – mit dem Neubau des „Literaturmuseums der Moderne“ in Marbach einen Ort geschaffen, an dem die deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts umfassend präsentiert wird,

- und wir haben – nicht zuletzt – bereits in diesem Jahr einen im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Haushalt.

Mit dem Haushaltsentwurf 2007 und dem Finanzplan bis 2010 setzt die Bundesregierung ihren Haushaltskonsolidierungskurs fort. Gleichwohl konnte ich den Umfang des Kulturhaushalts steigern. Es konnten große Erfolge erzielt werden ...

Unser Haushalt hat – im Regierungsentwurf 2007 – einen Gesamtumfang von rund 1,1 Milliarden Euro. Wir haben zwar als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung rund 17 Millionen Euro als „globale Minderausga-

be“ zu erbringen. Aber der Gesamtrahmen des Haushaltes stellt sicher, dass wir auch in Zukunft unser finanzielles Engagement bei Einrichtungen und Projekten von gesamtstaatlicher Bedeutung fortsetzen können. Das gilt für die „kulturellen Leuchttürme“ in den neuen Bundesländern ebenso wie für die bedeutenden Museen, die Gedenkstätten und die vielen innovativen Projekte in Literatur, Musik, darstellender und bildender Kunst.

Erlauben Sie mir abschließend ein Wort zu einem Vorgang, der mich auch persönlich sehr beschäftigt:

Ich bedauere außerordentlich die durch eine deplazierte Rede meines Abteilungsleiters bei der Eröffnungsveranstaltung des Kunstfestes Weimar ausgelösten Irritationen und die Betroffenheit, insbesondere bei Opfern des KZ Buchenwald.

Es war unverzichtbar, bei einem solchen Anlass in jedem Fall der Opfer von Buchenwald würdig zu gedenken. Dies ist Herrn Professor Schäfer klar, sein Versäumnis war ein großer Fehler. Wer Professor Schäfer und seine Arbeit als Historiker und langjähriger erfolgreicher Direktor des Hauses der Geschichte kennt, kann allerdings keinen Zweifel an seiner politisch-moralischen Integrität haben ...

Aus dieser Rede eine inhaltliche Veränderung der Gedenkstättenpolitik des Bundes im Hinblick auf die Bewertung und Aufarbeitung der NS-Diktatur abzuleiten, ist völlig abwegig.



Hier steht die Bundesregierung in der Kontinuität ihrer Vorgängerregierung. Die NS-Diktatur und der durch sie verursachte Holocaust sind in ihrer menschenverachtenden grausamen Dimension einzigartig und durch nichts zu relativieren.

Die Erinnerung hieran wach zuhalten, bleibt eine herausragende Aufgabe unserer Gedenkstättenpolitik. Hier gehe ich von Ihrer aller Unterstützung aus.

„DDR-Alltag — das war nicht nur die private Idylle“

(Interview in der Berliner Zeitung (26. Mai 2006))

Herr Kulturstatsminister, eine Expertenkommission hat gerade ein Konzept zum Umgang mit der DDR-Geschichte vorlegt. Die empfiehlt, sich mehr dem Alltag in der SED-Diktatur zuzuwenden sowie eine stärkere wissenschaftliche Durchdringung. Beides hat umgehend Kritiker auf den Plan gerufen.

Ja, wir haben jetzt eine sehr erhitzte Debatte. Die einen fürchten, wenn das normale Leben mehr ins Blickfeld genommen wird, würden die Schrecken der Diktatur weichgespült. Andere glauben, die bestehenden Gedenkstätten, Museen und Archive sollten nun alle hochwissenschaftliche, blutleere Einrichtungen zur Wissensvermittlung werden. Hier werden Widersprüche gesehen und eine Neuausrichtung der Aufarbeitung, die so wohl gar nicht gemeint ist.

Wie soll das Erinnerungsbild der DDR aussehen?

Vielschichtig. Es ist wichtig, die politische Verantwortung der Täter zu zeigen, ebenso - mit dem zunehmenden Abstand - die Geschichte weiter wissenschaftlich aufzuarbeiten und zu erforschen, wie die Menschen in dem Unrechtssystem gelebt haben. Beide Aspekte sind gleichermaßen wichtig, sie sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Was kann der zumeist triste Alltag der Menschen in der DDR an Erkenntnissen beschern?

Ich glaube, den Alltag in der DDR vertieft zu erforschen, bietet die große Chance, noch nicht ausreichend beantworteten Fragen nachzugehen: Wie funktionierten die Mechanismen der SED? Wie konnte sich ihre Diktatur über Jahrzehnte halten? Warum und wie haben sich die Menschen mit dem System arrangiert? Warum haben so viele mitgemacht und andere nicht? Wie entwickelte sich die Bürgerrechtsbewegung? Das alltägliche Leben einzubeziehen, heißt ja nicht, nur eine private Idylle zu zeigen.

Es geht doch gerade darum, dieses Feld nicht denen zu überlassen, die verharmlosen und - wie nach dem Zusammenbruch jeder Diktatur - nostalgisch an das vermeintlich normale Leben erinnern nach dem Motto: „Was war denn? Wir haben gelacht und geweint, uns verliebt und gefeiert.“

Dies ist eine Seite. Was soll mit den Gedenk-Orten geschehen, die für Verfolgung und Unterdrückung stehen?

Es ist wichtig, diese Orte wie das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen oder den Sitz von MfS-Chef Mielke in der Normannenstraße zu erhalten als das, was sie sind - als Zeugnisse für eine unselige Zeit. Hohenschönhausen etwa steht für Unmenschlichkeit, Haft, Unterdrückung, Folter. Das soll keine primär wissenschaftliche Einrichtung werden und sicher auch kein Museum für Alltagskultur. Es soll nachfolgenden Generationen ein anschauliches, authentisches Bild geben über Repressionen in einer Diktatur.

Sie haben das Papier der Expertenkommission einen Gedankenbaustein genannt für ein Konzept zur Gedenkstättenförderung der beiden deutschen Diktaturen.

Beschreiben Sie uns doch bitte die Umriss dieses Gebäudes.

Es geht, was die DDR-Diktatur betrifft, darum, die verschiedenen Einrichtungen, die sich mit dem SED-Unrecht beschäftigten - wie Museen, Gedenkorte in verschiedenen Bundesländern sowie die Birthler-Behörde und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur - in einen übergeordneten Gesamtrahmen zu stellen und sie zu vernetzen. Wir wollen festlegen, welche Stätten der Bund wegen ihrer besonderen nationalen Bedeutung fördern soll, welchen Investitionsbedarf es gibt, wie das alles konzeptionell geordnet werden kann, damit es langfristig Bestand hat.

Wie sehen Sie die Zukunft der Birthler-Behörde?



Irgendwann werden ihre Akten durchforstet und archiviert, die Regelanfragen und die Akten-einsicht der Bürger abgearbeitet sein. Es spricht vieles dafür, die Akten dann dem Bundesarchiv zu übergeben. Was mit dem Forschungsteil und seinem besonderen Know how geschieht, ist zu klären - einschließlich der Rolle, die die Stiftung Aufarbeitung dabei spielen soll.

Ist also eine baldige Auflösung der Stasi-Unterlagen-Behörde in Sicht?

Das ist eine längerfristige Perspektive, über die ja gerade in Verbindung mit dem Experten-votum zu reden sein wird. Zunächst setze ich mich für eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ein, die eine Anfrage zur Stasi-Mitarbeit für besondere Personengruppen wie etwa Abgeordnete auch über das Jahr 2006 hinaus ermöglicht. Zum anderen unterstütze ich ein Pilotprojekt, mit dem im Herbst 89 zerrissene Stasi-Unterlagen aus zunächst 400 von insgesamt 16.500 Säcken mit einem Computersystem rekonstruiert werden sollen. Dafür sind insgesamt sechs Millionen Euro im Haushalt für 2007 und 2008 bereits vorgesehen.

Halten Sie eine Konzentrierung der DDR-Aufarbeitung auf drei Themengruppen mit jeweils einem zentralen Ort für sinnvoll?

Es ist sicher richtig, dass Einrichtungen zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen austauschen. Aber es ist ein Unterschied, ob man zentralisiert oder

vernetzt. Für eine Vernetzung bin ich. Aber die Absicht, etwa einen authentischen Gedenkort wie Hohenschönhausen in eine Behörde zu integrieren, lehne ich ab. Hohenschönhausen darf man nicht unterpflügen.

Sie wollen Ende des Jahres ein Gesamtkonzept vorlegen. Was geschieht bis dahin?

Es wird noch diverse Anhörungen geben, und ich möchte alle mit der Aufarbeitung befassten Gruppen an den Tisch bringen, auch die Opferverbände. Dann werden wir sehen, welche der abgegebenen Vorschläge übernommen beziehungsweise welche Alternativen erarbeitet werden. Entscheiden wird am Ende das Parlament.

Kulturelle Bildung stärken

(Beitrag unter dem Titel „Schlüsselkompetenz“ in der 7. Ausgabe des Magazins der Kulturstiftung des Bundes; Auszug)

Ein ... Thema für die nächste Zeit ist die kulturelle Bildung. Ungeachtet der Frage, auf welche Weise die Kompetenzen im Bildungsbereich geordnet sind, wird der Bund hier weiterhin und noch deutlicher einen Akzent setzen. Dabei kann es für die kulturelle Bildung im Ergebnis nur gut sein, wenn Bund und Länder sich beide dieses Themas annehmen und - einander ergänzend - zusammenwirken. Ein sehr gelungenes Beispiel für diese kooperative Zusammenarbeit haben die Kulturstiftung des Bun-

des und die Kulturstiftung der Länder in jüngster Zeit bereits gegeben: Das Projekt „Kinder zum Olymp!“.

Das Thema „kulturelle Bildung“ hat viele Facetten. Erinnerung sei an die Ergebnisse des 8. Kulturbarometers des Zentrums für Kulturforschung, die u. a. Fragen aufwerfen, wer die künftigen Rezipienten der traditionellen Kultureinrichtungen sein werden, wenn das Bedürfnis nach Konzerten oder Theateraufführungen nicht auch durch die nachhaltige Vermittlung von Wissen über Kunst und ein positives Erleben von Kunst geweckt wird. Es muss in diesem Zusammenhang aber auch ein besonderes Anliegen sein, den Stellen- und vor allem Eigenwert der kulturellen Bildung in der anzuerkennen und ihm mehr Bedeutung beizumessen. Die letztgenannten Stichworte lassen bisweilen begriffliche Präzision vermissen. Sie werden vor allem verwandt, um die in den letzten Jahren zweifellos erheblich gestiegene Bedeutung des Wissens zur Befähigung des Einzelnen im Erwerbsleben hervorzuheben.

Wichtig ist es mir herauszustellen, dass sich die Wissensgesellschaft nicht auf den Erwerb von Spezialwissen im Sinne einer fachlichen Ausbildung beschränken darf. Es kann nicht nur um Effizienz, um die Verwertbarkeit von Wissen, ein „Fitmachen“ für einen Zweck gehen. Es sollte vielmehr jedem klar sein, wie unerlässlich kulturelle Bildung als eine Art „Schlüsselkompetenz“ ist. Sie ist die Basis für das Selbstverständnis und die individuelle Selbstvergewisse-



rung des Einzelnen. Denn sie erst kann, dadurch dass sie dem Einzelnen seine Geschichtlichkeit, auch seine Bedingtheit und Begrenztheit aufzeigt, vermitteln, wozu das angeeignete Wissen letztlich dienen und wofür es eingesetzt werden soll. Dieser besondere Wert kultureller Bildung lässt sich naturgemäß nicht in finanziellem Gewinn und Verlust ausdrücken.

Manche Aspekte der Wissensgesellschaft sind speziell für die kulturelle Bildung nichts Neues. Das globale Element der Wissensgesellschaft z.B. muss uns in diesem Zusammenhang, anders als vielleicht auf anderen Gebieten, nicht beunruhigen: Kultur hat nur selten vor Grenzen halt gemacht und konnte schon lange vor anderen Disziplinen beweisen, dass der wechselseitige Austausch und die Berührung mit dem Anderen bereichernd wirkt. Diese Grunderfahrung spiegelt sich auch in vielen Projekten der Kulturstiftung des Bundes wider.

Auch das Postulat des lebenslangen Lernens, welches der Begriff der Wissensgesellschaft zumeist in sich birgt, ist nicht neu. Anders als Fähigkeiten, die man zumeist allein des „Broterwerbs“ wegen erlernt, hat sich die kulturelle Bildung noch nie auf die Vermittlung während der Kindheit und Jugend beschränkt und auch nicht beschränken wollen. Andererseits lässt die erwartete demographische Entwicklung auch neue Fragen entstehen, denen sich Kulturelle und Bildungseinrichtungen stellen müssen.

Andere Aspekte der Wissens-

gesellschaft stellen dagegen auch für die kulturelle Bildung noch eine Herausforderung dar. Welche Rolle für die Vermittlung von Bildung spielen z. B. neue Medien, insbesondere das Internet? Häufig wird der Eindruck erweckt, es handle sich beim Internet um ein Allheilmittel, mit dem ein Großteil des Wissens erworben werden kann. Was kann es auch für die kulturelle Bildung leisten? Welche Qualität haben die Informationen? Welche Verluste entstehen? Wie ergänzen sich verschiedene Medien?

Zum Glück lassen sich Fähigkeiten wie z.B. das Erlernen eines Instruments, des Theaterspiels oder Tanzes nie durch derart isoliertes und mittelbares Lernen ersetzen. Und während das Miteinander im Lernen manchmal schon fast überflüssig erscheint, so fördert diese Form der Wissensaneignung - gleichsam nebenbei - kommunikative Fähigkeiten. Kulturelle Bildung schafft damit ein passantes auch ein Gegengesicht zu unerwünschten Begleiterscheinungen der globalen Wissensgesellschaft? Ein Grund mehr, sich für Projekte der musischen Bildung und Erziehung einzusetzen.

Das Idealbild der Wissensgesellschaft ist der mündige Bürger, der sich eigenständig Zugang zu allen Wissensquellen verschaffen kann. Kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für die Teilhabe am kulturellen Reichtum der Gesellschaft. Ich bin auf die Ideen und Impulse gespannt, die die Kulturstiftungen des Bundes und der Län-

der - ob allein, besser gemeinsam und hoffentlich vereint - zu diesem Thema geben werden und will sie gerne unterstützen.

Weitere Reden, Interviews und Namensartikel sind auf der Homepage abzurufen:
www.bundesregierung.de

Information:

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Tel. (0188) 27 23 281
e-mail: pressestelle-M@bpa.bund.de

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutsche Welle durch Bundesregierung im Aufwind. Die Trendwende ist geschafft
(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] MdB, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und der zuständige Berichterstatter Reinhard Grindel MdB; 6. Juli 2006; Auszug)

Die Trendwende ist geschafft: Erstmals seit den drastischen Kürzungen der Haushaltsmittel für die Deutsche Welle in den Jahren der rot-grünen Bundesregierung um mehr als 30 Millionen Euro wird die Finanzierung der Deutschen Welle auf eine stabile verlässliche Grundlage gestellt. Nicht nur die Reduzierungen sind beendet, der Bundeshaushalt 2006 sieht sogar einen Zuwachs der Mittel von ca. 3 Millionen Euro gegenüber 2005 vor, erstmalig seit 7 Jah-



ren ... (Es sind) auch die in der Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2007-2010 gesetzten Schwerpunkte zu befürworten, insbesondere die Begleitung des europäischen Integrationsprozesses, ihre deutliche Präsenz in Südost- und Osteuropa, Afrika und Asien. Auch der Ausbau des arabischsprachigen Fensters und die Entwicklung zukunfts-fähiger technischer Perspektiven sind zu begrüßen.

Föderalismusreform bringt Klarheit für Kultur

*(Wolfgang Börnsen/
Prof. Monika Grütters, MdB,
Mitglied im Ausschuss für
Kultur und Medien;
28. Juni 2006; Auszug)*

Nach wie vor unterliegen Kunst und Kultur nicht einer alleinigen Gesetzgebungskompetenz der Länder. Es gibt keine Kulturhoheit der Länder als solche. Es hat sie bisher nicht gegeben und die Föderalismusreform ändert an diesem Grundansatz nichts. Vielmehr haben sowohl der Bund als auch die Länder jeweils eigene kulturelle und kulturpolitische Zuständigkeiten.

Deshalb hat auch der neue Artikel 104 b GG keine negativen Auswirkungen auf die Kulturförderung des Bundes. Er stellt klar, dass der Bund das fördert, was in die Zuständigkeit des Bundes fällt und die Länder den Teil finanzieren, der Angelegenheit der Länder ist.

Auch die Neufassung von Artikel 23 Abs. 6 GG bezüglich der Außenvertretung in Brüssel

sorgt für Eindeutigkeit und hat auch keinen Bedeutungsverlust der Bundes-Kulturpolitik zur Folge ... Die Länder haben sich anerkennenswerterweise bereit erklärt, ihre Außenvertretungsrechte auf bestimmte Bereiche zu beschränken.

Dieser im Dienste der gesamten Reform unvermeidliche Kompetenzverlust der Bundesländer wird durch die beabsichtigte Neuregelung ausgeglichen. Das ist nur fair, denn die Länder sind mit rund 3,4 Milliarden Euro neben den Kommunen mit 3,6 Milliarden Euro der zentrale Kulturförderer in Deutschland. Allen Kritikern der Neuregelung von Artikel 23 Abs. 6 GG sei auch ein Blick in das Föderalismusreform-Begleitgesetz empfohlen: Art. 2 Abs. 1 sieht vor, dass die Länder ihre Rechte unter Teilnahme von und in Abstimmung mit dem Vertreter der Bundesregierung auszuüben haben. Dieses Verfahren garantiert im Wettbewerb der nationalen Kulturinteressen in Brüssel ein abgestimmtes, gemeinsames Auftreten - mit einer Stimme.

Der Artikel 23b unterstreicht die Bedeutung des Amtes des Kulturstaatsministers als gemeinsamer Repräsentant von Bund und Länder. Die Kultur hat bei der Föderalismusreform keine Federn gelassen, sondern an gesetzlicher Klarstellung gewonnen.

Neuer Künstler-Report kann Perspektiven für das Kulturland Deutschland eröffnen

*Unterredung mit dem Bundesvorstand des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK)
(Wolfgang Börnsen;
13. Juli 2006; Auszug)*

Verantwortungsvolle Kulturpolitik braucht eine solide statistische Basis und ein aktuelles Bild von Qualität und Umfang der Kulturlandschaft in Deutschland. Dies ist notwendig, um im europäischen Wettbewerb der Kulturnationen mithalten zu können.

Der erste „Künstler-Report“, veröffentlicht 1974, hat trotz seines großen Erfolges bis heute keinen Nachfolger gefunden. Er behandelte die wirtschaftliche und soziale Lage von Künstlern aller Sparten, die rechtliche und Marktsituation sowie Aspekte der Selbst- und Fremdeinschätzung von Künstlern. Sein wichtigstes Ergebnis war die Einführung der Künstlersozialkasse Anfang der 1980er Jahre. Ein neuer „Künstler-Report“ könnte die Ergebnisse der derzeit tagenden Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ ... sinnvoll ergänzen ...

Kultur ist kein parteipolitisches Kalkül

*(Wolfgang Börnsen/Gitta Connemann, MdB, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“;
10. März 2006; Auszug)*

Staatszielbestimmungen sind er-



fahrungsgemäß mit ernsthaften und intensiven Diskussionen verbunden, denn es geht um nicht weniger als um eine Änderung unserer Verfassung. Sie bedarf der seriösen inhaltlichen und verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung und der eingehenden Erörterung mit den Bundesländern. Doch die Staatszielbestimmung Kultur bleibt ein zahnloser Tiger, wenn nicht insgesamt der Stellenwert der gesamten Kulturpolitik im Verbund neu bestimmt wird.

Klarheit für den Kulturgutschutz

*(Wolfgang Börnsen/
Prof. Monika Grüters;
15. Februar 2006; Auszug)*

Noch vor Ablauf der ersten hundert Tage in seinem Amt hat der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, eines der zentralen Ziele seines Programms verwirklicht: Der Entwurf eines Vertragsgesetzes zum UNESCO-Übereinkommen vom 14. November 1970 gegen den illegalen Handel mit Kunstgütern setzt einen längst überfälligen Schlusspunkt unter eine über dreißig Jahre dauernde Diskussion.

Das Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut fordert von den Vertragsstaaten, alles zu unternehmen, um das eigene Kulturgut vor Raubgrabungen, Diebstahl und unzulässiger Ausfuhr zu schützen. Gleichzeitig sind die Vertragsstaaten verpflichtet, den Import von Kulturgütern hin-

reichend zu überwachen und für die Rückgabe unrechtmäßig importierten Kulturgutes zu sorgen.

Kulturpolitik nach § 96 Bundesvertriebenengesetz erhält neuen Stellenwert

Besuch von Staatsminister Bernd Neumann in der Gruppe der 'Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler' der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
*(Jochen-Karl Fromme, MdB;
8. Februar 2006; Auszug)*

In einem Gespräch der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler“ mit dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann MdB, wurde deutlich gemacht, dass es zu einer Weiterentwicklung im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz kommen soll. Dabei werden alle Aspekte der Kulturförderung in diesem Bereich in den Blick genommen.

Einig ist man sich vor allem darin, dass eine Schwerpunktsetzung, neben der Pflege und dem Erhalt des gemeinsamen kulturellen Erbes in Deutschland und in Heimatgebieten, auch wieder auf der Förderung der Weiterentwicklung der Kultur liegen muss.

Große Einigkeit herrschte auch bei der Feststellung, dass die Organisationen der Heimatvertriebenen die Hauptadressaten der Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz sind. Große strukturelle Veränderungen, wie zum Beispiel die Zusammenlegung des Westpreußischen und des Ostpreußischen Landesmuseums, die ausdrück-

lich gegen den Willen der Träger der Einrichtungen geplant worden seien, sollten nicht durchgeführt werden.“

Deutschland ist wieder besonders im Kulturbereich zu einem Land der Ideen geworden

*(Wolfgang Börnsen;
21. Juni 2006; Auszug)*

Es ist gut um die Kulturnation Deutschland bestellt, in Masse wie Klasse.

Mit 110.000 Theater-, Opern- und Musicalaufführungen jährlich. Mit 7.000 Konzerten und 35 Mill. Zuhörern. Mit 6.500 Museen und Ausstellungen, die über 100 Mill. Besucher verzeichnen können. Die 1. Bundesliga kommt auf 10 Mill. Fans. Und um im Bild dieser Tage zu bleiben - in einigen Kulturbereichen sind wir dabei, weltmeisterlich zu werden ... Die Kultur ist dabei nicht nur Kostgänger des Staates. Sie ist zu einer prosperierenden Wachstumsbranche geworden. Fast 800.000 Menschen arbeiten in Kreativberufen. Im Vergleich dazu beschäftigt der Automobilsektor 620.000 Mitarbeiter. Innerhalb der letzten 10 Jahre ist die Anzahl der Kulturschaffenden um 31 Prozent gestiegen. Das bedeutet ein jährliches Wachstum um 3,4 Prozent. Jeder zweite ist selbständig. Kultur und Kunst haben sich zu einem Job-Motor gemausert. Die Wertschöpfung des Kreativsektors betrug 2003 beachtliche 35 Milliarden Euro. 5 Milliarden mehr als der Energiesektor auf die Beine brachte ...



Ratifizierung des jüngsten UNESCO-Übereinkommens auf unserer Agenda mit hoher Priorität verankert

(Prof. Monika Grütters;
1. Juni 2006; Redeauszug)

(Eines) ist den Verantwortlichen in der Kulturnation Deutschland besonders wichtig: dass bei Kulturgütern nicht der ausschließlich wirtschaftliche Charakter dieser Güter und Dienstleistungen wichtig ist, dass der Liberalisierungsdruck in der globalisierten Welt nicht die Handlungsspielräume der nationalen Kulturpolitik einengen darf, dass die Vertragsparteien in der UNESCO ihre je eigene Kulturpolitik selbst definieren wollen, dass sie also ihre eigenen kulturpolitischen Handlungsspielräume selbstbewusst verteidigen wollen, und dass der kulturellen Vielfalt auf der Welt und im eigenen Land eine hohe Bedeutung zukommt.

Deutschland misst seinem kulturellen Erbe und der Vielfalt kultureller Lebensäußerungen eine außerordentlich hohe Bedeutung zu. Genau deshalb wird in der Regierung an dem Ratifizierungsprozess mit solch einem Tempo gearbeitet ...

Gesprächskreis „Geistiges Eigentum“

Die Abgeordneten Dr. *Günter Krings*, MdB, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das „Geistige Eigentum“ im Rechtsausschuss und der Berichterstatter für Kultur und Medien im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und Vor-

sitzende des Dialogforums Musikwirtschaft der CDU Deutschlands, *Steffen Kampeter*, MdB, wollen den im Jahr 2003 gegründeten internen Gesprächskreis „Geistiges Eigentum“ der Unionsfraktion im Bundestag auch in dieser Legislaturperiode fortführen: „Wir wollen unseren Fraktionskollegen anhand praktischer Beispiele anschaulich vermitteln, wie wichtig der Schutz von geistigem Eigentum in der Wissensgesellschaft ist“, so *Krings* und *Kampeter* zum Anliegen des Gesprächskreises.

Gesetzentwurf stärkt den deutschen Kunsthandel gegenüber dem britischen Markt

(Dr. *Günter Krings*;
6. April 2006; Auszug)

Der beste Ort, um deutsche Kunst zu verkaufen, ist London. Mit diesem Werbespruch ging einst das Londoner Auktionshaus *Christie's* auf Kundenfang. Kein anderer Ausspruch könnte wohl die Situation auf dem deutschen Kunstmarkt besser beschreiben ... In London werden mehr Bilder der klassischen deutschen Moderne als im gesamten Bundesgebiet zusammen versteigert. So macht derzeit nicht zuletzt das deutsche Urheberfolgerecht deutsche Kunst zum Exportschlager wider Willen.

Der eigentliche Erfolg, den es hier und heute zu vermelden gibt, ist nicht im vorliegenden Gesetzentwurf, sondern in der Harmonisierung des Folgerechts in der Europäischen Union zu

erblicken. Bislang haben die unterschiedlichen Regelungen in Europa zu einer Wettbewerbsverzerrung geführt. Deutsche Galerien haben es schwer, gegen eine internationale Konkurrenz zu bestehen, die eben nicht 5 Prozent vom Erlös eines weiterverkauften Bildes auf den Kaufpreis aufschlagen muss. Besonders die Engländer haben diesen Vorteil konsequent für sich zu nutzen gewusst und stellen heute neben den USA und der Schweiz den weltweit wichtigsten Kunstmarkt ...

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist es gelungen, eine Regelung zu finden, die in den wichtigsten Punkten auf der Linie der englischen Umsetzung der Richtlinie liegt. Der deutsche Kunstmarkt wird so attraktiver und kann verloren gegangenes Terrain wieder gutmachen ... Eine zentrale Bestimmung der Gesetzesvorlage ist die Anhebung des Schwellenwertes für die Anwendbarkeit des Folgerechts beim Verkaufspreis von früher 50 Euro auf 1.000 Euro. Hierdurch wird gewährleistet, dass keine Kleinstbeträge von wenigen Euro mehr ausgezahlt zu werden brauchen, bei denen der Verwaltungsaufwand den Ertrag zu überwiegen droht.

Der Entwurf bleibt mit dem Schwellenwert von 1.000 Euro deutlich unterhalb des von der Richtlinie zugelassenen Maximalschwellenwerts von 3.000 Euro. Auf den ersten Blick sieht es dennoch so aus, dass reihenweise Künstler von den Segnungen des Folgerechts ausgeschlossen werden könnten. Die Zahlen der ... Studie der European Fine Art Foundation spre-



chen aber eine ganz andere Sprache. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass über 90 Prozent der weltweiten Kunstverkäufe - jedenfalls im Bereich der modernen und zeitgenössischen Kunst - in die Preiskategorie von 3.000 bis 50.000 Euro fallen.

Dass wir den möglichen Schwellenwert von 3.000 Euro dennoch nicht voll ausgeschöpft haben, ist ebenso richtig. Bei einem derartigen Schwellenwert hätten es nämlich vor allen Dingen Fotografien zu schwer gehabt, von einer Folgerechtsvergütung überhaupt zu profitieren. Es ist aber ein deutlicher Fortschritt gegenüber der bestehenden Regelung, dass nun auch Fotografien in den Vergütungstatbestand mit aufgenommen werden...

Gegen den höheren Schwellenwert von 1.000 Euro wird ferner eingewandt, er sei ein Nachteil für junge Künstler, die noch nicht so hohe Preise für ihre Werke erzielen können. Betrachtet man hier wiederum ganz nüchtern die Zahlen, dann lässt sich aber schon nach der jetzigen Rechtslage feststellen, dass der Großteil der lebenden Künstler von der Folgerechtsabgabe ohnehin nicht profitiert. Kaum 10 Prozent der Künstler, die ihre Ansprüche aus dem Folgerecht über die VG Bild-Kunst wahrnehmen lassen, kommen in den Genuss einer Auszahlung. 2004 waren es - um es einmal in den relativ bescheidenen Zahlen auszudrücken - gerade einmal 314 lebende Künstler, denen 256 Erben gegenüber standen. Von diesen insgesamt 570 Personen sind übrigens knapp die Hälfte ausländische Künstler.

Lässt das Verhältnis zwischen lebenden Künstlern und den Erben zunächst wenigstens noch ein kleines Übergewicht zugunsten der lebenden Künstler vermuten, zeigt eine wirtschaftliche Betrachtung der Sache schon ein ganz anderes Bild. Für das Jahr 2003 hat der Arbeitskreis Deutscher Kunsthandelsverbände vorgerechnet, dass die Erben deutscher Künstler gut 2,4 Millionen Euro aus der Folgerechtsvergütung erhalten haben, während den in Deutschland lebenden Künstlern zusammen lediglich ein Betrag von etwas mehr als 340.000 Euro ausgezahlt wurde. Also: knapp zweieinhalb Millionen Euro für Erben und 340.000 Euro für lebende Künstler. Das zeigt mehr als deutlich, dass das Folgerecht in erster Linie ein Erbenrecht ist und schon nach der heutigen Rechtslage jungen Künstlern kaum dient.

Obwohl die deutsche Regelung bereits seit 1965 existiert, ist das Folgerecht auch bei uns durchaus umstritten. Renommiertere Künstler wie Gerhard Richter oder Georg Baselitz haben sich bereits vor geraumer Zeit kritisch dazu geäußert. Es würden eben nur die Stars der Branche davon profitieren und jungen Künstlern - da sind sie ganz der Meinung ihrer englischen Kollegen - bereite die ganze Sache eher Schwierigkeiten.

Die Bedenken der etablierten Künstler in dieser Frage sollte man nicht einfach beiseite legen. Trotzdem ist die These, das Folgerecht schade jungen Künstlern, vielleicht doch etwas voreilig. Der Erstverkauf eines Bil-

des ist und bleibt vergütungsfrei. Die Eintrittskarte von Nachwuchskünstlern in den Kunstmarkt wird vom Folgerecht also gar nicht betroffen.

Das Folgerecht hat danach aber immer noch seine Berechtigung. Selten gelingt einem Maler oder einer Malerin auf Anhieb der Durchbruch. In der Regel erzielen Bilder erst einige Jahre nach dem Erstverkauf einen höheren Marktwert, an dem die Künstler dann nicht mehr beteiligt sind. Damit stellt sich natürlich schon die Frage, warum alle von einer Gewinnsteigerung des Werkes profitieren sollen - mit Ausnahme desjenigen, der die Ursache für die Wertsteigerung gesetzt hat.

Hierin liegt auch der grundsätzliche Unterschied zum Buch oder zur Musik. In diesen beiden Fällen erhält der Urheber nämlich üblicherweise eine erfolgsabhängige Vergütung: Je mehr Bücher verkauft werden, desto höher fallen seine Einnahmen aus; je mehr CDs verkauft werden oder je öfter seine Musik im Radio gespielt wird, desto höher fällt seine Beteiligung aus. Der bildende Künstler kann hingegen nicht auf eine Erfolgsbeteiligung hoffen.

Ob sich junge Künstler am Markt etablieren, dürfte aber kaum vom Folgerecht abhängen; denn das hieße, die Bedeutung der rechtlichen Regelung über die der ästhetischen Aussage eines Kunstwerkes zu stellen. Letztere aber gibt zum Glück den entscheidenden Ausschlag für die Durchsetzung eines noch



unbekannten talentierten Künstlers. Nicht zuletzt die Erfolge der jungen deutschen Künstler, die unter dem Begriff „Neue Leipziger Schule“ zusammengefasst werden, zeigen das Potenzial auf, das in den Künstlern unseres Landes liegt. Selten war deutsche zeitgenössische Kunst international so gefragt wie heute.

Der internationale Durchbruch gelang diesen deutschen Künstlern aber nicht in Deutschland, sondern in erster Linie auf Kunstmessen in den Vereinigten Staaten. Dieser Tatsache sollten wir als deutsche Rechts- und Kulturpolitiker nicht ganz gleichgültig gegenüber stehen. Wir sollten vielmehr die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, damit nicht nur die deutsche Kunst, sondern auch der deutsche Kunsthandel international wieder eine Spitzenposition einnehmen kann.

Mit der EU-Richtlinie zur Harmonisierung des Folgerechts und mit unserem Umsetzungsgesetz tun wir einen entscheidenden Schritt zur Schaffung dieses Rahmens. Wenn wir dadurch den Kunsthandel in Deutschland stärken, so stärken wir mittelbar auch die bildende Kunst und die Künstler in unserem Lande.

Filmstandort Deutschland entscheidend gestärkt

(Wolfgang Börnsen und der zuständige Berichterstatter Philipp Mißfelder MdB; 5. Juli 2006; Auszug)

Staatsminister Bernd Neumann ist ein großer Wurf gelungen: Die Bundesregierung hat heute mit der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2007 eine bedeutsame Entscheidung zugunsten der deutschen Filmproduktion getroffen:

Ab 2007 werden für die Dauer der Legislaturperiode 60 Millionen Euro jährlich für ein neues Modell zur Filmfinanzierung zur Verfügung gestellt. Für die Herstellung eines Kinofilms bekommen Produzenten dann zwischen 15 und 20 Prozent der Produktionskosten erstattet, die in Deutschland ausgegeben worden sind. Damit wird es sowohl für deutsche Produzenten als auch für internationale Großproduktionen wesentlich attraktiver und lohnender, Filmproduktionen in Deutschland durchzuführen. Für die deutsche Filmwirtschaft werden international wettbewerbsfähige Bedingungen geschaffen...

Unter den 38 Kinofilmen, die 2005 die Einmillionengrenze an Zuschauern durchbrachen, waren immerhin sieben deutsche Filme... Die Bundesregierung hat mit der heutigen Entscheidung, die auch ein zentrales Vorhaben des Koalitionsvertrages umsetzt, ihren Beitrag dazu geleistet, dass der deutsche Film seine Erfolgsstory weiterschreiben kann. Dass auch alle Bundesländer das Fördermodell ein-

mütig unterstützen, verheißt für die Zukunft des deutschen Kinos nur Gutes.

Zum 25. Geburtstag des Deutschen Kulturrats am 14. September 2006

(Wolfgang Börnsen/Bernd Neumann)

Seit nunmehr 25 Jahren setzt sich der Deutsche Kulturrat mit seinen 202 Bundesverbänden aus den verschiedenen Bereichen des kulturellen Lebens für die Interessen der Kultur und der Kulturschaffenden mit großem Engagement, Hartnäckigkeit und Sachkompetenz ein. Als geschätzter Ansprechpartner der Politik verfolgt er kritisch, aber auch konstruktiv die politischen Prozesse im Bereich von Kunst und Kultur. So war es bei der alten Bundesregierung und genauso verhält er sich bei unserem jetzigen Kulturstaatsminister Bernd Neumann.

Der Kulturrat ist sich über alle Jahre immer treu geblieben. Zu seinem 25. Geburtstag gratulieren wir ihm herzlich und mit Anerkennung für sein unermüdliches Wirken im Dienste der Kultur.

Anlass der Gründung des Deutschen Kulturrates am 14. September 1981 war die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer für Kulturgüter. Im Jahr seines 25jährigen Bestehens besteht in dieser Hinsicht kein Grund zur Klage: Während der Regelsteuersatz um 3 Prozentpunkte auf 19 Prozent angehoben wurde, ist der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Pro-



zent für die Kultur unverändert geblieben. Mit dem Kulturrat sind wir uns einig, dass dieser Beschluss als großer Erfolg der Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Kulturförderung in Deutschland zu werten ist.

Gemeinsam mit dem Kulturrat freuen wir uns auch, dass der Kulturetat 2007 nicht nur von Kürzungen verschont geblieben ist, sondern sogar um 3,41 Prozent gewachsen ist. In einer Zeit der Haushaltskonsolidierung ist dies ein eindrucksvolles Zeichen für den Stellenwert der Kultur bei dieser Bundesregierung: Ab 2007 bis zum Ende der Legislaturperiode jährlich 60 Millionen Euro für die Filmförderung, Verstärkung der Mittel für die Deutsche Welle, Bereitstellung von 50 Millionen Euro zur Sanierung der Staatsoper Unter den Linden ab 2008, Erhöhung der Zuschüsse an die Bundesländer, um nur einige Beispiele zu nennen. Kulturpolitik ist bei dieser Regierung gut aufgehoben. Der Deutsche Kulturrat wird auch den jetzigen Kulturpolitikern ein wichtiger Dialogpartner sein.

Kulturstaatsminister Neumann unterstrich in einer Grundsatzrede zu diesem Anlass am 20. September 2006 sein Credo als Kulturstaatsminister, die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur zu stabilisieren und zu verbessern.

Auch nach der Föderalismusreform habe der Bund „aus der Natur der Sache“ heraus eine besondere Verantwortung für die nationale Dimension der Kultur. Er erinnerte daran, dass er schon

als Parlamentarier für die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz war und dieses Ziel weiter unterstützen wird.

Die Fusion der Kulturstiftung des Bundes und der Kulturstiftung der Länder benannte Kulturstaatsminister Neumann als wichtiges Ziel. Er erklärte zugleich unmissverständlich, dass er diese Fusion nicht um jeden Preis will: „Die Fusion muss einen kulturellen und finanziellen Mehrwert haben, so dass ich erwarte, dass die Länder ihren Anteil in einer gemeinsamen Stiftung über die bisherige Summe der Kulturstiftung der Länder deutlich erhöhen.“

Als weiteres zentrales Thema nannte Neumann die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstler; er sicherte zu, dass er sich intensiv mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags in diesem Bereich befassen wird. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion zu den Künstlerdiensten der Bundesagentur für Arbeit unterstrich der Kulturstaatsminister, dass sie eine große Bedeutung für den Abbau der Arbeitslosigkeit und den Erhalt der künstlerischen Vielfalt in Deutschland haben.

Er sagte: „Die Vorschläge einer drastischen Reduzierung dieser Dienste müssen vom Tisch. Dafür werde ich mich engagieren.“

Regierung setzt Parlamentswünsche zur Sanierung der Staatsoper um

(Steffen Kampeter, MdB, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuss Kulturpolitik; 6. Juli 2006)

Wir begrüßen die Entscheidung des Bundeskabinetts, einen substantiellen Beitrag zur Sanierung der Berliner Staatsoper zu leisten. Damit greift das Kabinett Anregungen und Vorgespräche aus dem parlamentarischen Bereich auf, die eine Einigung innerhalb der Bundesregierung zu diesem notwendigen Sanierungsvorhaben angeregt hatten. Auch für Berlin ist dies ein gutes Signal.

Die Einigung geht von einer paritätischen Beteiligung des Landes Berlin und des Bundes sowie einem erheblichen Beitrag privater Sponsoren aus. Dies ist die Grundlage dafür, dass der Haushaltsausschuss für die Hauptbauzeit in den Jahren 2008 bis 2011 die notwendigen Mittel bereitstellt. Es wurde vereinbart, dass im Haushalt 2008 eine Verpflichtungsermächtigung über insgesamt 50 Millionen Euro für die Jahre ab 2009 ausgebracht wird. Als ein nächster Schritt muss jetzt eine verbindliche Finanzierungsvereinbarung zwischen privaten Geldgebern und dem Land Berlin und dem Bund erfolgen. Diese öffentliche und private Partnerschaft zum Erhalt eines zentralen Kulturdenkmals ist beispielhaft dafür, dass auch im kulturellen Bereich eine fruchtbare Zusammenarbeit



zwischen öffentlicher Hand und privaten Sponsoren möglich ist. Die Gesamtkosten der Sanierung werden ca. 130 Millionen Euro betragen. Die gesamte Planungs- und Bauzeit wird auf fünfeinhalb Jahre geschätzt.

Musik nationales Kulturgut
(Interview in der Zeitschrift
„Entscheidung“ mit Steffen
Kampeter)

Gerade für eine bürgerliche Partei ist Musik nationales Kulturgut, für dessen Förderung die Politik Rahmenbedingungen in Bund, Ländern und Gemeinden schaffen muss. Die unsägliche Diskussion um eine Radioquote für deutsche Musik ist infolge des aktuellen Trends zu jungen deutschen Künstlern zum Erliegen gekommen. Beschäftigen muss uns vor allem die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen. Hier herrscht ein offensichtliches Defizit in Schulen und Elternhäusern, das zu musischem Analphabetismus ausgewachsen könnte. Es muss bedacht werden, dass Musik beispielsweise wesentlich bei der Bewältigung von Konflikten hilft. Wer singt oder ein Instrument beherrscht, kommt im wahrsten Sinne des Wortes nicht so leicht aus dem Takt – hat mehr Gemeinschaftssinn und ist weniger gewaltbereit.

Geistiges Eigentum besser schützen

Dass das geistige Eigentum in China besser geschützt werden müsse, haben die Abgeordneten Günter Frings und Steffen Kam-

peter in einer gemeinsamen Erklärung vom 23. Mai 2006 gefordert: „Eine dreistellige Milliardensumme müssen Unternehmen als Verluste durch Diebstahl am geistigen Eigentum jedes Jahr hinnehmen. Das wirkt sich nicht nur negativ auf die Geschäftszahlen der betroffenen Unternehmen aus, sondern kostet auch Arbeitsplätze ... Bundestag und Bundesregierung werden die angekündigten Verbesserungen in China sorgfältig beobachten. Im Interesse der deutschen Wirtschaft werden wir nicht nachlassen die chinesische Regierung zu Fortschritten bei einem effektiven Schutz von Patentmarken, Design und Urheberrechten zu drängen.“

Banken-Optimismus für die Musikbranche vermitteln

In der deutschen Bankenlandschaft setzt sich scheinbar eine positive Bewertung des deutschen Musikmarktes durch. Darauf wies *Steffen Kampeter* hin. Er bezog sich auf eine Untersuchung der Deutschen Bank zum Thema „Zukunft der Musikindustrie: Vielklang der Vertriebskanäle“.

Darin deuten Analysten verheißungsvolle Möglichkeiten an, durch neue Auswertungsformen von Musik die Talfahrt der Musikbranche zu beenden. Die Deutsche Bank wörtlich: „Der Marktanteil von Online-Musik am gesamten Musikmarkt liegt zwar aktuell noch im Zehntelprozent-Bereich, wächst jedoch rapide.“ Als neuen Hoffnungsträger im Musikvertrieb sieht die Bank auch das Mobiltelefon. Die Analysten: „Für die Musik-

industrie könnte sich ein zusätzlicher attraktiver Vertriebskanal öffnen, über den sie ihre Kunden in einer neuen Kaufsituation erreichen kann, nämlich unterwegs.“ Neben den Präferenzen der Kunden bezüglich des Vertriebskanals sei zudem die Entwicklung der inhaltlichen Präferenzen der Kunden offen. Seit Dekaden dominiere der Megahit die Branche finanziell. Die niedrigen Distributionskosten im Onlineverkauf könnten jedoch zu einer Renaissance der wirtschaftlichen Bedeutung von Nischenmusik führen. „Neue Geschäftsmodelle, die Hits und Nischenprodukte geschickt mischen und den Nutzer von einem zum anderen führen, könnten an Charme gewinnen“, so die Bank. Steffen Kampeter forderte die Unternehmen des deutschen Musikmarktes auf, diese verheißungsvollen Perspektiven, wie sie die Deutsche Bank analysiert, auch in Gesprächen mit den eigenen Hausbanken und den Medien zu vermitteln, um so in der Öffentlichkeit ein optimistisches Bild der Branche zu zeichnen. Das sei umso wichtiger, weil man besonders in der Banken-Landschaft kaum Erfahrung habe, wie man die Musikbranche einzuschätzen habe. Das werde auch zum Schluss bei der Einschätzung der Deutschen Bank deutlich, die das Fazit zieht: „So leicht überschau- und berechenbar wie in den vergangenen Dekaden wird das Musikgeschäft in den kommenden nicht wieder werden.“

Der Text der Studie ist auf der Homepage der Deutschen Bank abrufbar.



„Wir sollten nicht die ganze Welt belehren“

(Interview mit Peter Gauweiler über das Goethe-Institut und die Darstellung Deutschlands im Ausland;
DIE WELT vom 31. Mai 2006)

DIE WELT: Das Goethe-Institut ist wieder in der Diskussion: Es muß sparen, neue Schwerpunkte setzen, globalisieren. Welche Strategie empfehlen Sie?

Peter Gauweiler: Das Interessante an dieser Diskussion ist, daß die parlamentarischen Gremien zunächst aus den Medien erfahren, was im Goethe-Institut an Schließungen geplant wird. So schafft man sich Freunde. Die Auswärtige Kulturpolitik - zu deren wichtigsten Mittlern das Goethe-Institut sich zählt - nennt man gern die „dritte Säule“ der Außenpolitik, aber viele sehen sie eher als fünftes Rad am Wagen. Dabei sind es in der Regel kulturelle Dinge, jedenfalls sinnliche Empfindungen, die entscheidend sind, wenn von der Beurteilung fremder Länder die Rede ist. Deshalb tut jede Außen-Politik gut daran, Auswärtige Kulturpolitik eben nicht als fünftes Rad am Wagen anzusehen. Und wenn man so viel zu bieten hat wie Deutschland, muß man mehr daraus machen.

Ein winziges Beispiel: Hier gibt es jedes Jahr mehrere hervorragende Kunst-Ausstellungen. Hier sollten Mittel fließen, damit diese noch ein paar Wochen in einer Metropole im Ausland gezeigt werden können.

DIE WELT: Caspar David Friedrich nach Peking - ist das die Lösung?

Gauweiler: Zum Beispiel! Das ist besser als die ewige Belehrerei über Multikulturalismus und Globalisierung. Auch wenn sie im Goethe-Institut heute nicht mehr so schön links sind wie früher, sondern nur noch pastell. Uneigennützig, wie wir sind, stellen wir immer noch viel zu oft das zurück, was die eigene Kulturnation zu bieten hat, kommen nicht so „naiv“ wie die Italiener oder Franzosen mit der „alten“ Kultur daher, sondern sagen lieber, wie die anderen ihr Land und die Welt ordnen müssten, um heil zu sein - geschlechtsneutrales Formulieren und Datenschutzbeauftragte inklusive.

Wir sollten die Darstellung des eigenen kulturellen Erbes im Ausland nicht verplätschern lassen. Bei allem Respekt vor den westlichen Verfassungswerten, die ja nicht auf eine Nation und eine Kulturform beschränkt sind: Wir wollen uns doch nicht verkaufen als europäische USA. Im Wappen des US-Präsidenten steht „Ex pluribus unum“ - aus vielem eins: Einheitsessen, Einheitsstraßen, Einheitskleidung.

Der kulturelle Wert Europas besteht dagegen in seinen kulturellen Unterschieden. Und wenn die Leute in der geographischen Mitte, die Deutschen, da nicht mehr mitmachen, klafft dort ein kultureller Riesenkrauter.

DIE WELT: Das sehen doch auch viele Alt-Linke inzwischen so.

Gauweiler: Durchaus. Ich hätte nie gedacht, daß ich mal eine gemeinsame Initiative starten würde mit der Grünen-Politikerin Antje Vollmer für mehr deutschsprachige Musik im heimischen Radio: Vollmer wollte sogar 40 Prozent Deutscheil, wogegen unsere Marktdogmatiker gleich protestiert haben. Oder daß Jutta Limbach die Aktion „Deutsch: Die Macht der Sprache“ startet - früher hätten wir uns Mut antrinken müssen, um so etwas von uns aus vorzuschlagen.

DIE WELT: Der Generalsekretär des Goethe-Instituts hält das Sprachangebot seiner Häuser in Europa für nicht mehr vertretbar, weil es genug private Anbieter gebe. Auch das Auswärtige Amt will die Arbeit in Europa herunterfahren. Gibt es noch den politischen Willen, da gegenzusteuern?

Gauweiler: Ja. Sollen denn in Rom oder Kopenhagen oder Paris keine deutschen Bücher mehr ausgeliehen werden dürfen, weil das Goethe-Institut jetzt unbedingt in den Golfstaaten eine Repräsentanz eröffnen will? Selbstverstümmelung ist kein Weg zur Mehrung des Ansehens.

DIE WELT: Aber muß das auch in Genua oder Bari sein?

Gauweiler: Jede Schließung eines bestehenden Goethe-Instituts ist eine Niederlage für Deutschland als Kulturnation. Reden wir doch einmal über die Zahlen. Nach einer Statistik der EU gibt es in der erweiterten Union 81 Millionen Menschen



mit Deutsch als Muttersprache und 63 Millionen, die Deutsch als Zweitsprache sprechen. Zusammen sind das mehr als die vergleichbaren Zahlen beim Englischen. Es gibt im Bundestag bei allen Parteien wieder den Begriff der „Sprachsolidarität“. Man findet doch heute von Alice Schwarzer bis zur rechten „Jungen Freiheit“ niemanden mehr, der nicht fordert, daß Ausländer, die zu uns wollen, besser Deutsch lernen müssen. Das ist die Stunde der Goethe-Institute.

DIE WELT: Aber wo kürzen, wie umschichten?

Gauweiler: Wir reden beim Goethe-Institut über einen Jahreset von unter 110 Millionen Euro, dazu kommen 40 Millionen Programm-Mittel. Das ist weniger, als ein Autobahndreieck kostet. Der Bundeswehreinsatz im Kongo, über dessen Sinnhaftigkeit kein Parlamentarier Erklärungen abgeben will, kostet auf fünf Monate fast 50 Millionen Euro. Und Deutschland hat keine 20.000 Euro für den Erhalt der vielbenutzten und traditionsreichen deutschen Bibliothek in Helsinki. Haben wir denn alle politischen Maßstäbe verloren? Am Ende geht es um die Grundsatfrage: Wie stellt sich das vereinte Deutschland in der Zukunft wieder dar? Mit einem politologischen Konzept? Oder als eine der ältesten und wichtigsten Kulturnationen?

DIE WELT: Welche Schwerpunkte würden Sie setzen?

Gauweiler: Wir sind nun einmal ein Teil Europas, hier liegt un-

ser kulturelles Biotop, von dem wir leben. Wir können nicht die ganze Welt anmachen und das unmittelbare kulturelle Umfeld vernachlässigen. Das Goethe-Institut ist keine Reserve-UN. Und Stammkundschaft geht vor Laufkundschaft.

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Am 13. Februar 2006 hat sich die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ erneut konstituiert; der Abschlußbericht der Enquete-Kommission vorangehenden Legislaturperiode konnte wegen der vorgezogenen Bundestagswahl nicht mehr vorgelegt werden. Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation von Kunst und Kultur in Deutschland sollen bis 2007 Ergebnisse und politische Handlungsempfehlungen gewonnen werden, damit noch in der 16. Wahlperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können. Schwerpunkte der Kommissionsarbeit werden u.a. sein: öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur (Strukturwandel), die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler, Kulturwirtschaft - Kultur als Standortfaktor, kulturelle Bildung - Kultur in der Informations- und Mediengesellschaft, Kultur in Europa - Kultur im Kontext der Globalisierung.

Vorsitzende der Kommission ist die CDU-Abgeordnete *Gitta Connemann*.

Zusammensetzung der Kommission von Seiten der CDU/CSU-Fraktion

Ordentliche Mitglieder

Gitta Connemann
Prof. Monika Grütters
Joachim Heinrich Krummacher
Dorothee Mantel

Stellvertretende Mitglieder

Wolfgang Börnsen
Marie-Luise Dött
Kristina Köhler
Stephan Mayer

Sachverständige:

Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer
Lehrstuhl für Musik und Medien, Universität Oldenburg
Helga Boldt
Beigeordnete der Stadt Münster, Beraterin für Schule, Kultur und Kommunalreform
Heinz Rudolf Kunze
Musiker und Songschreiber
Prof. Dr. Dieter Kramer
Dr. Oliver Scheytt
Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft
Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim
Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL
Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Münster,
Dr. Dieter Swatek
Staatssekretär a. D.
Dr. Nike Wagner
Intendantin der Kunstfest Weimar GmbH
Dr. h.c. Johannes B. Zehetmair
Hanns-Seidel-Stiftung
Staatsminister a.D.
Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats



Außerdem liegen vor:

Rede von **Wolfgang Börnsen**,
MdB,

zum Abriss des Palastes der
Republik (19. Januar 2006)

Rede von **Renate Blank**, MdB,
zum Abriss des Palastes der
Republik (19. Januar 2006)

Rede von **Prof. Monika
Grütters**, MdB,
zum Kulturgüterabkommen
(1. Juni 2006)

Rede von **Prof. Monika
Grütters**, MdB,
zu „Erweiterung des
Sammelauftrags der Deutschen
Bibliothek: unstrittig - und
längst überfällig“
(19. Januar 2006)

Rede von **Dorothee Bär**, MdB,
zur Umsetzung der UNESCO-
Konvention; 1. Juni 2006)

Rede von **Joachim Hörster**,
MdB,
zu „Einrichtungen der Aus-
wärtigen Kulturpolitik bün-
deln“ (29. März 2006)

Information:

Wolfgang Börnsen (Bönstrup), MdB,
Kultur- und medienpolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
Tel.(030) 227-77 377
e-mail:
Wolfgang.Boernsen@bundestag.de

Grundsatzbeiträge zu Kunst und Kultur

Nachdenken über Leitkultur. Welche Verbindlichkeiten brauchen wir?

von Dr. Norbert Lammert, MdB,
Präsident des Deutschen
Bundestages
(aus: „politik und kultur“,
hrsg. vom Deutschen Kultur-
rat, Ausgabe März/April 2006)

Die Debatte zum Thema „Leitkultur“ ist leichter zu verweigern als zu führen. Schon der Begriff ist schwierig, ganz sicher erklärungsbedürftig. Er sei „wie ein Pudding, den man an die Wand nageln“ wolle, kommentierte der Politologe Peter Lösche und schlussfolgerte fix, eine solche Debatte habe mit den „tatsächlichen Problemen der Menschen“ nichts zu tun. Und überhaupt verstehe jeder etwas anderes unter Leitkultur. Diese Behauptung ist ganz sicher falsch. Bei der Debatte geht es ganz offensichtlich nicht um „kulturelle Folklore der Konservativen“ (Volker Beck), sondern um die komplexen Probleme der Zuwanderung und Integration und die Bedingungen, unter denen sie gelöst werden oder misslingen. Über der reflexartigen Ablehnung des Begriffs wird häufig übersehen, dass jede Gesellschaft einen Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen braucht, ohne die ihre Regeln und ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand haben. Schon deshalb ist die

Debatte wichtig: Weil sie in Zeiten tiefgreifender Veränderungen nach vorne weist und Bindekräfte entfalten kann, weil sie sich mit der Frage auseinandersetzt, welche Verbindlichkeiten eine moderne Gesellschaft in Zeiten wachsender Unverbindlichkeiten braucht (Wolfgang Clement).

Eine Debatte über Leitkultur anstößig finden kann nur jemand, der kulturelle Differenzen für irrelevant erklärt. Doch es wäre nicht ehrlich, solche Differenzen zu bestreiten, und nicht sachgerecht, ihre Bedeutung zu verniedlichen. Leitkultur bedeutet, dass nicht alles, was kulturell begründet oder begründbar ist, in gleicher Weise gelten kann: Der Anspruch auf Vorrang des Mannes und der Anspruch auf Gleichberechtigung der Frau können ebenso wenig gleichzeitig gelten wie der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit und der Anspruch auf Verstümmelung von Gliedmaßen als staatlich verhängte Strafe. Der Anspruch auf unmittelbare Geltung religiöser Gebote und der Anspruch auf unabdingbare Durchsetzung staatlicher Gesetze schließen sich gegenseitig ebenso aus wie die jeweils kulturell-historisch begründeten Vorstellungen auf weitgehende Verbindung von Staat und Kirche beziehungsweise umgekehrt der weitgehenden Trennung von Kirche und Staat. Um Fehldeutungen vorzubeugen: Ich rede ausdrücklich nicht von der „deutschen“ Leitkultur. In dieser Konnotation kann der Begriff nur falsch sein. Deutsch ist in diesem Kontext die Sprache, nicht mehr und nicht weniger.



Aber dass es eine historisch gewachsene, das gesellschaftliche und politische Leben prägende „Leitkultur in Deutschland“ gibt, ist offensichtlich und notwendig.

Kurt Biedenkopf hat es auf den Punkt gebracht: Wenn Deutschland multikulturell sein und dennoch seine Identität nicht verlieren soll, braucht es bei allen verschiedenen kulturellen Ausprägungen einen roten Faden, eben eine Leitkultur. Die Integration von Menschen anderer Herkunft, Religion und Kultur kann nur in einem verbindlichen Rahmen von Werten und Regeln gelingen, die nicht zur Disposition stehen.

Soweit die nötige Debatte überhaupt geführt wurde, ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die in Deutschland für jedermann, keineswegs nur für die deutschen Staatsbürger geltenden Werte, Rechte, Pflichten im Grundgesetz formuliert sind: Menschenrechte, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Frau, Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Kultur, Toleranz für fremde Überzeugungen, Freiheit religiöser Betätigung.

Dennoch greift der offenbar weniger anstößige Begriff des Verfassungspatriotismus im Ergebnis zu kurz. Verfassungen fallen nicht vom Himmel und werden dort auch nicht konserviert, wenn die Zeiten auf Erden turbulent sind.

Kultur ist die Voraussetzung einer Verfassung: Letztere setzt in rechtliche Ansprüche um, was historisch-kulturell gewachsen ist. Bestand können Rechte nur haben, wenn ihre kulturelle

Grundlage nicht erodiert. Die im Grundgesetz auf dieser Basis gewachsenen Grundrechte sind Bedingungen für freiheitliches und friedliches Zusammenleben. Das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft, in dem alles nebeneinander und nichts wirklich gilt, ist eine solche Grundlage nicht. Es ist deshalb auch kein Konzept, sondern ein Befund.

Tatsächlich leben wir in einer multikulturellen Gesellschaft, die ihre unvermeidlichen Konflikte nur bewältigen kann, wenn sie verbindlich weiß, was gilt - auch und gerade bei unterschiedlichen Orientierungen und Überzeugungen. Weit mehr als sieben Millionen Ausländer leben gegenwärtig in Deutschland. Und die meisten von ihnen leben deswegen in Deutschland, weil sie sich hier nicht nur wirtschaftlich besser stehen, sondern auch toleranter behandelt fühlen als in ihren Herkunftsländern. Ein Großteil von ihnen empfindet gerade das, was sie über wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Regelungen hinaus in der Bundesrepublik vorfinden - nicht nur Verpflichtungen, sondern auch Rechtsansprüche, die die Verfassung garantiert -, als eine große Attraktion des Landes, in dem sie leben. Deswegen muss gerade im Interesse der Aufrechterhaltung dessen, was als unverzichtbar und unaufgebar erscheint, die Kultur als Voraussetzung und Grundlage des Zusammenlebens von Deutschen wie Ausländern verstanden werden.

Es gibt Regionen in Deutschland, wie etwa das Ruhrgebiet, die ohne den über Jahrzehnte

kontinuierlich stattfindenden Zuwanderungsprozess überhaupt nicht hätten entstehen können, jedenfalls nicht zu der wirtschaftlichen Bedeutung gekommen wären, die sie seit Jahrzehnten haben. Im Ruhrgebiet haben die Menschen vielleicht stärker als anderswo das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Nationalität, zum Teil auch unterschiedlicher Kulturen über Generationen trainiert. Deshalb kann man hier zwei Erfahrungen in gleicher Weise sehr gut belegen: Zum einen, dass Zuwanderung keineswegs nur eine Belastung, sondern eine erhebliche Bereicherung für Gesellschaften und für Regionen über die Wirtschaft hinaus darstellt, zum anderen, dass unbeschadet dieser Bereicherung sich daraus Probleme, auch Belastungen ergeben. Es hat keinen Sinn, das eine gegen das andere auszuspielen.

Schließlich gibt es auch Integrationsgrenzen, die man nicht übersehen darf. Wenn diejenigen, die integriert werden sollen, selbst dazu nicht bereit sind, oder diejenigen, die dort leben, nicht bereit sind, Zuwanderer aufzunehmen, funktioniert trotz aller Appelle ein solcher Prozess nicht.

Integration erfordert offensichtlich mehr als den selbstverständlichen Respekt vor den Gesetzen des Landes: Sie setzt eine wechselseitige Bereitschaft und Aufgeschlossenheit für Traditionen, Sitten, Gewohnheiten voraus, die als Alltagskultur erlebt und gelebt werden. Zentrales, weil wichtigstes Integrationsmittel ist die Sprache: Überall lässt sich die Erfahrung machen,



dass es zu Gruppenbildungen kommt, bei denen die Homogenität der Herkunftssprache zu einer faktischen Abschottung von Ausländern gegenüber der Gesellschaft führt, in der sie leben. Dies ist objektiv integrationshinderlich.

Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die deutsche Sprache erlernen. Über dieses Mindestmaß an Leitkultur gibt es bemerkenswerter Weise keinen Streit mehr. Denn Sprachkompetenz bestimmt wesentlich Erfolg oder Misserfolg in Ausbildung und Beruf und entscheidet damit über die Lebens- und Integrationschancen der hier lebenden Ausländer.

Jedes Nachdenken über Leitkultur ist immer auch ein Nachdenken über Europa, seine Kultur und seine Geschichte. Wenn ein Europa der Vielfalt nationale Identitäten bewahren und dennoch eine kollektive Identität entwickeln soll, braucht es eine politische Leitidee, ein gemeinsames Fundament von Werten und Überzeugungen. Eine solche europäische Leitidee bezieht sich notwendigerweise auf gemeinsame kulturelle Wurzeln, auf die gemeinsame Geschichte, auf gemeinsame religiöse Werte und Traditionen. Dieses vereinende Fundament bleibt konstitutiv für die europäische Identität: Europa ist mehr als ein Kontinent, mehr auch als ein Zusammenschluss von Nationalstaaten und mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist eine Idee, eine Gesinnung, eine bestimmte Sichtweise vom Wesen des Menschen, von Gesellschaft und Welt, eine Werte-

gemeinschaft - trotz und wegen der Krisen in seiner Vergangenheit und Gegenwart. Eine schlüssige Antwort auf die Frage, was und wohin wir in einem vereinten Europa wollen. Ist freilich nur als gemeinsame Anstrengung zu haben. Und das heißt, nicht nur die Herausforderungen zu definieren, vor denen Europa steht, sondern auch Lösungsansätze auf Grundlage der Ideellen Gemeinsamkeiten zu entwickeln.

Die Bewahrung der einzigartigen sozialen Dimension Europas durch Erneuerung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells wäre in diesem Zusammenhang eine der dringendsten Aufgaben, nicht weniger als die Entwicklung eines demokratischen, transparenten und funktionsfähigen politischen Systems in der EU.

Die lange verdrängte Leitkulturdebatte in Deutschland und die Suche nach einer europä-

schen Leitidee sind eng miteinander verbunden. Beide Diskussionen haben eine entscheidende Gemeinsamkeit: Sie zu führen und zu Ergebnissen zu bringen, die eine hohe Verbindlichkeit haben und breite Akzeptanz finden, ist von überragender politischer und sozialer Bedeutung. In Deutschland geht es nicht nur um die Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, sondern zugleich um die Ermöglichung eines solidarischen Ausgleichs vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. In Europa geht es um die Frage nach seiner Zukunft als ein Entwurf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, als Hort des Wohlstands, des Friedens, der Sicherheit. Für eine solche Zukunft lohnt sich jede Anstrengung, schon gar eine breite und gründliche Debatte darüber, was dieses Land und diese europäische Gemeinschaft im Innern zusammenhält.

Erschienen ist: Norbert Lammert (Hrsg.), Verfassung, Patriotismus, Leitkultur, Hoffmann und Campe, Hamburg 2006.



Aus den CDU-Landtagsfraktionen

Baden Württemberg

Kritik

Kritik an dem Film „Pope Town“ hat der medienpolitische Sprecher der CDU-Landesfraktion Günther-Martin Pauli geübt. Die christliche Religion solle mit der gleichen Sensibilität behandelt werden wie alle anderen Religionsgemeinschaften in Deutschland, so Pauli.

*Information: Christoph Palm, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Tel.(07151) 51 525
e-mail: info@christoph-palm.de*

Berlin

Kritik

CDU-Fraktion Berlin. Kritik hat der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Uwe Lehmann-Brauns an der Gedenkstättenkonzeption des Berliner Senats geübt (Presseerklärung vom 20.6.2006: „Gedenkstättenkonzept des Senats unvollständig, unabgestimmt und in weiten Teilen unbrauchbar.“).

Anträge

Antrag der Fraktion der CDU vom 20. Juni 2006: „Der Senat wird aufgefordert, sich für die weitere Förderung der Arbeitergedenkstätte Bernauer Straße einzusetzen und gegenüber dem Bund auf eine dauerhafte institutionelle Förderung zu drängen.“

Antrag der Fraktion der CDU (25. April 2006): *Kulturelle Aktivitäten von Zuwanderern und Bürgern aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion.*

Der Senat wird aufgefordert, für die kulturellen Aktivitäten von Zuwanderern und Bürgern aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion Voraussetzungen zu schaffen, die eine bessere Einbindung in die Entwicklung des Kultur- und Wirtschaftsstandortes Berlin gewährleisten und hierüber bis zum 30. August 2006 zu berichten.

Der Bericht sollte darüber hinaus Auskunft geben, welche Vorstellungen osteuropäische Kulturschaffende gegenüber Politik und Verwaltung Berlins hinsichtlich einer organisatorischen und finanziellen Hilfe haben.

Begründung:

Seit der Wiedervereinigung Berlins im Jahr 1990 wird die deutsche Hauptstadt immer mehr zu einer europäischen Kulturmetropole. Der Zuzug von Künstlern und Kunstvermittlern hat zum Ende des vergangenen Jahrhunderts deutlich zugenommen. Von besonderem Interesse für die Interessen Berlins als traditioneller Ost-West-Drehscheibe sind die kulturellen Aktivitäten von Menschen, die (auf Zeit oder für immer) aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und des ehemaligen Sowjetblocks nach

Berlin kommen. Über den Umgang und die Qualität dieser Aktivitäten sind wir nur sehr unzureichend informiert. Wegen der Sprachbarrieren ist die Berichterstattung in den Berliner Medien nur sehr unbefriedigend. Der erste Schritt zu einer Förderung der freundschaftsstiftenden Rolle derartiger Kulturaktivitäten ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Die Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten ist aufgefordert, als ersten Schritt eine Dokumentation über die oben genannten Aktivitäten zu erarbeiten und dem Kulturausschuss vorzulegen. In dieser Dokumentation sollte die ganze Bandbreite der Kultur beleuchtet werden – von der Kulturarbeit der diplomatischen Vertretungen über die Institutionen und Vereine bis hin zur privaten Veranstaltungstätigkeit und zur Tätigkeit einzelner Künstlerpersönlichkeiten.

Kulturelle Einrichtungen sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Eine aktive staatliche Kulturpolitik ist ein Pluspunkt, um Unternehmen anzuwerben. Kulturförderung ist dabei ein Service public für die Gesellschaft und Voraussetzung für eine starke Kulturwirtschaft, die Wechselbeziehung zwischen dem privatwirtschaftlichen und dem öffentlichen Bereich ist dabei neu zu definieren. Der Bericht soll hierfür gewichtige Argumente liefern.

*Information: Dr. Uwe Lehmann-Brauns, MdA, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
Tel. (030) 88 39 085
e-mail: anwaltskanzlei@bln.de*



CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen

„Es lohnt sich für die Kultur zu streiten und zu kämpfen!“
Podiumsgespräch zum Kulturmasterplan

Etwa 80 Teilnehmer folgten am 2. März 2006 der Einladung der CDU-Bürgerschaftsfraktion zu einem Podiumsgespräch zum Thema „Bremische Stadtkultur — Kulturstadt Bremen“. Während der zweistündigen Veranstaltung im Börsenhof diskutierten der Direktor des Neuen Museums Weserburg, Carsten Ahrens, der Intendant der Bremer Philharmoniker, Christian Kötter-Lixfeld, Kultursenator Jörg Kastendiek und der CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Perschau unter Leitung der Kulturpolitischen Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Iris Spieß, über die Zukunftsperspektiven der Kulturpolitik in Bremen.

Kultursenator Jörg Kastendiek erläuterte in seinem Statement „Der Masterplan für die Kulturentwicklung in Bremen“ die Kernpunkte der Planung: „Der Masterplan soll für die nächsten Jahre eine verlässliche Grundlage für eine lebendige und innovative Kulturszene in Bremen sein. Ich sehe den Masterplan als großen Schritt in die richtige Richtung. Der die Dynamik der Kulturhauptstadtbewerbung wieder aufgenommen und weitergeführt hat.“

Carsten Ahrens betonte in seinem Statement „Kulturförderung zwischen staatlicher Aufga-

be und bürgerschaftlichen Engagement“ das Konzept eines Sammlermuseums als hervorragende Verknüpfung bürgerschaftlichen Engagements und staatlicher Kunstförderung und mahnte an, dass es auch künftig nicht zu einem Konflikt zwischen der freien und der institutionellen Kultur kommen dürfe. Christian Kötter-Lixfeld ging in seinem Statement „Aufgaben und Möglichkeiten urbaner Kulturpolitik“ auf die Notwendigkeit einer Mischung zwischen Bewährtem und Experimentellem als Aufgabe urbaner Kulturpolitik ein und stellte fest: „Die Kultur braucht eine professionelle Kulturverwaltung.“

Das Podiumsgespräch befasste sich im Folgenden mit den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Kunst- und Kulturförderung.

Der Fraktionsvorsitzende Hartmut Perschau wies auf die Notwendigkeit hin, Klarheit zu der Frage zu erhalten, wo eigentlich die Ausgabenuntergrenze liege, die Bremen als Stadtstaat nicht unterschreiten können, ohne Gefahr zu laufen, alles kaputt zu sparen. Und gab sich bei der Beantwortung zugleich kämpferisch: „Wir brauchen eine attraktive Kulturlandschaft in Bremen, nicht nur aber auch weil sie ein wichtiger Standortfaktor ist. Es lohnt sich für die Kultur zu streiten und zu kämpfen.“

Auf die Frage der kulturpolitischen Sprecherin der Fraktion, Dr. Iris Spieß, welche Impulse der Kulturmasterplan setzen kann, betonte Kultursenator Jörg Kastendiek: „Die geplanten Projektmittel dürfen nicht als Kür-

zungsinstrument verstanden werden. Ich möchte Gestaltungsspielräume schaffen: Für die Kulturhaushalte 2006 und 2007 haben wir jeweils 2,5 Millionen Euro mehr für die Kultur bekommen. Projektmittel dürfen aber auch nicht als Einstieg in eine institutionelle Förderung verstanden werden.“

Der Senator erläuterte das aus seiner Sicht vielfach missverstandene Thema der Ökonomisierung: „Es geht nicht darum, Kunst und Kultur mit ökonomischen Kennzahlen zu messen. Die Vergabe staatlicher Mittel ist auch keine Präjudizierung von Kunst und Kultur. Wir müssen aber im Interesse der Kultur einen möglichst effizienten Einsatz der Mittel, die uns für Kunst- und Kulturförderung zur Verfügung stehen, erreichen. Ich möchte durch Effizienz mehr Kultur erreichen. Dazu ist ein intensiver Dialog notwendig. Dieser Dialog ist anstrengend, aber er lohnt sich.“

Kulturmasterplan ist Meilenstein/Publikum und Kulturschaffende profitieren

Zu dem einstimmigen Beschluss vom 25. April der Kulturdeputation über den „Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011“ erklärte die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Iris Spieß, u.a.:

Der Kulturmasterplan sei das Fundament für Entwicklung der Kulturszene in Bremen. Er diene für Kulturschaffende, Verwaltung und Politik als Orientierung und Handlungsrahmen für die



Zusammenarbeit und die erforderlichen Entscheidungen. „Der Masterplan fordert zu Recht eine effiziente Organisation der Kultureinrichtungen und -projekte. Dahinter steht die Überzeugung, dass auch im Kulturbereich der verantwortliche Umgang mit öffentlichen Mitteln eine Selbstverständlichkeit sein muss.“, fasste Iris Spieß die wesentlichen Eckpunkte des Plans zusammen. Nach jahrelangen Bemühungen um einen Kulturmasterplan sei es Senator Kastendiek zu verdanken, dass nunmehr ein tragfähiges Konzept vorliege. Iris Spieß zeigte sich erfreut darüber, dass frühere Blockade aufgegeben worden sind und die Deputation ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen endlich dem Zukunftskonzept für die Bremer Kulturschaffenden zugestimmt habe.

Eine wichtige und richtige Forderung des Masterplans sei die Stärkung der projektbezogenen Kulturförderung, auf die Iris Spieß abschließend besonders hinweist: „Wir begrüßen die geplante Verstärkung der Projektförderung, weil sie den Gestaltungsspielraum eröffnet, den wir brauchen, um die attraktive Kulturlandschaft in Bremen zu erhalten und zu entwickeln. Projektetats sind die Voraussetzung für einen Wettbewerb der Ideen, der Innovationen in der Kultur ermöglicht.“

Information:
Dr. Iris Spieß
kulturpolitische Sprecherin
der CDU-Fraktion
in der Bremer Bürgerschaft
Tel.(0421) 30 89 454
e-mail: peters@cdu-bremen.de

CDU-Landtagsfraktion Hessen

„Keltenmuseum am Glauberg ist bedeutendes Stück Geschichte“

Die Entscheidung des Landes Hessen zur Errichtung eines Keltenmuseums am Glauberg nannte der CDU-Abgeordnete Hugo Klein (4. Juli 2006) eine „ebenso richtige wie wichtige Zukunftsinvestition“ ... Klein, zugleich Sprecher seiner Fraktion für den Bereich Bodendenkmäler und Kelten, verwies darauf, dass unter den Begriffen Kultur und Denkmalpflege mehr zu verstehen sei als die bloße Auseinandersetzung mit der Geschichte: „Der Archäologische Park Glauberg wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, eine spannende Epoche der Geschichte für die Besucher erfahrbar zu machen. Die Ausstellung der dort entdeckten Grabfunde ist Beleg hierfür.“ Klein betonte, dass die Politik der CDU-Landesregierung und der sie tragenden Mehrheitsfraktion darauf abziele, die gesamte Bandbreite der vielseitigen hessischen Kunst- und Kulturszene zu fördern.

Information:
Hans-Jürgen Irmer, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion Hessen
Tel. (06441) 97 170
e-mail: hj.irmer@t-online.de

CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen

Gedenken

Antrag der Fraktion der CDU und der FDP vom 4.5.2006: „Ein

ehrendes Gedenken bewahren – zentrale Gedenkstätte einrichten!“ „Der Landtag hält es für angemessen in der Bundesrepublik Deutschland ein zentrales Ehrenmal zum Gedenken an diese Opfer (von Polizei, THW u.a.m.) zu errichten. Daher begrüßt der Landtag die Initiative von Bundesverteidigungsminister Jung, nach einem geeigneten Ort für eine solche Gedenkstätte zu suchen. Wir bitten die Landesregierung, die Suche des Bundesverteidigungsministers nach einem Ort für eine zentrale Gedenkstätte zu unterstützen. Das Ehrenmal soll aber all jenen gewidmet sein, die sich im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland in Auslandseinsätzen befanden und dort einsatzbedingt ihr Leben lassen mussten.“

Information:
Karin Trost, MdL,
Kulturpolitische Sprecherin
der CDU-Landtagsfraktion
Niedersachsen
Tel.(0541) 97 73 720
e-mail: trost-os@t-online.de



KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Berichtszeitraum 30. September 2005 bis 15. Oktober 2006

Deutschland/Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was Kultur?

Das meistbehandelte Thema in diesem Zusammenhang war eindeutig Günter Grass. Dabei ging es freilich weniger um Literatur, niemand bestreitet ja den Rang der „Blechtrommel“ in der deutschen Nachkriegsliteratur, bei den anderen Produkten kann man sehr geteilter Meinung sein, es ging v.a. um die Frage nach dem Intellektuellen, seinem (Vor-)Leben und seiner moralischen Autorität, zumal dann, wenn man sie wie eine Monstranz vor sich herträgt. Denn dass auch Schriftsteller nicht davor gefeit sind, Unsinn zu reden, lässt sich am Fall Jostein Gaarder („Sophies Welt“) belegen, der in einem Essay geschrieben hatte: „Wir erkennen Israel nicht mehr an“, was auf große Empörung nicht nur in den dänischen Feuilletons stieß (FR vom 12. August 2006).

Nachdem die FAZ vom 12. August 2006 berichtet hatte, Günther Grass sei „Mitglied der Waffen-SS“ (konnte man da Mitglied werden?), haben sich die Feuilletons fast nur noch mit diesem Thema beschäftigt: intensive Diskussionen sowohl über die persönlichen Motive – Geständnis zu spät oder PR-Gag, um das neue Buch zu promoten – wie auch über das Problem des Moralisten, der selbst Leichen im Keller hat, die Kritik an Bit-

burg als verpasste Gelegenheit sich zu outen, ob freiwillig oder gezogen, oder ob das alles überhaupt so stimmt, was Grass erzählt (siehe WamS vom 27. August 2006: Grass und Freiwilligkeit, Oliver Storz in SZ Wochenende vom 26. August 2006), über all das wurde intensiv spekuliert. Die FAZ vom 23. August 2006 versucht sogar die Kämpfe um Spremberg zu rekonstruieren; s. weiter (in Auswahl): GA vom 18. August 2006; WamS vom 20. August 2006 (2 x); FAZ vom 18. August 2006; Leserbriefe in der SZ vom 19. August 2006; FR vom 19. August 2006; Thomas Steinfeld in der SZ vom 19. August 2006 („Grass ist Deutschland“); SZ vom 19. August 2006 (2 x); FAZ vom 16. August 2006 (2 x); Bams vom 13. August 2006.

Die BILD-Zeitung machte dann gleich eine ganze Serie über die Waffen-SS daraus (12. August 2006ff.). Wir gestehen offen, dass wir gerne etwas mehr über den „Kumpel Josef“ gewusst hätten, aber leider schweigt der Vatikan.

Dass sich Berlins Akademiepräsident Klaus Staeck für Grass und gegen Handke ausgesprochen hat, verwundert nicht, allerdings beachte man den Kommentar in der SZ vom 25. August 2006 über die Akademie-

gespräche am 23. August 2006: „Skandalöser aber konnte man sich in diesem Amt nicht vorbei bewegen als Staeck an diesem Abend. Er demonstrierte, dass einer Akademie schlimmeres zustoßen kann als ein missmutiger Präsident: Ein peinlicher Präsident.“ Und dass Oskar Negt in dieselbe Kerbe haute, verwundert ebenfalls nicht: „Handke ist kein substantieller Schriftsteller wie der jetzt diskutierte.“

Damit sind wir beim zweiten, wenn auch keineswegs so intensiv diskutierten Thema, dem „Fall Handke“.

Entsprechende Beachtung in den Feuilletons fand die Absage Peter Handkes an die Verleihung des Heinrich-Heine-Preises durch die Stadt Düsseldorf. Die Schuld bei der Jury sucht die FAZ vom 9. Juni 2006: „An seinem Anfang steht eine Jury, die einen schweren Fehler nach dem anderen begangen hat. Sie trägt den größten Teil der Verantwortung für das Debakel. Die Entscheidung für Peter Handke war falsch und angreifbar, aber sie wurde vor allem angegriffen, weil die Begründung nur zwei knappe Sätze umfasste, die gezielt den Eindruck erweckten, Handke solle für seine politische Haltung zu Serbien und dem Diktator Milosewitsch ausgezeichnet werden.“ Als blinde Provokation moniert das die FAZ vom 27. Mai 2006. Auch die SZ vom 27./28. Mai 2006 äußert sich negativ: „Sich in demonstrativer Weise zu Milosewitsch zu bekennen, ist eine symbolische Geste, die Handkes Engagement für die Serben des-



avouiert.“; s. weiter den Beitrag des ehemaligen Kulturstatsministers Julian Nida-Rümelin in der SZ vom 7. Juni 2006: „Mein Vorschlag anlässlich dieses Skandals und aufgrund langjähriger Erfahrung: Jurys sollten immer reine Fachjurys sein unter Leitung des jeweiligen Ministers oder Dezernenten oder seiner Vertretung, ohne die übliche Beteiligung der Stadträte. Zweitens: Die Entscheidung der Jurys sind Empfehlungen aller kulturpolitischen Verantwortlichen“; er plädiert für Listenvorschläge, denen dann die politische Entscheidungsinstanz folgt, falls nicht Gravamina dagegen steht;

SZ vom 9. Juni 2006 kritisiert: „Wie konnte das geschehen? Der Skandal ist eingetreten, weil es in Deutschland einen moralischen Konsens gibt, der sich mit einer Bereitschaft zum hemmungslosen Selbstgenuss selbst dann für unwidersprechlich hält, wenn er von den Gegenständen, über die er urteilt, viel zu wenig weiß. Das gilt in erster Linie für diejenigen Stadträte, die Mitglieder der Jury waren – wie unangemessen, wie peinlich war es, als sie inmitten der öffentlichen Auseinandersetzung um den Preis erklärten, sie hätten nie ein Buch von Peter Handke gelesen.“; weiter SZ vom 3. Juni 2006; WamS vom 4. Juni 2006. Gegenüber diesen beiden „Fällen“ ist alles andere abgeschlagen, zumal es immer wieder Reprisen gibt, das Thema „Ekeltheater“ etwa:

In der FAZ vom 30. Januar 2006 schlägt Gerhard Stadelmaier wieder zu: „Wir Geschändeten“: „Sex, Blut und Gewalt:

Ein Wochenende im Theater“ und kommt nach Aufführung bemerkenswerter Beispiele zu dem Schluss: „Theater ist Fantasie. Blut muss nicht Sirup, Gier und Pein und Sex müssen nicht Fleisch sein. Theater ist nicht Natur. Es ist nicht das wirkliche Leben. Es ist das wirklichere Leben. Wer, wenn einer blutet, nur Sirupüberschüttet auf der Bühne herumliegt, wie ein x-beliebiger Kriegs- oder Verkehrstoter, blutet nicht wirklich. Wer, wenn einer vor Liebe rast, nur seinen mehr oder minder mensurierten, in der kalten Bühnenluft meist zuverlässig zusammen geschnurrten Privatpimmel herzeigt, rast nicht wirklich. Man muss nicht alles zeigen. Aber man muss alles spielen. Ein Theater, das sich mit dem ‚Leben‘ (meist nichts weiter als ein Synonym für Nacktheit) verwechselt, schändet die Fantasie. Ein Verbrechen.“; über den „Ekelskandal“ anlässlich des Düsseldorfer „Macbeth“, siehe die WamS vom 13. November 2005, auch als „Sudel-Macbeth“ bezeichnet (Express vom 1. Oktober 2005: „Übrigens. Der Steuerzahler bezahlt den Theater-Skandal auch noch mit.“); hier ist auch die BILD-Zeitung wieder dabei, sie moniert das „Ekeltheater – wie hält eine Schauspielerin das aus?“ über die Berliner Aufführung eines Theaterstückes von Botho Strauß (BILD vom 18. März 2006). Oder: „Irrer Künstler köpft Kaninchen auf der Bühne!“ in der BILD vom 21. Februar 2006.

Immerhin wollte Monika Ferres nicht dauernd das berühmte F-Wort in einem Stück von Wilhelm Genazino in den

Mund nehmen und sagte ihre Beteiligung an den Ruhrfestspielen ab.

In diesem Kontext passt auch der Streit um den Theaterkritiker Gerhard Stadelmaier bei „Das große Massakerspiel oder Triumph des Todes“ nach Eugene Ionesco im Schauspielhaus Frankfurt (vgl. auch FR vom 25. Februar 2006): Schauspieler Lawinky zu Stadelmaier, dem er den Notizblock entrissen hatte: „Jetzt geht er! Hau ab, du Arsch! Verpiss dich! Beifall für den Kritiker!“, BILD vom 18. Februar 2006, die entsprechend nachlegt (Bild vom 22. Februar 2006: „Darum ist unser Theater so versaut“).

Das Verbot des „Kannibalenfilms Rohtenburg“ führte die FR vom 4. März 2006 wieder einmal zu entsprechenden Betrachtungen über die Kunstfreiheit; die FR weist auch darauf hin, dass zwar schlechter Geschmack gottlob nicht verboten sei, aber schwerer als die Freiheit der Kunst der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht wiege, und wertet das Aufführungsverbot mit „gut so“.

Eine Aktion von Hermann Nitsch: Menschen am Kreuz, die mit Tierblut übergossen werden, rief BILD auf den Plan (7. Februar 2006), die gleich auch noch mehrere Kunstprodukte dieser Art auflistet. Oder die „Provokation“ des „Künstlers“ Sierra, der im März/April 2006 aus sechs Autos Gas in die Synagoge in Pulheim leiten lassen wollte. Besucher bekommen Gasmasken. Der Künstler dazu: „Ich will auf die Banalisierung der Erinnerung an den Holocaust hin-



weisen.“ Dazu Ralph Giordano: „Den Ermordeten und Überlebenden des Holocaust bleibt in Deutschland nichts, aber auch gar nichts erspart“ (Express vom 14. März 2006).

Bisher nicht gewohnt war man allerdings, dass Opern wie Mozarts „Idomeneo“ abgesetzt* oder Filme („Mut“) auf das Abendprogramm verlegt, weil man religiös motivierte Proteste fürchtet. Zum „Idomeneo“ s. den Kommentar in der FAZ vom 27. September 2006: ein „Akt vorseilender Hysterie“. Zu begrüßen ist, dass die Politik klar reagierte (s. Zitate); zu „Mut“ WDR-Intendant Fritz Pleitgen lt. BILD vom 27. September 2006: „Der Film zeigt eine Realität, wie sie vielen Kindern und Jugendlichen begegnet, die wir Erwachsenen aber nicht wahrhaben wollen.“

Dass die Breker-Ausstellung in Schwerin auf Schwerin auf Protest stieß, war zu erwarten: Der Bundesverband bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) hat die Schließung gefordert; Klaus Staack war dagegen, Günther Grass und Kulturstatsminister Neumann dafür, die Feuilletons gespalten. Kulturdezernent Hermann Junghas (CDU) sah keinen Grund zur Schließung der Ausstellung (FR vom 5. August 2006).

Auch der Film blieb nicht verschont: Ob allerdings die Zeichentrickserie „Popetown“, gegen die die katholische Kirche energisch protestierte, diesen Protest wert war (DIE WELT vom 11. April 2006), bleibe ebenso dahingestellt wie es Tat-

sache ist, dass trotz aller Proteste der katholischen Kirche und trotz schlechter Kritiken der Film „Da Vinci Code“ Besucherrekorde verzeichnete: Schon Ende Mai 2006 dürften es 1,5 Millionen Besucher in Deutschland gewesen sein (FAS vom 21. Mai 2006).

Schließlich wollte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber den umstrittenen türkischen Film „Tal der Wölfe“ aus den Kinos verbannen, allerdings erfolglos. Die Frage, ob Bernd Eichingers „Das Parfum“ nach Süskind ein echter Wurf ist, beschäftigte alle Feuilletons, allerdings eher unfreundlich (vgl. nur FAS vom 10. September 2006), was aber die Besucherzahlen eher nach oben treibt (Spiegel 39/2006: „Geld stinkt nicht“).

Walsers „Antisemitismus“ blieb ebenso im Gespräch (Spiegel 36/2005: „Der ewige Flakhelder“ s. auch das Interview in der WamS vom 4. September 2005) wie Maxim Billers „Esra“, den wir wohl niemals mehr zu lesen bekommen, wenn jetzt sogar eine Schadensersatzforderung von 10.000 Euro gegen Autor erhoben wird (FAZ vom 31. Juli 2006). Auf den Zivilprozess in München am 8. November 2006 darf man gespannt sein.

Die FAZ vom 24. Juli 2006 hat wenig Hoffnung: „Nach welcher Logik sollte ein Gericht Schadensersatz ablehnen, wenn doch zuvor die Verletzung des Persönlichkeitsrechts als schwerwiegender nur erachtet wurde, um das Kunstwerk zu verbieten? Es ist die Logik der Liberalität: eine Verurteilung Billers hätte unkalculierbare Folgen für zahllose

geschriebene, aber mehr noch für unendlich viele ungeschriebene Bücher. Jetzt geht der Fall Esra uns alle etwas an.“

Dass Hermann Schäfer, Abteilungsleiter bei Kulturstatsminister Bernd Neumann, eine an sich gute Rede am falschen Platz hielt, ist offensichtlich, falsch ist hingegen die sofort lautgewordene Unterstellung, etwa von Seiten der Grünen, man wolle hier eine neue deutsche Geschichtspolitik einleiten. Dazu Klarheit in der SZ vom 1. September 2006: „Der Dauerverdacht, wir stünden vor einem gefährlichen Wandel der Geschichtspolitik, hat Belege bisher nicht beibringen können, nur Insinuationen, so überzeugend wie jene, die in dem roten Jahrzehnt begründet wurde, dass die Bundesrepublik kurz davor sei, eine faschistische Diktatur zu werden.“ Um diesen Vorgang gibt es, was die Einladungs politik angeht, noch einige Unklarheiten, s. FAZ vom 30. August 2006: „Gute deutsche Sätze“.

Über die Rechtsschreibreform lassen wir uns hier auch nicht mehr weiter aus, aber verweisen doch wenigstens auf Theodor Icklers beeindruckende „Chronik eines fortlaufenden Schwachsinns“ (FAZ vom 25. Februar 2006) und auf das Eingeständnis der brandenburgischen Kulturministerin Johanna Wanka:

„Die Kultusminister wissen längst, daß die Rechtsschreibreform falsch war ... Aus Gründen der Staatsräson ist sie nicht zurückgenommen worden.“ (Zitat lt. FAZ vom 27. Februar 2006). Auch die bis zum Aufruhr füh-



rende Frage, inwieweit Karikaturen, wie in Dänemark erschienen, Meinungsfreiheit und Kunst repräsentieren oder religiöse Gefühle beleidigen, ein Streit der uns im Februar 2006 intensiv beschäftigte (siehe etwa FR vom 11. Februar 2006), wollen wir hier nicht weiter verfolgen.

Und natürlich war bei der vorgezogenen Bundestagswahl auch die „Kultur“ wieder vertreten; dass Günther Grass für Schröder war, ist klar (s. auch SZ vom 14. September 2005: „Man muss den Kapitalismus zivilisieren“), aber auch Iris Berben, Robert Atzorn, Senta Berger oder Hannelore Elsner waren für ihn (SZ vom 15. September 2005), die CDU bot u.a. Volker Schlöndorff, HA Schult, der sich als Merkel-Fan outete, Freya Klier und Charles Huber auf, die FDP Wolfgang Joop, die Grünen Hella von Sinnen (Spiegel 36/2005). Jetzt trommelte Günter Grass wieder für Berlins Regierenden Bürgermeister Wowereit (SZ vom 26. August 2006), „weil er ein würdiger Nachfolger von Ernst Reuter und Willy Brandt ist“, so die Botschaft (FAS vom 10. September 2006); auch Thomas Gottschalk und Alfred Biolek wollten für „Wowi“ Reklame machen, wurden aber von ihren Sendern zurückgepfiffen.

Auch die damals intensiv diskutierte Frage, wer denn nun neuer Kulturstaatsminister werden würde – gehandelt Norbert Lammert, aber auch Maria Böhmer (FR vom 5. November 2005), Annette Schavan, Monika Grütters, Günter Nooke und

Karin von Welck, (DIE WELT vom 12. Oktober/4. November 2005, ja sogar Wolfgang Thierse, DIE WELT vom 10. Oktober 2005) incl. diverser Spekulationen über dessen Rolle (vgl. Patrick Bahners in der FAZ vom 9. November 2005: „Bloß keinen Dichter!“; Jens Bisky, FAZ vom 11. November 2005: „Verwaltung der Schwäche“; Heinrich Wefing in der FAZ vom 19. November 2005: „Das Amt ist kein Egotripp“) oder gar dessen Abschaffung (Patrick Bahners, „Gescheitertes Experiment“, FAZ vom 25. Oktober 2005) – sind zum Glück mit der Wahl von Bernd Neumann beendet: positiv ermunternd Eckhard Fuhr, DIE WELT vom 23. November 2005: „Ein richtiger Berufspolitiker“, was bei der Erhöhung des Kulturhaushalts Früchte getragen hat. Damit mag auch die Befürchtung von Elke Heidenreich, die sie in der Neuen Osnabrücker Zeitung zum Ausdruck brachte, obsolet geworden sein: „Diese Regierung ist kulturlos bis in die Knochen. Wir werden es spüren, und es tut mir jetzt schon weh; ... sie fürchtet, dass das Amt des Staatsministers für Kultur demontiert wird“ (FAS vom 30. Oktober 2005).

Eine harsche Kritik an der derzeit üblichen „Kunst im öffentlichen Raum“ formuliert Gerhard Matzig in der SZ vom 28. Januar 2006: „Das zirzensische Moment solcher Kunst verdankt sich häufig einer glücklosen Verbindung von stiftenden, sich profilierenden Stadtparkassen, eifrigen sich profilierenden Kunstreferenten und tatsächlichen oder

vermeintlichen Künstlern, die vermutlich einfach nur hungrig sind.“ In 90 von 100 Fällen sei Kunst im öffentlichen Raum „schlicht miserabel, beliebig leblos, irrelevant – ja: Stören nur einfach, überflüssig.“

Zum Schluss noch eine erfreuliche Nachricht zur kulturellen Bildung: Heino will in den Schulen Volkslieder singen: „Der Mond ist aufgegangen – das ist ein Stück unseres Kulturgutes, das wir uns erhalten müssen“ (BILD vom 7. September 2005).

Kulturpolitik im Bund

Bundeskulturstiftung: Vorhaben

Die Kulturstiftung des Bundes will erstmals ein Programm zur Sicherung und Restaurierung gefährdeter Kulturgüter in Museen, Bibliotheken und Archiven auflegen. 7 Millionen Euro werden dafür bis zum Jahre 2011 zur Verfügung gestellt. Eine Jury, die gemeinsam mit der Kulturstiftung der Länder besetzt werden soll, soll die Schwerpunkte des Programms definieren und einzelne Projekte ausschreiben. Außerdem werden kunsthistorische Ausstellungen und wissenschaftliche Tagungen von der Stiftung mit finanziert. Zudem will die Bundesstiftung vergleichbar dem groß angelegten Tanzprojekt, mit 12 Millionen Euro in den nächsten Jahren die Vermittlung neuer Musik fördern. Und sie wird auch einen



internationalen Kongress über europäische Rechtskulturen finanzieren (FAZ vom 13. Juni 2006). Nach Angaben aus dem Dezember 2005 hat die Bundeskulturstiftung 20 Millionen Euro an Projektmitteln vergeben, davon 5,6 Millionen für Einzelvorhaben.

Bundeskulturstiftung

Gegen Überlegungen, die Bundeskulturstiftung von Halle nach Berlin zu verlagern, haben sich März 2006 neben den Grünen und der FDP auch Günter Grass (SZ vom 11. März 2006) und Hans-Dietrich Genscher (Mitteldeutsche Zeitung vom 3. April 2005) ausgesprochen; für Berlin plädierte hingegen DIE WELT vom 11. März 2006. Laut Kulturstaatsminister Neumann soll über den Standort nach der angestrebten Fusion mit der Kulturstiftung der Länder entschieden werden, deren Abschluss allerdings derzeit nicht absehbar ist. Neumann hatte die Fusion als sein Ziel in seinem „100-Tage Programm“ besonders betont und hat im September 2006 die Gespräche mit den Ländern wieder aufgenommen (DIE WELT vom 22. September 2006), nachdem Ende März 2006 die Ministerpräsidenten der Bundesländer zum viertenmal (zuletzt 2003) die Entscheidung darüber aufgeschoben hatten, um die Föderalismusreform abzuwarten.

Es gab zwar immer wieder einmal Signale, so auch in der FAZ vom 22. Juni 2006, dass die Fusion von Kulturstiftung der Länder und der Bundeskulturstiftung nahe bevorstehe. Trotzdem scheint dem Vorhaben noch kein rascher Erfolg beschieden zu

sein (vgl. auch SZ vom 3. November 2005; „Tagesspiegel“ vom 15. Dezember 2005; DIE WELT vom 24. März 2006). Der Deutsche Kulturrat hat sich gegen eine Fusion der Kulturstiftung des Bundes und der Länder ausgesprochen weil dies „keinen Mehrwert für das kulturelle Leben in Deutschland“ bringe. Noch im Jahr 2003 hatte der Kulturrat allerdings für eine Fusion plädiert. Von diversen Landesministern wie dem Thüringischen Kultusminister Jens Goebel und Brandenburgs Kulturministerin Johanna Wanka wird positiv zur Fusion Stellung genommen. Nach einem Bericht des „Tagesspiegel“ vom 13. Juni 2006 arbeiten die beiden Stiftungen bereits jetzt großflächig bei der Bewahrung des kulturellen Erbes in Deutschland zusammen.

Staatsziel Kultur

Auch im vergangenen halben Jahr gab es wieder Anläufe, ein „Staatsziel Kultur“ im GG (Art. 20b ergänzt: „Der Staat schützt und fördert die Kultur“) zu verankern: Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ setzt sich dafür ein, die FDP hatte schon im Januar 2006 einen entsprechenden Antrag eingebracht, der aber ohne Chance war, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht in Sicht ist, daher wurde an den Rechtsausschuss überwiesen (SZ vom 11. März 2006; FR vom 19. Januar 2006).

Dazu Heinrich Wefing in der FAZ vom 27. Februar 2006: „Allein Angela Merkel hat sich noch nicht von der grassierenden Staatszieleuphorie ansteck-

ken lassen, sondern leise Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Unternehmens signalisiert. Zu Recht. Die Kultur muß nicht ins Grundgesetz.“ Auch der vormalige Präsident der Akademie der Künste Adolf Muschg hatte seine Zweifel: „Die Kultur ist kein Staatsziel, so wenig wie die Religion“ (DIE WELT vom 17. Dezember 2005).

Architektur

Nicht einleuchtend

Als „zweifelhaft“ bezeichnete die SZ vom 23. November 2005 die geplante „Stiftung Baukultur“ und kommt zu dem Schluss: „Viele, vor allem junge Architekten, setzen in erster Linie auf kommunale wie regionale Netzwerke. Die Forderung einer übergreifenden nationalen Stiftung wird regelmäßig mit dem Hinweis auf Einrichtungen benachbarter Länder verknüpft ... Muss bei uns eine Bundesstiftung nur deswegen ins Leben gerufen werden, um solche regionalen und lokalen Aktivitäten anzustiften, zu unterstützen und fortzuführen? Einleuchtend ist das nicht.“

Buch

Hamm

Nach einem Bericht in der WamS vom 23. Oktober 2005 hat die Stadtbücherei Hamm den Preis „Bibliothek des Jahres“ des Deutschen Bibliotheksverbandes und der ZEIT-Stiftung erhalten.

Beirat

Kulturminister Jan-Hendrik



Olbertz hat einen 7köpfigen Literaturrat für Sachsen-Anhalt berufen, der das Ministerium berät.

Umfragen

Frauen lesen mehr als Männer. Die 6 bis 13jährigen Kinder geben zu 57 Prozent an, mindestens einmal pro Woche in einem Buch zu lesen. Aber auch hier lesen Mädchen mit 67 Prozent lieber als Jungen. Dass Harry Potter das am häufigsten gelesene Buch darstellt, wundert natürlich nicht (FAS vom 19. März 2006).

55 Prozent der Deutschen ab 10 Jahren haben nach Angaben des Börsenvereins im Jahr 2005 durchschnittlich 11 Bücher gekauft, die relative Mehrheit der Deutschen (40 Prozent) kann auf 50 bis 200 Bücher im Haushalt zurückgreifen, nur jeder vierte Deutsche verfügt über 200 bis 500 Bücher.

Die FAZ vom 17. Oktober 2005 („Der Kampf um die Bücher“) kommt zu dem Schluss: „Das Buch lebt.“ Die FAZ macht allerdings auch darauf aufmerksam, dass der Zuwachs auf die Zeitungseditionen der „SZ“ und der „Bild-Zeitung“ zurückzuführen sei und auch fast alle anderen Zeitungsverlage Reihen nachgeschoben haben, um an diesen Erfolg anzuknüpfen. Außerdem stehe der Buchhandel unter Druck, weil sich im Handel immer stärker die Buchhandelsketten breit machten, die mit niedrigen Preisen locken wie etwa die Buchhandlungskette „Weltbild-Plus“, die demnächst ihr 300. Geschäft in Deutschland

eröffnen wird. Das Buchgeschäft werde eben vom Preis dominiert.

Der Trendbericht Kinder- und Jugendbuch 2006, vorgestellt auf der Leipziger Buchmesse, moniert, es gebe bei den deutschen Kinder- und Jugendbuchverlagen viel zu wenige Themen für Jungen in ihren Programmen. Befördert werde diese Entwicklung u.a. durch die starke weibliche Dominanz im Verlags- und Bibliothekswesen (DIE WELT vom 18. März 2006).

In der ganzen Welt werden jährlich rund 1,2 Millionen Bücher veröffentlicht, davon 375.000 in englischer und 80.000 in deutscher Sprache. Der Weltumsatz mit Büchern beläuft sich auf knapp 60 Milliarden Euro.

Nach einem Bericht der FAZ vom 19. Oktober 2005 ist eine Steigerungsrate von 30 Prozent bei Hörbüchern zu beobachten.

Anna Amalia

Die FAZ vom 2. September 2005 erinnert an den Brand in der Anna Amalia Bibliothek 2004 und verweist auf die Spendenfreudigkeit der Deutschen: „Es sind viele Unternehmen, die für den Wiederaufbau der Anna Amalia und die Restaurierung ihrer bedrohten Bestände spendeten, die noch nie einen Fuß in diese Bibliothek gesetzt hatten und es vielleicht auch nie tun werden ... Tief verwurzelter Bürgersinn, es gibt ihn vielerorts, wo anderenfalls noch mehr Bücher zum irreparablen Schadensfall geworden wären.“

Buchbranche optimistisch

Zu Beginn der Leipziger Buch-

messe 2006 gab sich die Buchbranche für 2006 optimistisch, 60 Prozent der Buchhändler gehen von einem guten Jahr aus. Im Trend liege die Belletristik mit 1,3 Prozent plus, mit 55,1 Prozent sei die fremdsprachliche Literatur außergewöhnlich stark gewachsen. Der Kinder- und Jugendbuchsektor verbuchte einen Umsatzzuwachs von 5,7 Prozent. Das Hörbuch legte um 14,1 Prozent zu, der Anteil am gesamten Buchmarkt stieg auf 3,4 Prozent (WELT vom 16. März 2006). Nach einem Bericht des Tagesspiegels zeigte sich der Börsenverein des Deutschen Buchhandels über die Geschäfte des letzten Jahres zufrieden und zugleich besorgt angesichts der kulturpolitischen Aussichten für das laufende Jahr. Vier Jahre lang war der Umsatz der Buchbranche gesunken. 2005 stieg er wieder um 0,9 Prozent auf 9,2 Milliarden Euro. Der Versandbuchhandel hat Dank des Online-Geschäfts ein Plus von 13,7 Prozent auf 633 Millionen Euro zugelegt, wobei allerdings immer noch mehr als die Hälfte der Bücher noch in Buchhandlungen verkauft wird (-0,9 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro).

Buchhandlungsketten sind auf dem Vormarsch, die Zahl der mittelgroßen Buchhandlungen nimmt ab. Die Umsätze der deutschen Verlage stiegen um 1,9 Prozent, vor allem durch Lizenzverkauf ins Ausland. Sorgen bereitet dem Börsenverein das neue Urheberrecht.

Börsenvereinsgeschäftsführer Alexander Skipis spricht von „enteignungsgleichen Eingriffen“. Da Bibliotheken und Archive Bücher, die sie nicht mehr



in gedruckter Form vorrätig haben müssen, digitalisieren und an beliebig vielen Bildschirmen zugänglich machen dürfen (Tagesspiegel vom 23. Mai 2006).

Nationalbibliothek

Die deutsche Bibliothek in Frankfurt und Leipzig soll nun doch Deutsche Nationalbibliothek heißen (FAZ vom 12. Februar 2006). Kritik an der Entscheidung des Bundestages äußerte neben FDP und Linkspartei auch der Bundesrat. Aber das Gesetz ist zustimmungspflichtig.

Kritisch dazu die SZ vom 11. Januar 2006; die FR vom 21. Januar 2006 („großspurig“): „Lasst uns doch statt Paris, London oder Washington, einfach Berlin, München, Frankfurt, Leipzig, Weimar oder Wolfenbüttel und ein wenig geschichtsbewusster sein.“;

die FAZ vom 19. Januar 2006: „Das ist eine der Ideen, die den Betrachter staunend fragen lassen, ob die Kulturpolitiker denn sonst nichts zu tun haben ... Man muss schon sehr kleindeutsch denken, wenn man auch die wenigen halbwegs intakten Traditionen dieses Landes mit einer Mischung aus Ahnungslosigkeit und selbst erzeugtem Globalisierungsdruck auf dem Müllhaufen der Geschichte wirft.“ S. auch den Bericht in DIE WELT vom 21. Januar 2006.

Erinnerungskultur

Was Geschichte wert ist

Was Geschichte in diesem Lande wirklich wert ist, lässt sich ablesen am Ende des Max-Planck-Instituts für Geschichte,

das wohl durch eine Art Konfliktforschungsinstitut ersetzt werden soll (FAZ vom 11. Februar 2006) und die (angedrohte? aufgeschobene?) Schließung des Historischen Kollegs in München. Zum Göttinger Max-Planck-Institut siehe auch SZ vom 10. Februar 2006. Der Göttinger Kasus sei „geradezu ein Testfall für die Frage nach der künftigen Stellung der Geistes- und speziell der historischen Wissenschaften“.

Topographie des Terrors

Mit dem Neubau des Berliner NS-Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ soll nach Angaben der Bundesregierung noch 2007 begonnen werden. (Einweihung 1. September 2009). Der Bund und Berlin teilen sich die Kosten für den auf 22 Millionen Euro veranschlagten Bau (DIE WELT vom 9. März 2006).

„Gedächtnis erneuern“

Die tschechische Stadt Usti nad Labem (Aussig) plant die Errichtung eines Museums und einer Forschungsstätte für die Geschichte der Deutschen in Böhmen. Damit versuche die nordböhmische Stadt, „ihr Gedächtnis zu erneuern“, so Oberbürgermeister Petr Gandalovic (DIE WELT vom 6. Oktober 2005).

Gutachten

Heftig umstritten war das im Mai veröffentlichte Gutachten zur Neuordnung der DDR-Gedenkstätten, der Stasi-Unterlagenbehörde und der Stiftung Aufarbeitung (Sabrow-Gutachten). Harsche Kritik an den Kritikern übte Regina Mönch in der FAZ

vom 11. Mai 2006, dazu siehe auch das Interview mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann (S. 11ff.).

Zentrum gegen Vertreibungen

Nach einem Bericht der SZ vom 27. Dezember 2005 hat sich Kulturstaatsminister Bernd Neumann für eine Stätte der Erinnerung an Flucht und Vertreibung in Berlin ausgesprochen. Es solle eine „feste Einrichtung“ geben. Nach dem Koalitionsvertrag soll in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ für das Unheil von Vertreibungen errichtet werden.

Die FAZ vom 13. Mai 2006 berichtete, Neumann wolle die in Bonn erstmals gezeigte Ausstellung „Flucht, Vertreibung und Integration“ zum Herzstück einer künftigen Dauerausstellung machen: „Die Realisierung im Zentrum Berlins bereiten wir vor.“ Neumann kündigte zudem an, die Ausstellung solle um „weitere Aspekte“ erweitert werden. Wobei besonderer Wert auf die Darstellung aus den Ländern zu legen sei, „die im europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität partnerschaftlich zusammenarbeiten – Polen, Ungarn und der Slowakei.“ Allerdings sei derzeit noch unklar, so die FAZ weiter, in welchem Verhältnis die verstetigte Ausstellung zum Zentrum gegen Vertreibungen stehen soll. Die Stiftung hat im August 2006 im Berliner Kronprinzenpalais eine eigene Ausstellung mit dem Titel „Erzwungene Wege“ eröffnet.

Heinrich Wefing kommentiert: „Sollte es also auf dem einen



oder anderen Weg tatsächlich gelingen, eine wissenschaftlich überzeugende Ausstellung über die Geschichte der Vertreibungen in der Hauptstadt zu etablieren – ein Ort der Information, Reflexion, keine Stätte der Konfrontation, Aufrechnung –, dann erhielt die heute hoch differenzierte Berliner Gedenkstättenlandschaft eine bedeutende zusätzliche Qualität. Neben dem Holocaust-Mahnmal, der Topographie des Terrors, der Wannseevilla, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Neuen Wache auch einen Raum für die Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen zu schaffen, hieße ja keineswegs zwangsläufig das Singuläre des Völkermordes an den europäischen Juden in Zweifel zu ziehen oder Unterschiede einzuebrennen. Es würde dem Gegner nur noch deutlicher zeigen, welche beispielloses Leid die Verbrechen der Nationalsozialisten über Europa gebracht haben. Blinke Flecken fördern nicht die Erinnerung, sondern nur das Ressentiment.“

Trivialisierung

Über die „Trivialisierung“ von Gedenkstätten vgl. die treffliche Glosse in der FAZ vom 16. Juni 2006: „Berliner Bärensaison: Der Eifer, mit dem man in Berlin über ein würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus debattiert, wird nur vom Eifer übertroffen, mit dem Gedenkstätten nach ihrer Errichtung trivialisiert werden“. Zuerst die ‚Terrassen am Mahnmal‘ (Holocaust), jetzt 42 buntbemalte ‚Buddy-Bären‘ um das Mahnmal zur Bücherverbrennung am 10. Mai 1933.

Wobei die FAZ erwähnte, dass noch ein Mahnmal „trivialisieren“ werde, nachdem schon die „Terrassen am (Holocaust-)Mahnmal“ für eine „Gedenkpause“ zwischen Weißbier und Kartoffelsalat im „Löwentreff“ und Sushi im Asiashop genutzt werden kann.

Streit um Aufschrift

Weiter geht der Streit um die Aufschrift auf dem Mahnmal für die ermordeten „Zigeunervölker“ auch nach einem Einigungsversuch am 16. Mai 2006 zwischen dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma und der Sinti-Allianz (Bericht in der FAZ vom 11. Mai 2006).

Die Sinti Allianz lehnt die zuletzt vorgesehene Widmung: „Wir gedenken aller Roma“ ab, weil damit nicht alle Opfergruppen erfasst seien. Gefordert wird zudem eine Bundestagsabstimmung über die inhaltliche Gestaltung der angegliederten Dokumentation. Möglicherweise wird es jetzt gar keine Aufschrift geben.

Ehrenmal

Verteidigungsminister Jung verfolgt seinen Plan weiter, ein zentrales Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin errichten zu lassen, das dem Gedenken aller getöteten Soldaten und zivilen Angehörigen der Bundeswehr gewidmet sein soll. Seit Gründung der Bundeswehr seien mehr als 2.600 Angehörige im Dienst ums Leben gekommen. In Deutschlands Partnerstaaten, in NATO und EU, gehöre „das ehrende Gedenken an Soldaten, die für ihren Einsatz mit ihrem Leben bezahlt haben, zur kulturellen Identität“.

Film

Schlechte Zahlen

2001 lagen die Umsätze der Kinos noch bei 987 Millionen Euro, 2004 nur noch bei 893 Millionen; 2005 werden 732 Millionen vermutet; Grund: Der DVD-Boom mit 1,6 Milliarden Umsatz 2004 (Steigerung um 9,7 Prozent), aber auch das schlechte Filmangebot; s. DIE WELT vom 13. Oktober 2005 und den Bericht in der FAS vom 13. November 2005: „Rettet Harry Potter die Kinobranche?“

Ging ein Deutscher in 2001 noch 2,16mal im Jahr ins Kino, trat er den Weg in 2005 nur 1,45mal an. Der durchschnittliche Kinoumsatz pro Einwohner sank von 12 Euro in 2001 auf nur noch 9,03 Euro. Dabei kamen deutsche Produktionen nicht schlecht weg. Erzielte der deutsche Film 1998 nur 13,5 Millionen Zuschauer, waren es 2005 bereits 21,5 Millionen (WamS vom 3. September 2006).

Dennoch im Aufwind

Nach einem Bericht der FAZ vom 31. August 2006 sieht sich die deutsche Kinobranche nach dem desaströsen Jahr 2005 mit 7,8 Prozent mehr Besuchern im ersten Halbjahr wieder im Aufwind. Der Umsatz stieg um 8,9 Prozent, der Marktanteil deutscher Filme lag bei 19 Prozent, also immerhin 12,8 Millionen Zuschauer für einen deutschen Film. Allerdings hat sich mit 106 Schließungen gegenüber 45 Neu- bzw. Wiedereröffnungen der bundesweite Kinosaalbestand drastisch verringert.



Internet

Digitale Bibliothek

Nach einer Ankündigung der EU-Kommission vom März 2006 sollen 2007 zwei Millionen Bücher, Filme, Fotos etc. über die Europäische Digitale Bibliothek zugänglich sein; bis 2010 soll sich die Zahl verdreifachen. Allerdings gibt es Probleme beim Urheberrecht.

Kulturhauptstadt

Essen

Es ist entschieden, Essen wird die Kulturhauptstadt 2010 (11. April 2006; neben dem ungarischen Pecs), das sich gegen Görlitz durchsetzte; s. die Beilage im „Weltreport“ vom Frühjahr 2006.

Die FAZ vom 13. April 2006 weist darauf hin, dass nach einer Studie im Auftrag der Europäischen Kommission der Titel Kulturhauptstadt auch mit steigendem Tourismus verbunden wird. So hatte Weimar in 1999 einen Besucherzuwachs von mehr als 50 Prozent und im Jahr darauf einen Rückgang um 22 Prozent. Essen hofft darauf, dass im Jahr 2010 mindestens eine halbe Million Menschen zusätzlich die Kulturhauptstadt Essen und das Ruhrgebiet besuchen werden. Bei jeweils 100 Euro Ausgabe sind die geplanten Investitionen von 78 Millionen Euro schon wieder als Gewinn zu verbuchen: „Die Inszenierung von Bedeutung könnte ein Zukunftsrezept für den Städtetourismus werden“, so die FAZ. Der nordrhein-westfäli-

sche Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sieht eine riesige Chance für die Menschen in Essen und im gesamten Ruhrgebiet:

„Ganz Europa wird 2010 auf Essen und das Ruhrgebiet schauen.“

Kultur und Beruf

Verbesserungen beim Arbeitslosengeld gefordert

Der Deutsche Kulturrat hat am 9. Juni 2006 die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und die Bundesregierung aufgefordert, die Rahmenfristregelung für den Bezug des Arbeitslosengeldes I (§ 123 SGB III) für kurzfristig im Film- und Theaterbereich Beschäftigte zu verändern.

Seit dem 01.02.2006 müssen Antragsteller für das Arbeitslosengeld I 360 Tage sozialversicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten zwei Jahre nachweisen. Zuvor galten drei Jahre. Die Verkürzung dieser Frist bedeutet für kurzfristig beschäftigte Theater- und Filmschaffende, dass sie de facto vom Bezug des Arbeitslosengeldes I ausgeschlossen werden, da sie die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen können. Die neue Regelung würde für kurzfristig beschäftigte Film- und Theaterschaffende bedeuten, dass sie für jeden zweiten Tag eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen müssten. Dieses können selbst sehr gut Beschäftigte aus diesen Branchen nicht erbringen. Im April 2006 waren, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen mitteilte, ca.

27.000 Kulturschaffende arbeitslos gemeldet. Geplant sind keine Sonderregelungen in der Arbeitslosenversicherung für diese Berufsgruppe.

Der Deutsche Kulturrat schlägt vor, sich bei einer eventuellen Neuregelung im Rahmen der jetzt anstehenden gesetzgeberischen Fortentwicklung der so genannten Hartz-Gesetze an der gesetzlichen Regelung in der Schweiz zu orientieren. Danach sollten die ersten 30 Tage einer Beschäftigung in diesen Kulturberufen doppelt angerechnet werden, um den unständig Beschäftigten die Möglichkeit einzuräumen, die Anwartschaft von 360 Tagen in zwei Jahren zu erreichen. Diese Regelung sollte für Kulturberufe wie Musiker, Schauspieler, Sänger, Tänzer wie auch freie künstlerische Mitarbeiter bei Radio, Fernsehen oder Film, Film- oder Tontechniker gelten, sofern sie unständig und kurzfristig beschäftigt werden. Diese Beschäftigungsverhältnisse unterliegen der Sozialversicherungspflicht und begründen somit einen Anspruch auf Leistungen, der nicht durch Anspruchsvoraussetzungen ausgeschlossen werden darf, die wegen der berufstypischen Besonderheiten nicht zu erfüllen sind.

An den Nagel

Die meisten freiberuflichen Künstler sehen auch für die Zukunft die Freiberuflichkeit als den richtigen Weg für ihre künstlerische Entfaltung. Bemerkenswert ist, dass immerhin 21,1 Prozent der befragten freiberuflichen Künstlerinnen und Künst-



ler die Sicherheit einer Festanstellung anstreben und 8,4 Prozent mit dem Gedanken spielen, ihren Beruf ganz aufzugeben. Diese Ergebnisse gehen aus der Studie „Selbstständige Künstlerinnen und Künstler in Deutschland - zwischen brotloser Kunst und freiem Unternehmertum?“ hervor, die vom Deutschen Kulturrat, der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di herausgegeben wurde (Pressemitteilung Deutscher Kulturrat, 3. August 2006).

Weiter verschlechtert

Die soziale Lage der selbständigen Künstler in Deutschland hat sich weiter verschlechtert. Die in der Künstlersozialkasse versicherten Künstler haben für das Jahr 2006 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 10.814 Euro gemeldet, so der Deutsche Kulturrat. Das bedeutet einen Rückgang von 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr mit einem Durchschnittsverdienst von 11.091 Euro (vgl. FAZ vom 20. Juli 2006; Pressemitteilung Deutscher Kulturrat, 20. Juni 2006).

Künstlersozialversicherung stabilisiert sich weiter

Der Abgabesatz zur Künstlersozialkasse soll im Jahr 2007 voraussichtlich auf 5,1 Prozent gesenkt werden. Durch diese Absenkung werden Auftraggeber von freiberuflich arbeitenden Künstlern und Publizisten um bis zu 12 Millionen Euro im Jahr entlastet werden.

Die KSK will künftig verstärkt gegen Unternehmen vorgehen,

die ihre Künstlersozialabgaben nicht zahlen. Daher wird die KSK jetzt Unternehmen anschreiben, die aufgrund ihres Unternehmens zwecksabgabepflichtig sein müssten. Jedes Jahr stoßen rund 7.949 neue Versicherte zur KSK, was auch eine Belastung für den Bundeshaushalt darstellt: 1991 lag der Bundeszuschuss bei 26,56 Millionen Euro, für das laufende Jahr beträgt er 105,15 Millionen Euro.

Bemessungsgrundlage für die Künstlersozialabgabe sind alle in einem Kalenderjahr an selbstständige Künstler und Publizisten gezahlten Honorare. Z. Zt. liegt der Abgabesatz der Verwerter bei 5,5 Prozent der Honorarsumme, 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Davor aber war der Satz deutlich gestiegen: von 3,8 Prozent 2002 und 2003, auf 4,3 Prozent 2004 und schließlich auf 5,8 Prozent 2005 (FAZ vom 23. Mai 2006).

Wachsende Konkurrenz

Der wachsenden Konkurrenz für Absolventen der Musikschulen und ihren schwindenden Berufsaussichten widmet sich der General Anzeiger vom 17./18. Juni 2006. Mit gut 500 Absolventen im Bereich Orchestermusik sei pro Jahr zu rechnen, frei werden aber nur um die 150 Stellen.

Auch die Perspektiven im Ausland sind schwierig. Die SZ vom 15. April 2006 weist darauf hin, dass sich zwar keine 10 Prozent der Deutschen für klassische Musik interessieren, es aber 80 Opernhäuser und 135 öffentlich finanzierte Symphonie- und Kammerorchester gebe und dass dafür in 2005 1,6 Milliarden Eu-

ro an öffentlichen Mitteln geflossen seien. Daher scheint es mehr als fraglich, ob die an 23 Musikhochschulen derzeit fast 17.000 ausgebildeten Studenten Anstellungen finden. Es bedürfe daher der Neuorientierung wie es auch die „Empfehlung der Expertenkommission Musikhochschullandschaft Bayern“ vorgeschlagen hätte, denn der Markt im Musik-Deutschland schrumpft. Die Anzahl der Kulturorchester ist in den vergangenen 14 Jahren von 169 auf 135 gesunken. 17 Prozent der Planstellen wurden abgebaut. Andererseits legten 2004 bundesweit 4000 Studenten eine Abschlussprüfung ab, immerhin mehr als 700 mehr als 1995. Im Moment sind 360 freie Orchesterstellen ausgeschrieben und in der Regel kämen höchstens 10 Prozent eines Absolventenjahrganges im Orchester unter.

Aber auch der Markt im Lehramt, im Bereich Schulmusik, Musikerziehung und Musikschulen und der Privatmusiklehrer, wird enger. Allein in Bayern reduziert sich in den kommenden Jahren der Bedarf an Musiklehrern um 50 Prozent, bedingt durch die Verkürzung der Gymnasialzeit, durch die Wahlmöglichkeit zwischen Kunst und Musik, aber auch durch die Erhöhung der Wochenstundenzahl.

Kultur und Bildung

Zwei Kulturbarometer

Über das 8. Kulturbarometer des Zentrums für Kulturforschung und der Deutschen Orchestervereinigung berichtet DIE



WELT vom 26. November 2005:

Rund zwei Drittel haben nie eine Oper, Operette, Theateraufführung, Veranstaltung der Kunst oder Literatur besucht. Nur Museen und Ausstellungen mit 42 bzw. 17 Prozent durchbrechen diesen Trend. Seit 1965 hat sich die Zahl der bis zu 40jährigen, die mindestens einmal pro Jahr die Oper besuchen, mehr als halbiert.

Dazu auch die SZ vom 26. November 2005: „Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend in die Mehrheit, die ohne Hochkultur auskommt, und eine Minderheit, die das Angebot in ihrer ganzen Breite nutzt.“

Nach dem am 4. Juli 2006 durch das BMBF vorgestellten „Jugend-Kultur-Barometer“, für das 2.625 Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren befragt wurden, hängt das Kunst- und Kulturinteresse der Jugend von der Bildung ab: das betrifft sowohl die Schulbildung wie auch die familiäre Umgebung und das ganze soziale Umfeld.

Deutscher Bühnenverein für mehr kulturelle Bildung

Der Deutsche Bühnenverein setzt sich für einen wesentlich höheren Stellenwert der ästhetischen Bildung in unserer Gesellschaft ein. Die Vermittlung von Sachverstand und Expertenwissen sowie die Bewertung von Bildung unter dem Kriterium technisch-industrieller Nutzbarkeit reichen nicht aus. Bei einem Symposium, das der Deutsche Bühnenverein am 8. Mai 2006 zusammen mit dem kulturwissenschaftlichen Institut Essen veranstaltet hat, formulierte dessen Präsident Jörn Rösen:

„Ohne Kunst fehlt der Bildung der geistige Atem, den sie zur Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben braucht.“ Wie andere Institutionen, z. B. der Deutsche Städtetag und die Kulturstiftung der Länder, aber auch mit Blick auf Initiativen wie „Kinder zum Olymp“ oder Projekte wie „Rhythm is it“, betrachtet der Deutsche Bühnenverein die Förderung der ästhetischen Bildung in allen Schulformen und in enger Zusammenarbeit mit den Theatern und Orchestern als zentrale Aufgabe der kommenden Jahre.

Für Musikschulen

Nach einem Bericht der SZ vom 22. September 2006 hat sich Bundestagspräsident Norbert Lammert für die Musikschulen eingesetzt. Dort dürfe nicht „vorschnell“ gespart werden, Musikschulen sollten nicht als „Luxusposten“ eingestuft werden. „Recht so“, kommentiert die SZ.

Studiengang Tanzwissenschaften

Im WS 2007/8 können sich Studierende am Institut für Theaterwissenschaften der FU Berlin erstmals für einen Masterstudiengang Tanzwissenschaften einschreiben (duz-nachrichten 6/2006).

Musiktheaterpädagogik

Der Präsident des Deutschen Bühnenvereins Klaus Zehelein forderte im April 2006 spezielle Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Musiktheaterpädagogik und an allen Spielstätten entsprechende Stellen. Als künftiger Präsident der Bayerischen Theaterakademie will Zehelein

ab dem WS 2007 einen entsprechenden Aufbaustudiengang schaffen.

NRW: „Tanz in Schulen“

Im Rahmen des NRW-Projekts „Tanz in Schulen“ wird derzeit an 62 Grundschulen Tanz unterrichtet; ab Sommer 2006 soll die Aktion auf weiterführende Schulen ausgedehnt werden.

Europas Seele

„Europa braucht eine Seele“, so überschrieb die FAZ vom 30. Januar 2006 einen Bericht über die Tagung „The Sound of Europe“, bei dem namhafte Kulturexperten und Kulturschaffende beklagten, dass die Kultur in Europa immer mehr zu kurz komme. Der griechisch-armenische Schriftsteller Petros Markaris wies darauf hin, nur Wissen über die gemeinsame Kultur sei in der Lage, den gefährlichen Nationalismus in dem immer größer werdenden Europa zu bekämpfen. Der italienische Literat Toscani forderte, Europa brauche eine Renaissance der Kultur und des Wissens, als vorrangig angesehen wird u.a. eine Vervielfachung der ERASMUS-Stipendien, damit angehende Akademiker die kulturelle Vielfalt Europas begreifen und über die Vielfalt zur Einheit kommen könnten.

Kultur und Wirtschaft

„Geist und Geld“

Unter der Überschrift „Geist und Geld“ plädiert die SZ vom 1. April 2006 für ein enges Zusammengehen von Kultur und Wirtschaft; denn nicht nur leben bei-



de Lebenskreise von der Kreativität, viele Unternehmen pflegen das „klassische Mäzenatentum“, engagieren sich aber auch um des Geschäfts willen (Kultur-sponsoring): „Wenn Kunst die Kraft hat, Wirklichkeit zu beeinflussen, soll sie das gerade auch dort tun, woher das Geld kommt. Der ganzheitliche Ansatz gewinnt derzeit in Deutschland an Gewicht ... Gerade in orientierungslosen Zeiten wie heute, da eine große Koalition in Berlin Tatkraft vorspiegelt, die sie gar nicht hat, da die öffentlichen Kassen leer sind, kommt dem Kunst- und Kulturengagement von Unternehmen in Deutschland eine wachsende Bedeutung zu.“

Wertschöpfung durch Kultur

Mit der Überschrift „Kultur als Wirtschaft“ weist DIE WELT vom 3. Dezember 2005 darauf hin, dass mit 35 Milliarden Euro Wertschöpfung und einem Anteil von 1,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt die Kulturwirtschaft 2003 zwischen der chemischen Industrie und der Energiewirtschaft lag. Diese Zahlen, so DIE WELT weiter, machten deutlich, dass „der Kulturwirtschaft, zu der das Verlagsgewerbe, die Filmwirtschaft, privater Hörfunk und Fernsehen, die Musikbranche und die darstellenden Künstler zählen, auch in Deutschland langsam eine Bedeutung zukommt, die sie in Ländern wie Großbritannien längst hat“.

Für 2003 wurde auf der 2. nationalen Jahrestagung der Kulturwirtschaft der Anteil der Kulturwirtschaft in Höhe von 1,6 Prozent am Bruttoinlandspro-

dukt (= 35 Milliarden Euro) herausgestellt: im Vergleich: 1,4 Prozent (= 30 Milliarden Euro) für die Energiebranche. Nach einer Studie des NRW-Wirtschaftsministeriums und des Regionalverbandes Ruhr arbeiten in NRW nur noch 39.000 im Bergbau, hingegen 42.000 im Kulturbereich, nicht eingeschlossen die etwa 10.000 nebenberuflichen Kreativen (DIE WELT vom 29. November 2005).

Museen

Tag des offenen Denkmals

S. die kritische Bewertung in der FAZ vom 9. September 2006 („Altern verboten“).

Wiener Tagung

Über eine Wiener Tagung zur Rettung für kleine Museen berichtet die SZ vom 24. Januar 2006: „Zukunft lokaler Kunstmuseen“.

„Deutsch-Russischer Museumsdialog“

Im November 2005 wurde von den von Kriegsverlusten betroffenen öffentlichen deutschen Museen eine Arbeitsgemeinschaft „Initiative Deutsch-Russischer Museumsdialog“ gegründet, um die „Fachebene stärker in den Klärungsprozess einzubinden“, nachdem die Beutekunstverhandlungen vor allem mit Russland seit Jahren auf der staatlichen Ebene nicht entscheidend vorangekommen sind (s. ergänzend auch den Bericht in der FAZ vom 22. November 2005: „Die Geduld der Erben ist erschöpft“).

Ca. 70 Museen setzen sich für eine gemeinsame Erschließung der bisher verschlossenen Depots von nach dem Krieg nach Russland verbrachten Kunstobjekten ein; davon soll die „Eigentumsfrage“ getrennt bleiben. Kulturstaatsminister Neumann wertete die Initiative als eine „sinnvolle Ergänzung“ der staatlichen Aktivitäten.

Neuer Rekord

Das Bonner Haus der Geschichte hat mit 670.000 Besuchern in der Dauerschau und 360.000 Interessenten für die Wechselausstellungen 2005 einen neuen Rekord erzielt. Das Museum selbst spricht von gut einer Million ‚Besuchern‘, gegenüber 863.000 im Vorjahr.

Übernommen

Aus den 1990 übernommenen Denkmallisten der ehemaligen DDR wurden von 2.000 Ost-Berliner Denkmälern und Bau-denkmalen aus der DDR-Zeit nur 50 Positionen gestrichen.

Kinder

Einen Testbericht über Kinder in Museen veröffentlichte die WamS vom 5. März 2006, die darauf hinweist, dass gerade kleine Museen sich besonders gut für jüngere Kinder eignen würden.

Schlesisches Museum

In Görlitz hat das schlesische Museum eröffnet, s. den Bericht in der FAZ vom 13. Mai 2006.



Musik/Oper

Musikwirtschaft

Die Musikwirtschaft befindet sich in einem leichten Aufschwung. Nach einer Meldung der SZ vom 26. August 2006 sei mit einem Umsatzvolumen von etwa 5 Milliarden Euro 2004 ein Umsatzplus von 2,4 Prozent, erzielt worden, so der Kölner Kulturwirtschaftsforscher Michael Söndermann.

Klassik steigt

Zumal es um die Klassik so schlimm auch nicht stehen kann, wenn man sich die Steigerungszahlen beim Klassik Radio ansieht: Für den Zeitraum der letzten 12 Monate steigerte sich die Reichweite des Senders um 29,4 Prozent, der Topwert unter allen deutschlandweit sendenden Radios. Die Zahl der Hörer stieg um 7,7 Prozent auf knapp 1,3 Millionen pro Tag (SZ vom 2. September 2006). Auch die FAS vom 10. September 2006 sieht „Hoffnungszeichen“: „Ist die Krise der Klassik vorbei?“, „An Kreativität und ambitionierten Projekten ist der deutsche Markt so reich wie kein anderer.“

Opernwelt

DIE WELT vom 24. September 2005 verbindet den von der Fachzeitschrift „Opernwelt“ vergebenen Titel „Deutschlands Theaterhauptstadt“ für Hamburg mit einer allgemeinen Betrachtung der Szene: „Kultur in Hamburg, das war bislang nicht unbedingt ein erfreuliches Thema. Den Ersten Bürgermeister interessiert es so wenig wie eine Opernpremiere, die Vorgängerin der jetzigen Kultursenatorin war

eine Lachnummer. Das Thalia-Theater und die Staatsoper sind nicht wegen, sondern trotz der Hamburger Kulturpolitik überregional aufgefallen.“

Sprache*

Im VDS

Als erste Stadt ist Mühlhausen (Thüringen) in den Verein Deutsche Sprache (VDS) eingetreten. Man wolle ein „pflögliches Signal beim Umgang mit der Muttersprache setzen“, so OB Hans-Dieter Dörbaum.

Gleichberechtigung für Deutsch

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat im Namen aller Fraktionen in einem Brief an EU-Kommissionspräsident Barroso angekündigt, der Deutsche Bundestag werde sich nur noch mit EU-Texten in deutscher Übersetzung beschäftigen.

Auch der Deutsche Kulturrat hat sich im April 2006 für die Gleichberechtigung der deutschen Sprache eingesetzt; immerhin sprächen die meisten EU-Bürger als erste Sprache Deutsch. Deutsch ist in der EU die meistgesprochene Fremdsprache nach Englisch (DIE WELT vom 24. September 2005).

Im Grundgesetz

Für den Schutz der deutschen Sprache durch das Grundgesetz spricht sich auch Gerhard Hölzle im „Rheinischen Merkur“ vom 22. Dezember 2005 aus („Deutsch ins Grundgesetz!“) analog zu Österreich, der Schweiz und in Liechtenstein.

Tanz

Ständige Konferenz

Am 12. März 2006 haben sich 13 Vereine, Verbände und Organisationen mit insgesamt 2.000 Mitgliedern des professionellen deutschen Tanzes zu einem bundesweiten Netzwerk Ständige KonferenzTanz als „Stimme des Tanzes“ und als Ansprechpartner für die Politik zusammengeschlossen (DIE WELT vom 13. März 2006; FAZ vom 28. März 2006).

Mehr Förderung für den Tanz

Auf einem „Tanzkongress“ in Berlin diskutierten im April 2006 Fachleute das Verhältnis von Tanz zu Kultur, Gesellschaft und Wissensvermittlung. Der Tanzkongress ist Teil der Initiative „Tanzplan Deutschland“, die von der Kulturstiftung des Bundes initiiert wurde. Kulturstaatsminister Neumann freute sich bei der Eröffnung über die große Resonanz des Tanzkongresses. Seit den 1920er und 1950er Jahren habe es keinen vergleichbaren Kongress mehr gegeben. Ein deutschlandweites Forum dieser Art mit internationalem Zuspruch sei deshalb seit langem überfällig.

Gleichzeitig unterstrich der Kulturstaatsminister die Bedeutung des Projekts „Tanzplan Deutschland“. Mit ihm habe die Kulturstiftung des Bundes einen gewichtigen kulturpolitischen Akzent gesetzt.

Dabei gehe es nicht in erster Linie um die Förderung herausragender Einzelprojekte, sondern um einen nachhaltigen strukturellen Impuls für die Tanz-



szene. „Schon jetzt wird der ‚Tanzplan Deutschland‘ unter den Beteiligten als entscheidender Schritt zur Förderung der Situation des Tanzes in Deutschland gesehen: er hat bereits für eine entscheidende Aufbruchstimmung gesorgt“, sagte Neumann am 20. April 2006 in Berlin.

Die Initiative „Tanzplan Deutschland“ hat das Ziel, die strukturellen Bedingungen für den Tanz als eigenständige Kunstsparte zu stärken. Außerdem sollen bestehende und sich entwickelnde Initiativen unterstützt werden. Für den „Tanzplan Deutschland“ stellt die Kulturstiftung des Bundes über die Dauer von fünf Jahren insgesamt 12,5 Millionen Euro zur Verfügung. Von diesen 12,5 Millionen Euro, die aus Mitteln der Kulturstiftung des Bundes für die Tanzförderung im Rahmen des „Tanzland Deutschland“ für die nächsten fünf Jahre vorgesehen sind, sind 6,4 Millionen Euro verteilt worden (FAZ vom 30. Januar 2006). Im Zentrum der Initiative stehen zwei Projekte: „Tanzplan vor Ort“ und „Tanzplan Ausbildungsprojekte“. Mit „Tanzplan vor Ort“ werden bis 2010 in insgesamt acht Städten Deutschlands nachhaltige Kooperationsprojekte zur Tanzentwicklung umgesetzt. Gefördert werden die Projekte allerdings nur, wenn Stadt oder Land für die Hälfte der Kosten aufkommen.

Mit „Tanzplan Ausbildungsprojekte“ unterstützt die Kulturstiftung des Bundes in engem Zusammenhang mit den Städteprojekten Modelle zur Verbesserung und Aktualisierung der

Ausbildung in den Bereichen Tanz, Choreografie und Pädagogik.

Gefördert werden außerdem das „Nationale Performance Netz“, Künstleraufenthalte im Rahmen der „Tanzplattform Deutschland“ sowie zwei Internetportale zum Tanz in Deutschland.

Theater*

Theaterkrise

„Das deutsche Theater ist mal wieder in der Krise“ titelt die FAS vom 26. Februar 2006, nicht nur bezogen auf den Streik im öffentlichen Dienst, sondern auch mit Hinweis auf ökonomische Studien als „traditionelle Lieblingsgegner des Kulturbetriebs“, für die die Subvention für das deutsche Theaterwesen eine massive Umverteilung von unten nach oben darstellen. Es sei nach wie vor die gehobene Mittelschicht aus der sich die Theatergänger rekrutierten – „aber jede Theaterkarte (wird) auch von den Steuergeldern jener Leute bezuschusst, die lieber unsubventionierte DVDs oder Kinotickets kaufen“. Jede verkaufte Theaterkarte in Bayern werde mit 8 Euro subventioniert, in Berlin sind es mehr als 100 Euro.

Und natürlich auch der Hinweis auf das Theater als Gegenstand der Boulevardpresse (siehe v.a. die BILD-Zeitung): „Sobald also auf irgendeiner Bühne eine halbe Brustwarze enthüllt, ein halber Liter roter Farbe vergossen oder Shakespeares Titus Andronicus aufgeführt wird, brüllt der Boulevard, was für ei-

ne Sauerei und das mit unseren Steuergeldern“, und zum Beleg zeigt man dann gern das nackte Fleisch, das Blut – am besten über eine ganze Seite. Das ist natürlich zynisch und ein bisschen schmutzig – und trägt womöglich doch zu Wahrheitsfindung bei. In Zeiten, die reicher als die unsrigen waren, haben der Theaterbetrieb und unsere Kulturpolitiker ganz vergessen, dass jenes Volk das sie bezahlt eines Tages fragen könnte ‚was macht ihr da? Und warum?‘ Die Antwort darf ruhig ein bisschen komplizierter sein.“

Dass die Zahl der Aufführungen von Theatern und Orchestern in der Spielzeit 2004/5 um 1,9 Prozent gesunken ist, geht aus der vom Deutschen Bühnenverein veröffentlichten 40. Theaterstatistik hervor; die Zahl der Besucher sank um 2,4 Millionen auf rund 33,2 Millionen (SZ vom 16. September 2006). Ebenfalls verringert haben sich die öffentlichen Zuschüsse: Die Länderzuweisungen stiegen zwar um knapp 4 Millionen, die Kommunen-Zuschüsse verringerten sich aber um 40 Millionen Euro (GA vom 16. September 2006).

Zirkus

Zirkus als Kulturelement

In einem von dem Europaparlament in Straßburg verabschiedeten Bericht wird gefordert, den Zirkus als Bestandteil europäischer Kultur anzuerkennen und die Freizügigkeit von Zirkusunternehmen in der EU zu erleichtern, um nicht bei Auftritten in verschiedenen EU-Staaten die jeweils anderen nationalen



Auflagen erfüllen zu müssen. Strittig war, ob Tiervorführungen als Teil der europäischen Zirkuskultur bezeichnet werden können (DIE WELT vom 14. Oktober 2005).

Kulturpolitik in Ländern und Kommunen

Föderalismus

Inwieweit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und der Vorsitzende des Kulturausschusses im Bundestag Hans Joachim Otto (FDP) recht behalten werden, dass mit der Föderalismusreform auch das Ende der Kulturpolitik des Bundes gekommen sei, falls die geplante Änderung des Grundgesetzartikels 104b Wirklichkeit werde, wird man abzuwarten haben (SZ vom 3. Juni 2006).

Baden-Württemberg

Beirat

Die Baden-Württembergische Landesregierung hat einen Kunstbeirat mit 15 Experten gegründet. Den Vorsitz hat der Intendant vom Deutschlandfunk/ Deutschland Radio Kultur Ernst Elitz. Der Beirat soll die Landesregierung vor allem bei der Aufgabe unterstützen, die Kunstförderung bei gleichbleibendem Etat weiter zu entwickeln und Impulse für neue Fördernotwendigkeiten zu geben (DIE WELT vom 23. März 2006).

Verkauf geplant

Der zunächst geplante Verkauf von 70 Handschriften der Badischen Landesbibliothek (s. noch FAZ vom 27. September 2006: „Beutekunst“) ist nach massiven

auch ausländischen Protesten gestoppt. Eine neue Lösung mit dem Haus Baden ist angedacht.*

Bayern

Regensburg als Weltkulturerbe?

Die Regensburger Altstadt soll 2006 der UNESCO als neues Weltkulturerbe vorgeschlagen werden, wie das bayerische Kultusministerium im November 2005 mitteilte (FAZ vom 23. November 2005).

Berlin / "Hauptstadtkultur"

Berliner Opern

Michael Schindhelm, Generaldirektor der Berliner Opernstiftung, warnte im Juli 2006 vor einem finanziellen „Crash“, wenn die Zuschussabsenkungen wie 2003 beschlossen bestehen blieben, nämlich Kürzungen von 112 Millionen Euro 2006 auf 99 Millionen Euro 2009 (s. auch DIE WELT vom 8. März 2006; SZ vom 16. September 2006: „Nimm drei, zahl zwei“). Bis 2009 sollen auch noch die Erlöse um 7,2 Millionen Euro steigen, was eine Zunahme der Besucherzahl von derzeit 687.000 auf 900.000 erfordert.

Schindhelm plädierte für eine

Übernahme der Staatsoper durch den Bund (s. auch SZ vom 7. April; FAZ vom 19. September 2006), aber das wird es nicht geben, s. FAZ vom 15. September 2006: „Hungern bis zum Tod“.

Der Bund wird allerdings die Sanierung der Berliner Staatsoper Unter den Linden mit 50 Millionen Euro unterstützen. Voraussetzung dafür ist, dass das Land Berlin sich in gleicher Höhe beteiligt und der private Förderverein 30 Millionen Euro zur Verfügung stellt, so Kulturstaatsminister Bernd Neumann (FAZ vom 7. Juli 2006).

Der Deutsche Kulturrat hat „gratuliert“.

Palast der Republik

Im Januar 2006 hat der Bundestag mit 431 Stimmen gegen die Stimmen der Grünen und der Linkspartei das Aus für den Berliner Palast der Republik besiegelt. Nach dem Parlamentsbeschluss soll an dessen Stelle ein Humboldt-Forum mit den barocken Fassaden des 1950 gesprengten Berliner Stadtschlusses errichtet werden (dazu s. den Beitrag von Richard Schröder, „Und jetzt das Berliner Schloß“, DIE WELT vom 1. November 2005; oder: „noch lange kein Schloss in Sicht“, NZZ vom 14. Januar 2006); Kommentar in der SZ vom 19. Januar 2006 („Das Luftschloß“); gegen den Abriss hingegen Niklas Maak: „Deutschland deine Löcher“ in der FAS vom 22. Januar 2006.

Hauptstadtkulturfonds

Nach einem Bericht der SZ vom 17. Juni 2006 will die Bundesregierung am Hauptstadtkultur-



fonds festhalten, nachdem der vom Bund jährlich mit 10 Millionen Euro finanzierte Hauptstadtkulturfonds zeitweise in die Kritik geraten war, etwa im Rahmen einer Ausstellung über die terroristische RAF. Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus bezeichneten die Entscheidung Neumanns als einen „Segen für die freie Szene in Berlin“.

Brandenburg

Vertrag gekündigt

Der OB von Neubrandenburg hat den Vertrag der Stadt mit dem Literaturzentrum zum 31. Dezember 2007 gekündigt. Das Literaturzentrum verwaltet unter anderem den Nachlass von Hans Fallada und Brigitte Reimann und wird durch einen Verein betrieben. Neubrandenburg zahlt dafür in 2006 137.000 Euro an das Zentrum. Das 1971 gegründete Literaturzentrum war 2005 in die Schlagzeilen geraten, nachdem eine Studie die Verstrickung mit der Staatssicherheit nachgewiesen hatte (FAZ vom 3. Juli 2006).

Bremen

Theaterkrise

Zum 16. November 2005 berichtet DIE WELT, dass die Finanzierungskrise um das Bremer Theater durch einen Kompromiss zwischen der Landesregierung und dem Intendanten Klaus Pierwosz gelöst sei. Das Theater erhält vom Senat einen Kredit von 4 Millionen Euro, der in den kommenden zwei Jahren samt Zinsen vom Theater zu-

rückgezahlt werden soll (s. auch SZ vom 17. Oktober 2005; FAZ vom 16. November 2005).

Hamburg

Experten

Ehrentamtliche Experten aus der Wirtschaft stehen projektbezogen und zeitlich begrenzt als „KulturPaten“ den Hamburger Kultureinrichtungen beratend zur Seite: Ziel: Förderung des Wissensaustausches zwischen Wirtschaft und Kultur.

Hessen

Kulturregion Frankfurt Rhein-Main

Im Dezember 2005 haben 20 Kommunen von Aschaffenburg bis Frankfurt (allerdings ohne Darmstadt und Wiesbaden) die „Kulturregion Frankfurt Rhein/Main“ mit dem Ziel gegründet, gemeinsam überregionale und international bedeutsame Kulturprojekte zu organisieren. Die Hessische Landesregierung, die den Rhein-Main-Kommunen mit der Gründung eines Pflichtverbandes gedroht hatte, wenn sie sich nicht auf die gemeinsame Finanzierung wichtiger, v.a. aber in Frankfurt befindlicher Kultureinrichtungen einigen könnten, bemängelte, die Initiative werde den kulturpolitischen Vorgaben des Ballungraumgesetzes mit 10 Cent pro Einwohner Einlage nicht gerecht.

Zum hessischen Kulturraumgesetz siehe auch die Beiträge in: Kultur.Politik. Diskurs-Heft 7/2005, hg. vom Institut für Kulturpolitik der Universität Hildes-

heim 7/2005 S. 7ff.; „Kulturpolitische Mitteilungen“ 3/2005 (S. 11 ff.).

Nordrhein-Westfalen

Sehenswerte Kirchen

NRW-Bauminister Oliver Wittke hat im Februar 2006 angekündigt, sich für den Erhalt von Kirchen einzusetzen: „Von entscheidender Bedeutung wird sein, die Wartung und Pflege der aus denkmalpflegerischen und anderen Gründen erhaltenswerten Kirchen tragfähig zu gestalten.“ Allerdings unterstrich Wittke auch, „dass nicht alles, was der Sache nach wünschbar ist, finanziert werden kann, insbesondere nicht vom Land“.

Marketing verbessern

NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben hat gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Intendantengruppe NRW, Jens Pesel, am 3. Februar 2006 das Projekt „Treffpunkt Theatermarketing“ vorgestellt, das Theatern helfen soll, ihre Marketingmethoden zu verbessern. „Auch Theater müssen moderne Marketingmethoden nutzen“ so die Ministerin. (WamS vom 5. Februar 2006).

Kultur und Schule

Zum Projekt NRW „Kultur und Schule“ siehe den Bericht im „General-Anzeiger“ vom 20. April 2006.

Köln: Hochhauspläne gestoppt

Der Kölner Stadtrat hat am 16. Dezember 2005 die umstrittenen



Hochhauspläne gestoppt und damit den Weltkulturerbestatus des Kölner Doms erhalten (SZ vom 26. November 2005).

Rheinland-Pfalz

Chaos

Unter der Unterschrift „Mit dem Rücken zur Wand. In der rheinland-pfälzischen Denkmalpflege herrscht Chaos.“, berichtet die FAZ vom 3. Mai 2006 über die aktuellen Zustände im Mainzer Landesamt für Denkmalpflege.

Positive Bilanz?

Kulturminister Zöllner hat eine positive Bilanz der Orchesterstrukturreform (Einsparungen 1,9 Millionen ab 2006; festgelegtes Personalkostenbudget) in Rheinland-Pfalz gezogen. Die Zukunft der drei Landesorchester in Ludwigshafen, Koblenz und Mainz sei gesichert. Der Stv. Vorsitzende der CDU-Fraktion hält dagegen (19. Juli 2006): „Wer eine ehrliche Bestandsaufnahme erwartet hatte, sieht sich enttäuscht“, so Dr. Josef Rosenbauer, zur Bilanzpressekonferenz des Kulturministers. Zöllner habe vor der Presse ein vollkommen undifferenziertes Bild der Abläufe gezeichnet und gehe über nach wie vor bestehende substantielle Kritik in einer Weise hinweg, die nur Kopfschütteln hervorrufen könne; der Minister habe erst nach massivem Widerstand der Orchester in Koblenz, Ludwigshafen und Mainz, der Öffentlichkeit und der CDU-Landtagsfraktion gegen seine Pläne überhaupt sich bereit gefunden, Gespräche

zu führen: „Der Minister hat versucht, den Orchestern eine hinter verschlossenen Türen erarbeitete Struktur aufzuzwingen und ist damit gescheitert. Nicht er hat dann ‚ergebnisoffene Gespräche‘ angeboten. Vielmehr wurde er durch massivsten Protest an den Verhandlungstisch gezwungen.“ Bedauerlich sei, so Rosenbauer weiter, dass Minister Zöllner kritische Stimmen vollkommen ausblende. So werde aus den Orchestern selbst heraus von maßgeblicher Seite geäußert, dass die Strukturveränderungen eine Qualitätseinbuße nach sich ziehen. Zudem seien nachteilige Auswirkungen auf das spielbare Repertoire zu verzeichnen, die auch durch die sog. innere Kooperation nicht ausgeglichen werden können: „Wenn sich zudem ein so angesehener Pianist und Dirigent wie Tamas Vasary nach einem Gastspiel bei der Staatsphilharmonie in Ludwigshafen schriftlich an den zuständigen Minister wendet und sich über die angebotene Orchesterbesetzung beklagt, dann gehört auch das in eine ehrliche Bilanz.“ Tamas Vasary hatte u.a. an Minister Zöllner geschrieben:

„... Ich war allerdings erstaunt und auch enttäuscht, dass die mir angebotene Orchesterbesetzung, konkret: die Größe des Streichapparates, nicht dem üblichen Standard derjenigen Orchester entspricht, die in punkto Leistungsstand wie auch Repertoire der Staatsphilharmonie vergleichbar sind ... Dies hat fatale Konsequenzen. Für den normalen Konzertbesucher entsteht ein unbefriedigendes Klangerlebnis, weil dieses Repertoire nicht mit

der gewohnten und notwendigen Streicherstärke dargeboten wird. Obwohl von einem ausgezeichneten Orchester gespielt, entsteht so der Eindruck eines qualitativen Mangels. In Wahrheit handelt es sich aber um einen Mangel an Quantität ...“

Sachsen

Kampf um die Waldschlösschenbrücke

Nachdem das Regierungspräsidium einen sofortigen Baubeginn verlangt hatte, darf nach einem Spruch des Dresdener Verwaltungsgerichts mit dem Brückenbau doch nicht sofort begonnen werden. Dabei betonten die Richter, das UNESCO-Votum sei sehr wohl verbindlich für die Stadt, denn auch der Freistaat Sachsen sei gehalten völkerrechtlich Verpflichtungen des Bundes nicht zu verletzen; jetzt will sich der Bundestag vermittelnd einschalten (DIE WELT vom 22. September 2006; SZ vom 1. September 2006; FAZ vom 10./18. August 2006: „Auf der roten Liste“); vor dem Brückenbau hatte auch die Sächsische Akademie der Künste gewarnt (FAZ vom 27. Juni 2006).

Im Februar 2005 hatten die Dresdener über den Brückenbau abgestimmt. Etwa 68 Prozent davon stimmten für die Elbquerung. Allerdings war das Thema Weltkulturerbe damals kein Thema. Gegen den Beschluss des Dresdner Stadtrates, die Bauvergaben für die umstrittene Waldschlösschenbrücke zu vertagen und damit der Drohung der UNESCO zu begegnen, im Fal-



le des Baus den Titel „Welterbe“ für das Elbtal zu entziehen, hatte die Stadtverwaltung Widerspruch eingelegt.

Ob es wirklich gelingt die Brückenfrage den Bürgern abermals zur Abstimmung vorzulegen und dann ein neues Votum zu erreichen, steht dahin (siehe auch die Beiträge in der FAZ vom 13. Juli 2006: „Ihr Väter der Stadt, schaut auf dieses Tal“; SZ vom 20. Juli 2006: „Ein weltberühmter Strebergarten“; FAZ vom 24. August 2006: „Über einem bodenlosen Abgrund“).

Thüringen

Weimar: Investitionsprogramm

Die Stiftung Weimarer Klassik will bis 2010 ein Investitionsprogramm von 28 Millionen Euro auflegen, u.a. durch Trennung von Immobilien; der Investitionsbedarf in den kommenden Jahren wird auf insgesamt 60 Millionen Euro veranschlagt; der Vertreter des Bundes im Stiftungsrat Hermann Schäfer kündigte eine baldige neue Finanzierungsvereinbarung an.

Weimarer Klassik: Bundesförderung

Die Kulturstiftung des Bundes fördert das Kunstfest Weimar von 2007 an mit jährlich bis zu einer halben Millionen Euro.

Kulturfonds

Durch die Auflösung der ostdeutschen Stiftung Kulturfonds erhält die Thüringer Kulturstiftung 7,75 Millionen Euro. Damit ist es nach Aussage von Ministerpräsident Dieter Althaus

möglich, das Stammkapital bereitzustellen und die Stiftung dauerhaft zu sichern (DIE WELT vom 8. März 2006).

Finanzierung/ Sponsoring

VW

Der VW-Konzern bleibt für weitere drei Jahre Sponsorpartner der Internationalen Filmfestspiele Berlin (seit 2003).

Verkauf

Auf scharfe öffentliche Kritik ist das Vorhaben der Stadt Krefeld gestoßen, zur Sanierung des maroden Museumsgebäudes – u.a. undichtes Dach – das Monet-Gemälde „Parlamentsgebäude in London“ (1904) zu verkaufen; das Bild könnte 20 Millionen Euro einbringen. Damit werde „die Büchse der Pandora geöffnet“, kritisiert der Deutsche Kulturrat.

Derzeit bemüht sich die Stadt beim NRW-Innenministerium um eine Ausnahmegenehmigung, um die Einkünfte komplett für die Sanierung einsetzen zu können (FAZ vom 20. September 2006).

Rückgabe

Ebenfalls Kritik hat die Rückgabe des Kirchner-Gemäldes „Berliner Straßenszene“ an die Erben des jüdischen Unternehmers Alfred Hess ausgelöst, dazu s. allerdings die SZ vom 15. September 2006: „Hand drauf. Die Debatte wird anrühlich“.

Umsatzeinbruch

Der Umsatz mit CDs, Platten, Kassetten und Musik-DVDs ist 2005 in Deutschland abermals um 1,75 Milliarden Euro geschrumpft; 2000 waren es noch 2,5 Milliarden Euro. Gewachsen sind die Zahl der legalen Downloads und das Geschäft mit Handy-Klingeltönen (WamS vom 17. September 2006).

„Kultur managen“

Die SZ vom 11. August 2006 berichtet über eine Studie: „Die Kunst, Kultur zu managen“ des Beratungsunternehmens AT Kearney, die nicht ganz so erfolgreichen Kultureinrichtungen wie z.B. das MoMa oder das Metropolitan Museum rät, ihre Einnahmen künftig auf drei Säulen aufzubauen, zu 50 bis 60 Prozent aus dem unmittelbaren Geschäft mit Besuchern, 20 bis 30 Prozent über Sponsoren und etwa 20 Prozent, für die der Staat einspringen müsste. Das Problem liegt der Studie zufolge in der mangelhaften Selbstdarstellung vieler Einrichtungen; vor allem in Deutschland und Österreich wird der Erfolg der Kunst sich selbst überlassen und nicht ausreichend vermarktet.

Haushalt gestiegen

Der Haushalt von Kulturstaatsminister Neumann steigt 2006 um 2,1 Prozent auf 1,067 Milliarden Euro. Bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes 2007 in den Deutschen Bundestag betonte Neumann, dass die Bundesregierung der besonderen Stellung der Kultur in unserer Gesellschaft auch mit dem nächsten Kulturretat in hohem Maße gerecht werde. Dabei gelte vor-



rangig, dass Kulturförderung keine Subvention sei, sondern eine Investition in die Zukunft. Dies sei im Koalitionsvertrag vereinbart worden und so werde auch gehandelt.

Der Entwurf sieht einen Gesamtumfang für BKM im nächsten Jahr von rund 1,108 Milliarden Euro vor. Mit dem Haushaltsentwurf 2007 und dem Finanzplan bis 2010 setzt die Bundesregierung ihren Haushaltskonsolidierungskurs fort. Gleichwohl konnte der Kulturhaushalt um 3,4 Prozent gesteigert werden.

Spende

Die Chemnitzer Kunstsammlungen haben 2005 von einem Unbekannten eine Spende von 1,16 Millionen Euro erhalten mit der Auflage, moderne Kunstwerke aufzukaufen (FR vom 5. November 2005).

Filmförderung drastisch erhöht

Derzeit gibt der Bund jährlich 30,5 Millionen Euro für Filmförderung aus, nach einem Beschluss des Bundeskabinetts vom 5. Juli 2006 sollen von 2007 an in Deutschland hergestellte Kinofilme mit jährlich zusätzlichen 60 Millionen bis zum Ende der Legislaturperiode gefördert werden; Kulturstaatsminister Neumann bewertete dies als einen „Durchbruch für die Filmwirtschaft“ in Deutschland.

Zu den 60 Millionen Euro im Jahr für die Filmförderung des Bundes äußert sich die SZ vom 11. Juli 2006: „Es war ein starkes Stück, ein großer Coup, den der Kulturstaatsminister Bernd Neumann vorige Woche ge-

schafft hat. 60 Millionen Euro im Jahr hat er dem Finanzminister abgerungen für die neue Filmförderung des Bundes – so war es versprochen, so steht es im Koalitionspapier. Schon das ist durchaus sympathisch heutzutage im schrill gewordenen Parteiengezeter, im hektischen Hin und Her um Positionen und Zusagen und Zugeständnisse – das ist ein Punkt, dass dieses Papier so schnörkellos und effizient verwirklicht werden konnte ...

Es ist vielleicht kein wirklich dynamisches Modell das hier präsentiert wurde, keins das furios vorprescht, sondern eins, das aufholt. Das Anreiz bieten soll und Standortnachteile und Positionshandycaps ausgleichen die seit Jahren die Produktion hierzulande bremsen.“ Siehe auch das Interview mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann in der SZ vom 11. März 2006. Neumann sieht allerdings keine Möglichkeit, Fernsehfilme ähnlich zu fördern, s. auch das Interview mit der SZ vom 7. September 2006: Es geht „mir darum, den kinoorientierten Film zu fördern“.

Für nationale Regelungen

Kulturstaatsminister Neumann und der französische Kulturminister Renau Donnedieu de Vabres wollen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass nationale Regelungen für die Filmförderung auch EU-rechtlich weiter möglich sind.

Mehrwertsteuer bleibt

Nach einem Beschluss des Bundeskabinetts vom 11. Januar 2006 bleibt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent für

Kulturgüter auch nach 2007 erhalten.

Stiftung Kulturfonds aufgelöst

Im März 2006 wurde die Stiftung Kulturförderung zur Förderung zeitgenössischer Künste in den neuen Ländern endgültig aufgelöst. Das Stiftungsvermögen von 33,4 Millionen Euro wird auf die fünf neuen Länder und auf Berlin verteilt. Zuletzt waren Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt ausgeschieden (DIE WELT vom 6. März 2006).

NRW hält Versprechen

In einer Mitteilung der FAZ vom 19. Mai 2006 hat die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW ihrem Versprechen, den Kultur-etat innerhalb einer Legislaturperiode zu verdoppeln, Rechnung getragen. Die Mittel von bisher 70,6 Millionen Euro wurden auf 84,1 Millionen Euro angehoben und damit um fast 20 Prozent. Im wesentlichen werden damit Kürzungen, welche die rot-grüne Vorgängerregierung 2004 verfügt hatte, zurückgenommen. Schwerpunkte liegen bei der Substanzerhaltung von Archivgütern und dem Projekt „Schule und Kultur“, das im Herbst anlaufen soll. Um fast 2,5 Millionen auf 9,6 Millionen Euro gekürzt werden hingegen die Mittel für die Filmstiftung NRW, die allerdings bei den Medien resortiert. Die Kulturförderung macht bei einem Haushaltsumfang von 48,5 Milliarden Euro weniger als 0,2 Prozent aus.

Denkmalpflege gekürzt

Nach einem Bericht der FAZ vom 14. Januar 2006 will Bay-



ern die Denkmalpflege kürzen. Aus Haushaltsmitteln bezieht das Landesamt für Denkmalpflege bislang 8,5 Millionen Euro. Um mehr als 3 Millionen sollte diese Summe sinken. Von den verbleibenden 5,5 Millionen Euro sind aber mehr als 4,5 Millionen fördergebunden verplant. Da bleibe für 2006 ein operativer Etat von unter 1 Millionen Euro.

Der Entschädigungsfonds, dessen 23 Millionen Etat sich Kommunen und Land teilen, sowie die Mittel aus der Landesstiftung sind Kommunen mit sehr bedeutenden Förderprojekten vorbehalten, für private Antragsteller taugen sie nicht, die aber in Bayern in der Mehrheit seien.

Urheberrecht I: Massive Kritik

Massive Kritik übt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels an der Verlängerung der gesetzlichen Erlaubnis für Bildungs- und Forschungseinrichtungen, urheberrechtlich geschützte Werke ohne Zustimmung der Rechteinhaber in ihren Netzwerken zu verwenden. „Die Art und Weise, in der Regierungsfractionen, Grüne und Linkspartei den umstrittenen § 52a wie in einer Geheimaktion verlängert haben, spricht für sich“, sagte der Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Dr. Gottfried Honnfelder.

Die Vorschrift des § 52a UrhG ist vom Bundestag im Frühsommer 2003 beschlossen worden. Aufgrund heftiger Proteste von Urhebern und Verlagen war ihre Geltung zunächst bis zum

31.12.2006 befristet worden. Vor Ablauf der Gültigkeitsdauer sollte eine Evaluation der Auswirkungen der Vorschrift erfolgen. Diese Evaluation ist allerdings aus Sicht des Börsenvereins unzureichend, da sie bis heute nicht erfasst, wie viele und welche Werke in das Intranet von Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen eingestellt werden. Trotz einer gesetzlich verankerten Pflicht zur Zahlung einer „angemessenen Vergütung“ für Nutzungen unter § 52a UrhG ist bislang über die Verwertungsgesellschaften kein Cent an die Urheber, Verlage und Produzenten geflossen.

Die Kultusministerkonferenz hat gegenüber den Verwertungsgesellschaften deutlich gemacht, dass sie für die Vergangenheit maximal zu einer Pauschalzahlung von 200.000 Euro pro Jahr für die Netzwerknutzungen in sämtlichen Schulen und Bildungseinrichtungen außerhalb des Universitätsbereichs bereit sei. Für Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es bislang kein Angebot. Damit ist es den Verwertungsgesellschaften unmöglich, diejenigen Berechtigten zu honorieren, deren Werke in den Netzwerken tatsächlich genutzt werden.

Urheberrecht II

DIE WELT vom 25. November 2005 macht darauf aufmerksam, dass die „angemessene und redliche“ Honorierung von Autoren genau da angekommen sei, was zuvor bereits von allen wichtigen Verlagen bezahlt wurde. Nur mit den Übersetzern ist eine Ei-

nigung bisher nicht möglich gewesen. Die Unklarheiten des seit 2002 geltenden Urheberrechts haben 2005 zu ersten Prozessen zwischen Verlagen und Übersetzern geführt. Erstinstanzlich haben die Gerichte derzeitige Seitenpreise zwischen 17 und 20 Euro für angemessen erklärt; die Übersetzer wollen aber ab dem ersten Exemplar eine Honorarbeteiligung von 3 Prozent statt wie bisher einem 1 Prozent, jeweils ab zu verhandelnder Auflagenhöhe, und einen bis zum Zwölffachen gesteigerten Anteil an den Verkaufserlösen; die Gerichte haben bislang immerhin bis zu 2 Prozent und ein Viertel der Nebenrechtserlöse zugestanden; s. den Bericht in der FAZ vom 11. Januar 2006:

„Eine Machtprobe steht bevor: die Frage nach ‚Redlichkeit‘ und ‚Angemessenheit‘ wird bis vor den Bundesgerichtshof kommen – und diese Lösung scheint wenig sinnvoll.“

Nach Schätzungen des Börsenvereins könnte sich die Zahl von pro Jahr 9.000 übersetzten fremdsprachlichen Titeln in etwa halbieren (SZ vom 23. November 2005). Das gehe vor allem zu Lasten bislang unbekannter Autoren; s. auch den Bericht in der NZZ vom 28. Januar 2006.

Urheberrecht III

DIE WELT vom 29. März 2006 kommt zu dem Ergebnis, dass das Urheberrecht im Inhalt die Industrie stärke, aber das Unrechtsbewusstsein der Kopierer keineswegs schärfe, auch wenn die Bagatellklausel für Raubkopierer im so genannten „zweiten Korb“ der Urheberrechtsnovelle per Kabinettsbeschluss



gestrichen wurde. Privatkopien sind weiterhin zulässig aber nicht bei Kopierschutz oder illegal hergestellter Kopiervorlage. Damit ist die Privatkopieklausel praktisch verschwunden. Denn die Produzenten dürfen beinahe beliebig Kopierschutz und Rechte im Managementsystem einsetzen und damit eine Privatkopie verhindern. Der Wegfall der Bagatellklausel bedeutet: Wer eine Musik-Datei o.ä. bei der Tauschbörse herunterlädt, kann theoretisch mit bis zu 3 Jahren Gefängnis bestraft werden, also ähnlich wie ein Vergewaltiger oder ein Einbrecher (Konkret 5/06).

Mehrausgaben für Kultur

Die ostdeutschen Länder haben 2004 mehr für Kultur ausgegeben als die westdeutschen Flächenländer. An der Spitze liegt Sachsen mit 156,30 Euro pro Einwohner (1002: 167,20 Euro). Ebenfalls ganz vorne liegen in 2004 Thüringen (106) und Sachsen-Anhalt (104). In Westdeutschland führt Baden-Württemberg mit knapp 96 Euro pro Einwohner. Am Schluss liegen Niedersachsen mit 55 Euro, Rheinland-Pfalz mit 52 Euro und Schleswig-Holstein mit über 51 Euro pro Einwohner. Insgesamt haben die Bundesländer von 2001 bis 2004 6,8 Prozent im Kulturbereich eingespart. Der Bund sparte im gleichen Zeitraum 3,7 Prozent ein (DIE WELT vom 31. März 2006).

Subjektförderung

Rolf Kroker, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, hat gefordert, an die Stelle einer Objektförderung, in der das Geld in ein-

zelne Theater gegeben wird, zu einer Subjektförderung zu kommen für die Menschen die bedürftig sind. Zwei Milliarden Euro aus öffentlichen Kassen, die jährlich in die Theater fließen, sind nach Krokors Ansicht „eine Umverteilung von unten nach oben“. Der Kostendeckungsgrad sei mit 16 Prozent sehr niedrig, nutzen würden das Angebot die „eher Besserverdienenden“; „Bedürftigkeit“ werde nicht erfasst (DIE WELT vom 5. Dezember 2005; FAS vom 4. Dezember 2005).

Der Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Klaus Zehelein, hat solche Forderungen zurückgewiesen: „Kostendeckend kann Kunst nie sein.“ (DIE WELT vom 8. Dezember 2005). Unter der Überschrift „Kultur – Deutschlands teures Hobby“ berichtet auch die FAS vom 11. Dezember 2005 über die 2 Milliarden Euro, mit denen die deutschen Bühnen im Jahr gefördert werden. Gerade mal 16,3 Prozent ihrer Ausgaben spielen die deutschen Theater im Durchschnitt selbst ein. Renommiertere Häuser liegen bei bis zu 30 Prozent, der Rest muss über die Länder- und Gemeindehaushalte finanziert werden. An der Spitze der Zuschüsse liegt mit 124,36 Euro je Besucher Thüringen, am Ende steht Niedersachsen mit 82,53 Euro pro Besucher.

Weitergefördert

Die Ministerpräsidentenkonferenz beschloss im Oktober 2005, die Stiftung Kuratorium junger deutscher Film weiterhin zu fördern. Das Kuratorium muss allerdings seinen Etat in den kommenden drei Jahren jeweils um

5 Prozent kürzen (SZ vom 22. Oktober 2005).

Preise an Unternehmen

Auf der Basis einer von der SZ und dem Handelsblatt gemeinsam durchgeführten Umfrage bei deutschen Unternehmen und in Kooperation mit dem Kulturkreis der deutschen Wirtschaft wurden am 1. Juni 2006 Preise an deutsche Unternehmen verteilt, die sich besonders für die Kulturförderung einsetzen. So die Allianz-Kulturstiftung, die Deutsche Bank, BASF, das Bankhaus Metzler, HCI Capital und Grenkeleasing (SZ vom 2. Juni 2006).

Gemeinnützigkeit I: Steinbrück schlägt zu

Das Bundesministerium der Finanzen hat in einem Rundschreiben vom 19. Januar 2006 an die Obersten Finanzbehörden der Länder zur Steuerlichen Berücksichtigung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen in Kulturfördervereinen erlassen, dass Mitglieder von Kulturfördervereinen ihren Mitgliedsbeitrag nicht mehr steuerlich absetzen können, sofern sie eine so genannte geldwerte Gegenleistung erhalten. Unter dieser geldwerten Gegenleistung ist z.B. der freie Eintritt in ein Museum oder aber der Erlass der Jahresgebühr von Bibliotheken zu verstehen. Diese Vorteile sind bei Fördervereinen allgemein üblich und stellen eine Anerkennung des geleisteten Engagements dar. Regelmäßig ist die Leistung von Fördervereinsmitgliedern wesentlich höher als die gewährte Anerkennung. Der Deutsche Kulturrat hat dagegen protestiert.



Gemeinnützigkeit II: Steinbrück schlägt nochmal zu

Politiker aller Parteien haben sich gegen möglich Einschnitte bei der steuerlichen Förderung der Gemeinnützigkeit ausgesprochen. Der wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums hatte sich 8. August 2006 in einem Gutachten zum Gemeinnützigkeitsrecht dafür ausgesprochen, Steuervergünstigungen für gemeinnützige Zwecke erheblich einzuschränken. Nach den Vorstellungen des Wissenschaftlichen Beirats sollten die steuerbegünstigten Zwecke u.a. auf folgende Bereiche reduziert werden:

die Wissenschaft,

die Pflege des kulturellen Erbe unter der Voraussetzung, dass die Kosten durch eigene Einnahmen wie Eintrittsgelder nicht nachhaltig gedeckt werden können,

die Mildtätigkeit in einem eng verstandenen Sinne,

die Förderung von Bildung und Erziehung, soweit sie den Staat von Aufgaben entlastet, die er sonst selbst wahrnehmen müsste. Die Entlastungen kosteten derzeit den Staat jährlich mehr als 10 Milliarden Euro. Steinbrück versicherte, die Regierung wolle hier keinen einzigen Euro Mehreinnahmen erzielen, der Beirat habe ein unabhängiges Gutachten vorgelegt, dessen Schlussfolgerungen er „nicht alle teile“, so Steinbrück (SZ vom 11. August 2006). „Lasst die Vereine in Ruhe!“ fordert da

auch zu recht die BILD vom 9. August 2006: „Sparen ja – aber bitte nicht an der falschen Stelle! Wer Vereinen und Stiftungen die finanzielle Basis entzieht, trifft unsere Bürgergesellschaft ins Mark.“; vom 25. September 2006: „Unsere Vereine stehen für Bürgersinn, Heimat, Miteinander ... Deshalb darf man den Vereinen die finanzielle Basis nicht entziehen.“

Auch Ministerpräsident Stoiber hat das Vorhaben als „weltfremd“ bezeichnet (BILD ebd.).

Stiftungen auf Rekordhoch

Die Zahl der neu errichteten Stiftungen ist deutschlandweit auf ein Rekordhoch gestiegen: 880 selbstständige Einrichtungen wurden 2005 gegründet, eine Steigerung von 3,3 Prozent gegenüber 2004. Derzeit gibt es 13.490 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Allerdings besteht im Westen ein deutlicher Anstieg um 4 Prozent, im Osten hingegen sank die Quote um etwa 10 Prozent. Dort wurden 2005 nur 58 neue selbstständige Stiftungen ins Leben gerufen. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, wie es um die kulturellen Stiftungen steht.

Einen Blick auf die Lage der Stiftungen in Deutschland wirft auch die FAZ vom 30. Juni 2006. Immerhin habe die die Bundesregierung mit der Reform des Stiftungsrechts 2000 dem Stiftungsgedanken zu einer Renaissance verholfen. Seither wurden 4.000 Stiftungen neu gegründet. Derzeit behinderten allerdings eine überbordende Bürokratie und das Steuerrecht die Gründung weiterer Stiftungen. Der

Bundesverband der deutschen Stiftungen hat jüngst Vorschläge zur Reform der immer noch benachteiligenden Steuerregeln vorgelegt; es sollen bis zu einem Betrag von 1 Million Euro an alte wie neue Stiftungen steuerlich geltend gemacht werden können. Der Bundesverband schlägt zudem vor, dass künftig Spenden bis zu 20 Prozent des Einkommens steuerlich abzugsfähig sein sollten.

Die Politik will 2008 das neue Stiftungssteuerrecht in Kraft setzen. Bemerkenswert noch, dass nur 6 Prozent der Stiftungen bürgerlichen Rechts sich in Ostdeutschland befinden.

Soziale Zwecke vorn

Bei den Stiftungen liegen deutlich soziale Zwecke vorne. Zweithäufigster Stiftungszweck ist Bildung und Erziehung, dicht gefolgt von den Bereichen Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung. Für Kunst und Kultur sind 14,1 Prozent zu veranschlagen, gegenüber 32,7 Prozent für soziale Zwecke und 14,9 Prozent für Bildung und Erziehung (WamS vom 27. August 2006).

„Wie man sich Freunde schafft“

Unter der Überschrift „Freunde mit Geld gesucht“ berichtet die FAZ vom 28. Januar 2006 über das Symposium „Wie man sich Freunde schafft“ in Berlin, bei dem es um die Frage von Freundeskreisen für Theater oder Museen ging.

Die FAZ kommt zum Ergebnis, es hapere am Einfachsten. Das Problem sei die Öffentlichkeitsscheu der meist als einge-



tragene Vereine agierenden Kreise. Auch der Nachwuchs ist ein Problem. Die meisten Förderer stehen in ihrer Laufbahn oder an deren Ende. Einig waren sich die Teilnehmer, dass der Aufwand, einen Förderverein zu führen, durch Vorgaben des Gesetzgebers unnötig erschwert werde. So sei die Unterscheidung zwischen Förderung und Sponsoring einer der kniffligsten Fragen, die es zu klären gelte.

In den Vereinigten Staaten kennt man Fördervereine dagegen nicht. Dort wenden sich die Geldgeber direkt an die Kultureinrichtung. Allerdings wurde von einem englischen Referenten auch der Rat erteilt, nicht alles Staatliche zu verdammen: „Seid stolz auf die öffentliche Finanzierung. Das ist euer Modell. Also bleibt dabei.“

EU-Richtlinie umgesetzt

Eine EU-Richtlinie über die Beteiligung Bildender Künstler am Verkauf ihrer Werke ist in Deutschland in nationales Recht umgesetzt worden. Künstler, deren Werke hierzulande von Händlern, Galerien oder auch Auktionshäusern verkauft werden, erhalten beim Verkaufserlös zwischen 1.000 und 50.000 Euro eine Beteiligung von 4 Prozent. Bei höheren Beiträgen sinkt der Prozentsatz. Maximal erhält ein Künstler 12.500 Euro pro Verkauf. Die Vergütung entfällt, wenn der Verkaufspreis (ohne Steuern) unter 400 Euro liegt. Kritiker warnen vor dem Abwandern des Kunsthandels nach Amerika und die Schweiz, wo es keine vergleichbaren Regelungen gibt (FAZ vom 27. Ja-

nuar 2006; SZ vom 23. September 2006).

Denkmal: Besteuerung droht

Nach einem Bericht der FAZ vom 9. Januar 2006 hebeln die von der Bundesregierung geplanten Steuerbeschlüsse, in deren Rahmen Missstände in der Abschreibungsbranche beteiligt werden sollen, auch die Denkmalabschreibung für Investitionen aus, wenn sie zusätzliches Kapital von privaten Geldgebern beschaffen und dafür einen Prospekt einsetzen. Im Ergebnis verlieren sie die Denkmalschutzabschreibung, außerdem drohe eine gewaltige Besteuerung bei einem Verkauf.

Auswärtige Kulturpolitik

IfA: Workshop zur „Evaluation in der Auswärtigen Kulturpolitik“

Wie misst man, ob Ziele wie „Freunde für Deutschland zu gewinnen“ oder ein „positives Deutschlandbild zu erzeugen“ erreicht wurden? Wie lässt sich der Erfolg von Austauschprogrammen, der Förderung der deutschen Sprache im Ausland oder von Theater- und Musikveranstaltungen überprüfen?

Mit diesen Fragen haben sich Evaluationsforscher aus ganz Deutschland gemeinsam mit Vertretern von Kultureinrichtungen wie dem Goethe-Institut und der Alexander von Humboldt-Stiftung am 24. und 25. Juni 2006

am Centrum für Evaluation der Universität des Saarlandes beschäftigt. Die gemeinsam mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) und dem Wissenschaftlichen Initiativkreis Kultur und Außenpolitik durchgeführte Tagung zeigte, dass die Evaluation von außenkulturpolitischen Programmen und Strategien noch unterentwickelt ist.

Der Leiter des Centrums für Evaluation, Reinhard Stockmann, machte deutlich, dass keineswegs neue Konzepte oder Methoden notwendig seien, sondern vor allem der politische Wille, diesen Aktionsbereich zu überprüfen. Der Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen, Kurt-Jürgen Maaß, wies darauf hin, dass die Bundesregierung immerhin über eine Milliarden Euro pro Jahr für die Außenkulturpolitik ausbebe und die letzte großflächige Evaluation über 25 Jahre zurückliege.

Obwohl die Mittlerorganisationen teilweise umfangreiche Einzelevaluationen umsetzen, waren sich ihre Vertreter darin einig, dass das Thema insgesamt zu wenig Beachtung finde. So widmet der Deutsche Akademische Austauschdienst als eine von wenigen Organisationen der Erfolgsüberprüfung seiner Programme sogar ein eigenes Referat, wendet aber nur 0,1 Prozent seiner Mittel dafür auf. Bei anderen Organisationen ist es noch weniger.

Deshalb plädierten die Teilnehmer der Tagung für eine neue und offene Einstellung und befürworteten zugleich eine Gesamtevaluation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.



Goethe-Institute

Spekulationen

Wenn man einem Interview der „Augsburger Allgemeinen“ mit der Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach Ende Juni 2006 Glauben schenkt, hat das Auswärtige Amt Instituts-schließungen abgelehnt und möchte stattdessen ein Viertel des Personals der Münchener Zentrale eingespart sehen. Auch, die in der Bundestagsanhörung angehörten Sachverständigen, wollten die Zweigstellen in Europa erhalten wissen. (FAZ vom 28. Juni 2006). Allerdings hält die Präsidentin an ihrer Ansicht fest, dass „Einschnitte im Institutsnetz“ unvermeidlich sind, sollte das Budget nicht um 30 Millionen erhöht werden (FAZ vom 3. Juli 2006), wofür Frau Limbach allerdings „kaum Chancen“ sah.

Damit scheint der zwischenzeitlich angedrohte Abbau von europäischen Goethe-Instituten zunächst einmal vom Tisch zu sein (siehe auch FAZ vom 20. April 2006/13. April 2006).

Große Aufregung und eine intensive Debatte in den Feuilletons hatte die Ankündigung der Präsidentin des Goethe-Institutes Jutta Limbach in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11. April 2006 ausgelöst. Sie hatte in einem Zeitungsgespräch erläutert, der Schwerpunkt der auswärtigen Kulturpolitik solle in Weltregionen verlagert werden, wo die Aussicht bestehe, durch Projektarbeit die gewaltfreie Lösung von Konflikten zu befördern (FAZ vom 13. April 2006). Seitdem hat sich die De-

batte über Sinn, Umfang und Schwerpunkte der auswärtigen Kulturpolitik in den Feuilletons weiter intensiviert.

Rückblick

Über die Zukunft der auswärtigen Kulturpolitik, speziell der Goethe-Institute, hat man immer wieder einmal spekuliert, so etwa Thomas Steinfeld in der SZ vom 5. Dezember 2005: („Ewiger Dialog“), der damit eine Bestandsaufnahme der auswärtigen Kulturarbeit verbindet: Über Jahrzehnte hinweg bis in die 70er Jahre habe die auswärtige Kulturpolitik keiner Rechtfertigung bedurft, sie sollte die dritte Säule der Außenpolitik sein. Also in Abgrenzung vom Nationalsozialismus und zur DDR die neuen demokratischen Tugenden eines neuen Deutschland exemplarisch darstellen und zwar durch die Sphäre der Kultur. Die Abgrenzung zum Totalitarismus sei in der Ära Kohl zunehmend entfallen. Aus dem Bedürfnis nach einer Legitimation entstand der Kult des „Dialogs“.

Dazu Steinfeld: „Der Dialog produziert vor allem eines: neue Dialoge. Er muss dauernd etwas neues versprechen, weil er seine alten Versprechen nie zu halten imstande ist.“

In dieser Entwicklung stecke ein gravierendes Missverständnis auswärtiger Kulturarbeit, denn diese lasse sich weniger durch das Bild definieren, das die Bundesrepublik von sich selbst in anderen Ländern abgeben möchte, als durch die Erwartung, die von außen an die deutsche Kultur gestellt werden. Sind, so fragt Steinfeld, alle Dia-

loge geführt, alle Brücken geschlagen, kann man die kulturellen Beziehungen zu Italien oder zu Großbritannien ab acta legen, wie steht es um Osteuropa?, und kommt zu dem Schluss: „Eine auswärtige Kulturarbeit, die Kultur mit Dialog verwechseln will, um politisch und ökonomisch den Interessen hinterher zu laufen, sollte die Konsequenzen ziehen und sich ein neues Statut als staatliche Agentur schaffen. Wer das nicht will, sollte von vorne beginnen und sich überlegen, worin Sinn und Unsinn von Lyrikertreffen bestehen. Denn eine solche Veranstaltung ist nicht deshalb falsch, weil sie sich dem Austausch von Dichtern widmet. Sondern vor allem, weil die Begründung fehlt. Der ‚Dialog‘ ist doch hier kein Argument. Eine solche Begründung aber erhält man nicht durch ein ‚Projekt‘, sondern nur über ein Programm und, das heißt: durch eine Vorstellung davon, was Kultur ist und was man von ihr haben will.“

Ijoma Mangold stellte hingegen in der SZ vom 13. Januar 2006 fest, die deutsche Kultur im Ausland sei „erfolgreich“. Womit Deutschland auf die Weltmärkte vorstoße das sei die „Gebrochenheit seiner Nationalgeschichte“, Drittes Reich, Auschwitz, Teilung, Mauerfall und die Sonderwegstradition von 1933: „Mentalitätsgeschichtlich hatte die alte Bundesrepublik konsequent den Anschluss an den Westen gesucht. Alles Ritterhafte an Deutschland wurde gründlich exorziert. Aber im Bewusstsein des Auslandes lebte das im Guten wie im Bösen viel ungebrochener fort.“



Am 30. März 2006 berichtete Thomas E. Schmidt in der ZEIT, im Unterschied zu früheren Überlegungen, die auch mit Schließungen und Kürzungen der Etatmittel verbunden waren, gebe es jetzt Vorüberlegungen für eine umfassende Goethe-Reform, „und zwar eine, die nicht nur einen neuen Finanzrahmen absteckt, sondern im besten Fall auch das gesamte System bundesdeutscher Kulturarbeit im Ausland der veränderten Weltlage anpasst“. Immer seien noch 50 Prozent aller Mittel des Goethe-Instituts in Europa gebunden, „das ist ein Anachronismus“. Es sei „absurd“, dass etwa für Programme in New York ganze 30.000 Euro zur Verfügung stünden. Nicht überall müsse – so Schmidt weiter – Goethe mit einem eigenen „Dreipartienhaus“ vertreten sein, mit Kultur, Bibliothek und Sprachkursen. Viel wichtiger sei in Zukunft die Kooperation mit der lokalen Kulturszene.

Am 5. April 2006 (SZ) meldete sich Thomas Steinfeld erneut zu Wort („Agenten auf der Flucht“): „Was will das Goethe-Institut?“ Er moniert zunächst, dass das Goethe-Institut selbst an der öffentlichen Debatte gar nicht teilnehme. So werde bekannt, dass die Filiale in Kopenhagen zu einem „Büroinstitut“ reduziert werden soll, und die Präsidentin Jutta Limbach streite ab, je von einer solchen Entscheidung gehört zu haben. Zudem antwortet Thomas Steinfeld Thomas Schmidt in der ZEIT es sei schlichtweg nicht richtig, dass Europa aus der Nachkriegszeit entlassen worden sei. Viel-

mehr scheine ein politisch und kulturell auch nur halbwegs geeintes Europa viel weiter entfernt zu sein, als das in den 90er Jahren der Fall war. Das gelte nicht nur für West-, sondern auch und vor allem für Osteuropa. Dort sollen nur „Büroinstitute“ übrig bleiben: „Einsame Menschen an einsamen Schreibtischen, die einer Art nicht weiter zu spezifizierenden kulturellen Agententätigkeit nachgehen“.

Und er fährt fort: „Statt dessen sei man davon überzeugt, dass man in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes schon lange darauf wartet, dass das Goethe-Institut nach Dutzenden Konzepten und Strategiepapieren, Programmkonferenzen und Expertenbefragungen, selber einmal sagt was es will, was es kann und was es unter Kulturarbeit versteht. Und was nicht. Dass so etwas nicht geschieht und offenbar auch nicht verlangt wird, ist jammerschade. Denn Deutschland ist immer noch eine Kulturnation ... Den Reichtum dieser Vielfalt im Ausland nicht wahrzunehmen, es nicht in auswärtige Kulturarbeit umzusetzen ... wäre reine Verschwendung. Sie wiegt umso schwerer, als an Positivem, was Deutschland im Ausland besitzt, die Kultur immer noch mehr als andere zählt.“

Auch Eckhard Fuhr (DIE WELT vom 6. April 2006) verweist darauf, dass die Verlagerung zwar aus globaler Perspektive plausibel erscheinen mag, allerdings die Perspektive auch das „Trugbild“ hervorbringe, der Westen sei sich seiner selbst sicher, die innerwestliche Verständigung höchstens noch zweit-

rangige Aufgabe: „Wie man in Europa beobachten kann, ist dem nicht so. Europa wächst nicht von allein zusammen. Und an der Oberfläche des Großmarktes klaffen politische und kulturelle Risse, die eher größer als kleiner werden...“.

Am 11. April 2006 nahm die Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach zur Debatte Stellung, ohne dass das Interview allerdings erkennen ließ, worauf es denn letztendlich hinausläuft: ein Satz sei allerdings hervorgehoben: „Des Goethe-Instituts vornehmste Funktion besteht aber darin, in Regionen und Staaten kulturell zu wirken, wo überhaupt erst ein gemeinsamer Verständigungshorizont erarbeitet werden muss, um Konflikte gewaltfrei zu lösen.“

Zugleich kündigte die Präsidentin auch an, dass die finanzielle Dringlichkeit das Nachdenken beschleunigen und zwingen werde, schneller als ursprünglich geplant, ein Konzept zur Zukunftssicherung des Goethe-Instituts zu entwickeln (SZ vom 11. April 2006).

Immerhin sicherte Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier lt. FAZ vom 20. April 2006 und bezogen auf Kopenhagen zu, das Goethe-Institut werde dort ebenso wie die „Qualität der Arbeit“ erhalten bleiben (s. zur Lage der deutschen Kulturpolitik in Nordeuropa s. auch Bernd Henningsen in der FAZ vom 18. Mai 2006. Es sieht nicht sehr positiv aus). Wie aber, - so fragt die FAZ weiter – sei seine Zusage zu erfüllen bei einer Halbierung der Räumlichkeiten und



der Mittel und deutet an, dass nächste Ziel der Sparpolitik könnten deutsche Auslandsschulen sein.

Am 28. April 2006 griff noch einmal Thomas Steinfeld in der SZ in die Debatte ein und unterstellte: „Das Goethe-Institut geht an seiner Pädagogisierung zugrunde ... man müsse dem Umstand dass man miteinander rede, eine größere Bedeutung zusprechen als dem, was man dabei rede. Es ist das fast hypertroph gewordene Ideal der Vermittlung, das nicht nur den befremdlichen Wunderglauben hervorbringt, Kommunikation sei der erste, ja aber möglichst schon der zweite oder dritte Schritt zur Überwindung eines jeden Konfliktes, sondern auch einen ebenso bürokratischen wie anmaßenden Jargon.“ Für die intellektuelle Verwehrlosung des Goethe-Instituts gebe es einen einfachen Grund: „Die allmähliche Ersetzung von Kultur durch Kulturpolitik.“ Man habe jetzt den „Eurozentrismus“ als Vorwurf entdeckt, als ob die eigene Bildung ein Verrat an der Weltoffenheit wäre.

In der ZEIT vom 18. Mai 2006 hielt sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier insgesamt eher zurück, betonte aber die Mitbewerber „British Council“ oder „Institut Français“ hätten sich schon stärker auf die veränderte außenpolitische Lage, besonders in Asien, eingestellt. Man führe in Deutschland eine etwas ängstliche Diskussion. Man brauche jetzt ein „zukunfts-fähiges Konzept“.

Welcher Kulturbegriff hinter

Steinmeiers Ausführung steht, versucht Ijoma Mangold in der SZ vom 19. Mai zu analysieren. Sie bezieht sich auf seinen Satz: „Wir haben mit der auswärtigen Kulturpolitik einen Werkzeugkasten mit Instrumenten, der sich international sehen lassen kann und für den es sich zu kämpfen lohnt.“ Dazu Mangold: „Bekanntnis und Standardisierung gehen in diesem Satz Hand in Hand. Dahinter steht die Vorstellung der Kultur als friedensstiftender Maßnahme, die angesichts des clash of civilisations konfliktentschärfend wirke. Vielleicht besitzen Kunst und Kultur tatsächlich dieses Potential. Wenn sie es aber entfalten, dann langsam und langfristig über Gegenstände, gemeinsame Interessen, über Tradition und Vertrauen, nicht als fliegendes Einsatzkommando zur Herstellung von interkulturellen Dialogen.“

Für eine Umkehr des Spar-trends bei der „dritten Säule der deutschen Außenpolitik“ hat sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in der FR vom 27. Mai 2006 eingesetzt. Steinmeier kommt zu dem Schluss: „Mein Appell lautet: Mittelfristig sollten wir für eine Trendumkehr der in den letzten Jahren sinkenden Ausgaben für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sorgen. Gerade angesichts der großen globalen Herausforderungen, vor denen wir stehen, bin ich fest davon überzeugt, dass unsere Investition in die ‚dritte Säule‘ deutscher Außenpolitik eine wichtige ist, für die an Konsolidierung und Stärkung es sich lohnt zu kämpfen“.

Patrick Bahners macht in der FAZ vom 29. Mai 2006 auf die unter der Regierung Brandt formulierten Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik von 1970 aufmerksam, die Ralf Dahrendorf formulierte: „Kulturpolitik sollte sich in einer ‚Welt, die sich ökonomisch mehr und mehr integriert‘, mit den ‚zivilisatorischen Gegenwartsproblemen‘ befassen.“ Damit sei eine Relativierung des Anspruchs einhergegangen: „Was wir geben ist, nur so viel wert wie unsere Bereitschaft, zu nehmen.“

Dazu Bahners: „Der Satz ist eine fromme Lüge des schlechten Gewissens, und der Wert zum Beispiel des Studiums in Stadtplanung an einer Hamburger Universität ist durchaus nicht von unserer Bereitschaft abhängig, ägyptische Studienbewerber zuzulassen, die dann hierzulande für ihren Glauben werben... Dahrendorf habe die Kultur der ‚Logik des Marktes‘ unterworfen: „Wer eine Lebensweise anerkennt, nur weil es jemanden gibt, der sie sich vielleicht nicht ausreden lassen wird, streicht durch, was im deutschen Sprachgebrauch mit dem Begriff der Kultur gemeint ist: Die Unterscheidung des Wertvollen vom Wertlosen... Frau Limbach blicke bei ihren Plänen auf die Welt mit den Augen der früheren Verfassungsrichterin: „Wo der Rechtsstaat sich etabliert hat, da sieht sie den ewigen Frieden walten: Verfassungspatrioten führen keine Kulturkriege, Kulturdiplomatie innerhalb der europäischen Union erübrigt sich.“

Jan-Hendrik Wulf kommt in der TAZ vom 7. Juni 2006 zu



dem Schluss das Auswärtige Amt sei an Autonomie nicht interessiert, die Arbeit des Goethe-Instituts habe vielmehr in erster Linie der Logik der Außenpolitik zu folgen. Das bedeute Wirtschaftsförderung, nicht Kulturförderung. Und dazu passe auch, dass es längst nicht mehr um „Kultur für alle“ gehe oder um die Wiederherstellung des ramponierten deutschen Rufes als Kulturnation; man glaube vielmehr im AA, dass Deutschland über ein attraktives Kultur- und Bildungsangebot verfüge und ausländische „Kunden“ bereit wären für dieses Angebot auch zu bezahlen, und dass man staatliche finanzierte Kulturarbeit sogar ganz einstellen könne, sobald private Unternehmer oder internationale Organisationen dafür Ersatz böten.

Am 8. Juni 2006 (FAZ) griff Berthold Witte die („Mühen der Ebene“) in die Debatte ein: „Wer – wie die frühere leider auch die gegenwärtige Bundesregierung – meint, Deutschland sei ... von längst gewonnenen Freunden umgeben und braucht diese Freundschaften gar nicht mehr zu pflegen, könne also Kulturinstitute problemlos auflösen und ihre Mitarbeiter in die islamischen Länder zur dortigen Konfliktbewältigung versetzen, der hat schlicht nicht begriffen wie langfristig auswärtige Kulturpolitik arbeiten muss, soll sie auch dauerhaften Erfolg haben.“ Nötig sei vielmehr ein gelassenes nationales Selbstbewusstsein, und die Nation bleibe die wichtigste Bezugsgröße im Konflikt und Austausch der Kulturen. Das sei eine in Deutschland

von manchem wieder zu lernende Wahrheit. Nicht Kürzung, sondern Erhöhung müsse die Parole sein. Nur durch institutionelle Präsenz vor Ort gewinne man in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Profil.

Siehe auch die Übersicht über die derzeit laufende Debatte in den „Kulturpolitischen Mitteilungen“ 3/2006, S. 21ff.

Deutsche Welle: Positive Signale

Schon im Haushalt 2006 wollte Kulturstaatsminister Neumann für die Deutsche Welle ein anderes Signal als in der Vergangenheit setzen. Es wurden mehr Mittel zugebilligt, als im rot-grünen Haushaltsentwurf vorgesehen war. Dazu Neumann: „Nur eines ist klar. Eine solche Reduzierung wie unter Rot-Grün wird es mit mir nicht geben.“ Dabei kann sich Neumann auf den

Koalitionsvertrag berufen, in dem sich die Regierung verpflichtet hat, die Deutsche Welle zu stärken (FAZ vom 6. Juni 2006).

Dass das „politische Umfeld“ für den deutschen Auslandsrundfunk nach dem Regierungswechsel deutlich „freundlicher“ geworden sei, bemerkt auch die FAZ vom 18. Mai 2006: Laut Intendant Erik Bettermann sei die Bedeutung des Auslandsrundfunks „in der politischen Wahrnehmung deutlich gestiegen“.

Am 23. Juni 2006 hat der Bundestag der Deutschen Welle einstimmig grünes Licht für die geplante Ausweitung der Präsenz im arabischen Raum gegeben. Das arabischsprachige Fernsehen soll von drei auf sechs Stunden ausgeweitet, Radio- und Internetangebote sollen ausgebaut werden.



Kulturpolitik im Ausland

EU

Unterstützung

Mit rund 33 Millionen Euro wird die EU bis Ende 2006 mehr als 700 Organisationen und 200 Kulturprojekte in 30 Staaten fördern. Unterstützt werden neben darstellenden und bildenden Kunstprojekten oder Arbeiten, die sich mit dem Kulturerbe beschäftigen, auch Übersetzungsarbeiten sowie als Kulturstädte 2005 und 2006 das irische Cork und das griechische Patras. Im Programm für die Jahre 2007 bis 2013 will die EU-Kommission Projekte zugunsten der Mobilität von Künstlern, ihrer Werke sowie des interkulturellen Dialogs fördern (DIE WELT vom 28. Dezember 2005).

UNESCO

Kulturgüterschutz

Das Bundeskabinett hat die Ratifizierung des Unesco-Übereinkommens vom 14. November 1970 über „Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut“ eingeleitet, allerdings nur für zukünftige Sachverhalte (s. den Bericht in der SZ vom 18. Februar 2006: „Die Fehler werden sich freuen“; s. weiter FAZ vom 17. Februar 2006; NZZ vom 22. Oktober 2005).

Der aktuelle Gesetzentwurf

beschränkt sich auf „nationales Kulturgut von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert“ das „individuell identifizierbar“ ist; außerdem muss das Objekt einen gewissen Wert haben, bei Skulpturen 50.000 Euro, bei Bildern 150.000 Euro. Und zurückgefordert werden kann nur das, was eine Liste geschützten Kulturgutes verzeichnet, die allgemein zugänglich und „in einer international geläufigen Sprache – vorzugsweise Englisch oder Französisch – abgefasst ist“ (Bericht in der WamS vom 5. März 2006).

Am 27. September 2006 war die Konvention das zentrale Thema einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages.

UNO

Kulturelle Vielfalt

Im Februar 2006 haben die Vereinten Nationen mit 148 gegen 2 Stimmen eine Konvention zum Schutz und Förderung der kulturellen Vielfalt verabschiedet, die den Mitgliedsländern erlaubt, „alle Maßnahmen zu ergreifen, ihre kulturelle Eigenart zu schützen“. Heftigster Gegner der Konvention bleiben die USA.

Nach einer Studie der UNESCO hat der Weltkulturhandel ähnliche Wachstumsraten wie der Welthandel an sich. Das Gesamtvolumen des Welthandels aus Literatur, Musik, Film, Fotografie, Sport sowie Radio- und Fernsehsender-Programmen

in den letzten 20 Jahren des 20. Jahrhunderts ist von rund 95 Milliarden auf fast 400 Milliarden Dollar gestiegen. 1990 waren die führenden Kulturexporture noch die USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Acht Jahre später wurden 40 Prozent der Kulturgüter von Großbritannien, den USA, auf dem dritten Rang von China exportiert (SZ vom 10. Februar 2006).

WTO

Patent- und Copyschutzrecht

Die WTO lässt 50 ärmeren Ländern bis 2013 Zeit, entsprechende WTO-Regeln zum Schutz von Marken, Patenten, Copyrights und anderem geistigen Eigentum umzusetzen, für pharmazeutische Produkte bis 2016 (November 2005).

China

Neue Kulturinstitute

Nach dem Konfuzius-Institut in Berlin (August 2005) wurde in Nürnberg ein zweites Institut nach dem Vorbild der Goethe-Institute eröffnet; zudem eröffnete China im November 2005 ein chinesisches Kulturzentrum ebenfalls in Berlin: Spekulationen zu den Zielen der chinesischen Kulturpolitik in der FAZ vom 11. November 2005: „Die Zukunft ist gelb“: „Die Einseitigkeit, die bisher den Warenaustausch begleitete, hat etwas Unwirkliches: daß nur China den Westen kennenlernt, nicht aber der Westen China, bedarf der Korrektur.“



Nordeuropa

Erfolgreich

„Die erfolgreichsten Kulturländer liegen im Norden“ titelt die SZ vom 25. Januar 2006. Nirgendwo auf der Welt werden so viele Bücher und Filme pro Einwohner hergestellt wie im europäischen Norden. Schweden ist, berechnet auf die Anzahl in fremde Sprachen übersetzter schwedischer Bücher pro Einwohner und Jahr das erfolgreichste Verlagsland überhaupt.

Schweiz

Buchpreisbindung

Die Buchpreisbindung bleibt vorläufig bestehen (FAZ vom 22. September 2006).

Spanien

Erfolgreiche Kulturpolitik

Das „Geheimnis von Spaniens erfolgreicher Kulturpolitik“ beschreibt die FAZ vom 15. Februar 2006: die Kulturindustrie in Spanien beschäftigt rund eine halbe Million Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von rund 40 Millionen. Dem liegt allerdings, wie die FAZ auch bemerkt, ein sehr weiter Kulturbegriff zugrunde. Nicht weniger als 60.000 Firmen – 2 Prozent des spanischen Gesamtbestandes – haben sich der Aufgabe verschrieben, Kulturelles, Kulturnahes oder Kulturverwandtes zu produzieren, zu befördern oder zu propagieren. Denn da liegt – so die FAZ weiter – die „tiefste Wahrheit der spanischen Kulturindustrie: Da es ja eine

spanische Industrie ist und keine deutsche. Die: Wir sind stolz auf die spanische Sprache, die spanische Kunst, die spanischen Sitten, die spanischen Landschaft und die spanische Gastronomie, für völlig natürlich hält ... Die Spanier mögen sich.“

Türkei

Verbot

Die Erziehungsbehörde der Provinzstadt Silifke hat das Stück „Maximilian Pfeiferling“ vom Gripstheater für ihren Schulbereich verboten. Es sei „typisch deutsch“, also frech und rotzig, und lasse typisch türkische Tugenden wie Toleranz, Liebe, Respekt und soziale Solidarität vermissen. Dafür laufen in Beirut im dortigen Al-Madina-Theater die Vaginamonologe von Eve Ensler unbeanstandet vor ausverkauftem und begeistertem Haus (FAZ vom 13. Mai 2006).

Ungarn

Kulturjahr

Das ungarische Ministerium für nationales Kulturerbe veranstaltet sein Kulturjahr 2006/2007 in Deutschland mit zahlreichen Konzerten, Filmvorführungen, Ausstellungen und Lesungen (FAZ vom 23. April 2006).

Personalien

- *Fritz Schaumann* ist Präsident der „Kunststiftung NRW“ (WamS vom 13. August 2006).

- *Vicky Leandros* meinte zum Senatorenamt in Berlin, das ihr CDU-Kandidat Pflüger angeboten hat, das passe nicht in ihr Lebenskonzept, obwohl sie sich natürlich dafür qualifiziert fühle (SZ vom 25. August 2006).

- Am 15. Dezember 2005 trat der Präsident der inzwischen vom Bund getragenen Berliner Akademie der Künste (jährlich 18 Millionen Euro Zuschüsse, davon 80 Prozent Personalkosten) *Adolf Muschg* vorzeitig und überraschend von seinem Amt zurück (vgl. NZZ vom 17. Dezember 2005: „Schlechtes Klima“; DIE WELT vom 17. Dezember 2005). Muschg verband damit Kritik am geringen öffentlichen und politischen Einfluss der Akademie und an der internen Zusammenarbeit. *Klaus Staeck* ist neuer Präsident.

Dazu siehe die FAS vom 30. April 2006. Nach seiner Wahl habe er erklärt: „Was sind das für Zeiten, in denen ein Satiriker zum Präsidenten gewählt wird?“ „Ja, das wüsste man dann auch gerne. Würden Sie diesem Mann eine Akademie anvertrauen?“ fragt die FAS.

Positiver urteilt die FAZ vom 2. Mai 2006: „Manches spricht nun dafür, dass es den mit Ost- und Westzunge redenden, als Jurist, Parteipolitiker und Agitationskünstler sturmerfahrenen Staeck besser als dem Schwei-



zer Schriftsteller Muschg gelingen kann, die Egoismen der Sektionsleiter zu bändigen.“

Zur Wahl von Klaus Staeck (zur Wahl stand auch Udo Zimmermann) siehe auch den Bericht in der FAS vom 13. April 2006.

- Die Theologin *Dr. Petra Bahr* ist die erste hauptamtliche Kulturbeauftragte der EKD.

- Der CSU-Politiker *Peter Gauweiler* ist Vorsitzender des neuen Unterausschusses für „Auswärtige Kultur und Bildungspolitik“.

- *Elmar Weingarten*, vormals u.a. Intendant der Berliner Philharmoniker, ist seit dem 1. Mai 2006 neuer Kurator des Hauptstadtkulturfonds (jährlich 10,2 Millionen Euro Bundeszuschuss).

- *Dr. Stephan Frucht* hat am 1. Juni 2006 die Geschäftsführung des BDI-Kulturkreises übernommen; er war bislang für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bereich der Kulturpolitik tätig.

- *Ursula Seiler-Albring* ist neue Präsidentin des Instituts für Auslandsbeziehungen (IFA). Sie löst Alois Graf von Waldbrück-Zeil ab (Stuttgarter Zeitung von 1. April 2006).

- Der Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei *Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff* wird sich künftig ganz auf seine Aufgabe als Staatssekretär für Kultur konzentrieren und wird sich insbesondere um das Projekt Europäische Kulturhauptstadt Essen

2010 kümmern (FAZ vom 6. Juli 2006).

- Der Historiker *Prof. Dr. Hermann Schäfer*, Stiftungspräsident des Bonner „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, hat als Abteilungsleiter in der Behörde von Kulturstaatsminister Bernd Neumann, den vorigen Abteilungsleiter Knut Niedermann abgelöst. Mit „Schäfer kommt ein in der Kulturverwaltung ausgewiesener Fachmann in das Amt“, so die FAZ vom 16. Januar 2006.

- *Hortensia Völckers* bleibt weitere fünf Jahre künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes. Kulturstaatsminister Neumann hat die Entscheidung begrüßt (FAZ vom 10. Juni 2006).

Zitate

„Verrückt, lächerlich, inakzeptabel“

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, MdB.

„Bedrückend und beschämend“

SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz, MdB.

„Vorausseilender Gehorsam“
Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach, MdB.

Alle Zitate lt. BILD vom 27. September 2006 zur Absetzung des „Idomeneo“ an der Deutschen Oper Berlin.

„Ekelhaft“

Rolf Hochhuth über Günther Grass, lt. FAZ vom 15. August 2006.

„Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen zu sagen: ‚Hier hätte ich auch liegen können.‘“
Erich Loest über Bitburg und Günther Grass, lt. FAZ vom 15. August 2006.

„Es wäre gut, wenn es eher gewesen wäre.“

Franz Müntefering über Grass, lt. FAZ vom 15. August 2006.

„Hiervon will unser Bundeskanzler Kiesinger nichts gewusst haben!“

Günter Grass im Besucherbuch der Gedenkstätte Dachau über den damaligen Bundeskanzler, lt. FAS vom 21. August 2006.

„Guido verkörpert Kultur.“

Hans-Joachim Otto, Kulturmedienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, über Guido Westerwelle, lt. GA vom 26. August 2006.

„Ins Sprechtheater gehe ich überhaupt nicht mehr, außer wenn mir ein wirklich guter Freund Entwarnung gibt.“

Ein österreichischer Opernkritiker, lt. DIE WELT vom 19. August 2006.

„Meine erste Bitte geht dahin sich, sobald es nur geht, von der Verbeamtung der Kultur zu verabschieden. Die Tätigkeiten, um die es sich hier handelt, stehen dem Dienstrecht fern; sie kennen keine Pensionsansprüche, keinen Bundesangestelltentarif und



keine Garantien. Lassen Sie deshalb in ihrer ministeriellen Güte Zeitverträge walten, vertreiben Sie die Gewerkschaften aus den Museentempeln, geben Sie ihren Leuten Autonomie und verabschieden Sie sich von dem hässlichen Laster des Kameralismus. Meine zweite Bitte schneidet hoffentlich weniger tief und schmerzhaft in die Geflogenheiten deutscher Behörden ein. Wo es an Mitteln fehlt, sollte man es denke ich, unterlassen, das Geld zum Fenster hinaus zu werfen. Das geschieht tagtäglich in einem Marathon von Veranstaltungen, Weltausstellungen, Podiumsgesprächen und Kongressen, für die sich in unserer Sprache die Bezeichnung Event eingebürgert hat ... Produziert wird normalerweise wenig oder nichts ... Mit der Kultur verhält es sich wie mit dem Brötchen. Gewöhnlich sind es die kleinen, die am besten schmecken.“

Aus einer „Tischrede“ von Hans-Magnus Enzensberger („Kulturpolitik“), lt. FAZ vom 31. August 2006.

„Manchmal, wenn ich auf einer Ausstellung abschreckende Skulpturen sehe, denke ich mir: ‚Aha, das ist also der gegenwärtige Reifestand des Künstlers‘. Grundsätzlich habe ich da einen großen Toleranzrahmen. Schließlich ist ein Exkrement ein Teil der Schöpfung. Glücklicherweise jedoch gibt es Toiletten, wo man es verschwinden lassen kann. Für den Schöpfer dieses Kunstwerks freilich wäre es traurig, wenn er sich langfristig nicht weiterentwickeln würde. Dann müsste man sich fragen, ob es wirklich Kunst ist, was ermacht.“

Jens Höpke, Bronzeschmied, über eine Bronze in einer New Yorker Galerie, die das erste Häufchen der Tochter von Tom Cruise und Katie Holmes zeigt. Das Werk von Daniel Edwards soll bald versteigert werden, lt. SZ vom 1. September 2006.

„Gewiss kann Kulturarbeit der Verständigung zwischen den Kulturen dienen und damit dem Frieden. Aber Kultur auf dieses Potential zu reduzieren wäre fatal. Kunst schafft das Gegenteil von Verständigung. Sie verstört, sie macht ratlos und führt zu völlig gegensätzlichen Lesarten; sie ist voller Abgründe, Konflikte, voller Gewalt – sie führt ins Dunkel. Wollte man die Kultur vorrangig mit Blick auf ihr friedensstiftendes Potential fördern, müsste man die meisten Kunstwerke – vor allem ein Großteil der Literatur und des Dramas – aus dem Kulturaustausch verbannen und statt dessen jede Woche einmal ‚Nathan den Weisen‘ aufführen.“

Navid Kermani zur Debatte um das Goethe-Institut, lt. SZ vom 1. Juni 2006.

„In deutschen Städten macht sich eine überraschende Altbegier breit, nicht als Freude an vorhandenen Altertümern, sondern als Sehnsucht nach dem Verlorenen.“

Eberhard Straub in DIE WELT vom 30. Dezember 2005.

„Man kann über vieles diskutieren, nur nicht über eine Brücke neben der Loreley. Die Frage ist, ob die außerordentliche Bedeutung der Kulturlandschaft erhalten bleibt. Hinter dem star-

ken Drang, auf die Welterbeliste zu kommen, stehen im übrigen oft handfeste wirtschaftliche Interessen, vor allem jene des Fremdenverkehrs.“

Michael Petzet, Präsident von Icomos International, im Gespräch mit der FR vom 5. Januar 2006.

„Es gehört zu meinen fürchterlichsten Erfahrungen, wenn die Leute mir klarmachen wollen, es sei nichts Besonderes, Künstler zu sein. Wer so redet, hat den Druck von Gottes Finger, der auf einem ruht, nie gespürt, der weiß nichts von dem beklemmenden Unglück, das den Künstler heimsucht, verbunden mit jenem Elend des Ehrgeizes, in Konkurrenz zu zweitausend, dreitausend Jahren Kultur sein Leben an einen Traum zu verschwenden. All das ist nur zu ertragen, wenn man sich als Teil eines gigantischen Mysteriums weiß, als Streiter einer unlösbaren Aufgabe.“

Markus Lüpertz in einem Interview-Band, hier zitiert nach Literaturen 9/2005.

„Die Berlinlastigkeit, der historische Narzismus Berlins, das ist das Problem. Die Akademie muss urbaner werden und ein europäisches Kulturorgan werden. Es kann nicht schlecht sein, wenn die Deutschen sich eine europäische Akademie der Künste leisten.“

Jochen Gerz, Präsidentenkandidat 2003, über die Berliner Akademie der Künste, lt. DIE WELT vom 17. Dezember 2005.

„Ich halte es für eine offenkundige Fehlentwicklung in der ge-



samten Kulturpolitik, dass wir uns in den letzten Jahrzehnten zu stark für immer neue Institutionen engagiert haben, während die Bildung als Voraussetzung für diese Einrichtungen, immer notleidender geworden ist. So haben wir heute in Deutschland eine der vitalsten Kulturszenen der Welt und gleichzeitig einen lausigen Zustand der kulturellen Bildung.“ Norbert Lammert, damals noch als Kulturstaatsminister gehandelt, lt. Focus 36/2005.

„Das Kinojahr 2005 wird sicher nicht als erfolgreichstes in die Annalen eingehen, aber auch nicht als schlechtestes.“

Johannes Klingsporn, Geschäftsführer des Verbandes der Filmverleiher (VDF), lt. FAZ vom 14. Dezember 2005.

„Wir leiden nicht an einer Kinokrise, sondern an einer Filmkrise.“

Oliver Fock, General Manager des Greater Union Filmpalast, lt. DIE WELT vom 13. Oktober 2005.

„Wir haben .. keine Krise des Films, wir haben eine Kinokrise, die allerdings mit deutschen Filmen wenig zu tun hat.“

Kulturstaatsminister Bernd Neumann im Gespräch mit der SZ vom 11. März 2006.

„Wird kulturelle Bildung an öffentlichen Schulen eingeschränkt, werden Privatschulen dieses Defizit ausgleichen. Für kulturelle Bildung muss dann bezahlt werden. Da jedoch Kultur den Menschen zivilisiert und ihn eigenständig macht, wird die

Schere der Lebensentwürfe größer werden. Hier wird neben sozialen Verwerfungen ein wesentlicher Unterschied zwischen Arm und Reich liegen.“

Bildhauer Stefan Huber über die Bayerische Verordnung, Musiklehrer an Bayerischen Gymnasien dürften ihr Fach nur noch in Verbindung mit einem Hauptfach lehren, in der SZ vom 4. Januar 2006 („Sieg der Technokraten“).

„Klassik ist kein Geschäft. Klassik ist ein Markt, der stark rückläufig ist. Kinder erhalten heute keine klassische Musikausbildung an der Schule, das ist eines der Kernprobleme, das Bildungsdefizit kommt hinzu. Leute, die sich mit Klassik beschäftigen, um des Werkes willen, die sterben einfach weg... In China fängt Klassik gerade an zu boomen.“

Klaus-Peter Schulenberg, Chef von CTS Eventim, im Gespräch mit der FAS vom 17. September 2006.

„Eine sich heute abzeichnende kleine Schwierigkeit wird sich deutlicher bemerkbar machen: Hochkunst ist teuer, Opern, Museen, Bibliotheken, Archive können niemals wie Betriebe geführt werden, die sich durch ihre Gewinne selbst tragen. Die große Kunst und die große Bildung muss durch ein Gesetz, das sich durch alle Jahrhunderte bestätigt hat, mehrheitlich von denen bezahlt werden, die nichts oder nur sehr mittelbar etwas davon haben. ... Kulturvölker haben das akzeptiert, weil die Kunst als Ausformung des Kultischen, also des Lebensnotwendigen, begrif-

fen wurde. Wie es gelingen wird, diejenigen die nicht nur von der Kunst nichts haben, sondern die außerdem noch von deren kulturellen Voraussetzungen ausgeschlossen sind, zum Bezahlen zu bewegen, das wird eine Aufgabe sein, die die Gründerväter zukünftiger Gesellschaftsformen beschäftigen wird.“

Schriftsteller Martin Mosebach in der FAZ vom 15. Februar 2006 („Sind die Deutschen noch ein Kulturvolk?“).

„Des Goethe-Instituts vornehmste Funktion besteht ... darin, in Regionen und Staaten kulturell zu wirken, wo überhaupt erst ein gemeinsamer Verständigungshorizont erarbeitet werden muss, um Konflikte gewaltfrei zu lösen.“

Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts, über die Aufgabe der Goethe-Institute, lt. SZ vom 11. April 2006.

„Das Goethe-Institut ist keine Reserve-UN.“

Peter Gauweiler, Vorsitzender des Unterausschusses für auswärtige Kultur und Bildungspolitik des Auswärtigen Ausschusses, lt. FAZ vom 3. Juni 2006.

„Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.“

Monika Griefahn, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, lt. DIE WELT vom 1. August 2006).

„Von der Akademie der Künste wird erwartet, zu allen wichtigen Dingen, zu jedem aktuellen Ereignis ihren Senf dazu zu geben. Zudies soll es ein beson-



derer Senf sein, möglichst ein grand cru classé, aber das macht die Sache nicht besser. Senf dazu zu geben passt zu Würstchen und zu Buletten, nicht aber zu einer Akademie ... Gegenüber der Berliner Akademie der Künste herrscht ein diffuser und zugleich aggressiver Defizitverdacht. Schon wieder hat sich die Akademie zu einem künstlerischen oder gesellschaftlichen Großproblem nicht geäußert! Unmut kommt auf. Was tut sich eigentlich hinter der Glasfassade? Warum herrscht Schweigen am Pariser Platz? Wir sind wieder beim Senf.“

Wolf Leppenes zur Berliner Akademie der Künste, lt. DIE WELT vom 14. Februar 2006.

„Bei uns dauert es noch ein bisschen... Eine Verfassungsänderung kann man nicht übers Knie brechen.“

Monika Griefahn, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, zum Staatsziel Kultur im Grundgesetz (FR vom 8. März 2006).

„Auch wenn die Politik manchmal etwas länger braucht – die Kultur kann nicht warten.“ Hortensia Völckers, Leiterin der Bundeskulturstiftung, lt. „Tagespiegel“ vom 13. Juni 2006.

„Wir fördern ausschließlich Projekte, die mit den Werten von BMW, Nachhaltigkeit, Glaubwürdigkeit, Innovation, vereinbar sind. Die Förderung hängt nicht vom Aktienkurs oder/und Affinitäten einzelner Personen im Unternehmen ab.“ Thomas Kirst, Leiter des Kulturreferats

bei BMW, lt. SZ vom 5. April 2006.

„Damit nähern wir uns in der Kultur US-amerikanischen Verhältnissen“

Ulrich Cartellieri, ehemals Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, über den Streit über den Rückzug des Staates aus der Finanzierung der Kultur, lt. DIE WELT vom 22. März 2006.

„Die Tendenz zu immer größeren Eventausstellungen und die mangelnden finanziellen und personellen Ressourcen gefährden das Sammeln, Bewahren und Forschen.“

Michael Eissenhauer, Präsident des Deutschen Museumsbundes, zur Lage der Museen, lt. GA vom 17. Juni 2006.

„Mitunter würde man sich wohl wünschen, die Republik wäre zur Markierung solcher Volten der Geschichte zu etwas stärkeren Gefühlen, wenigstens zu einem gebremsten Pathos der Freiheit fähig.“

Die FAZ vom 3. Juni 2006 zur Eröffnung der Dauerausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin.

„Die Auszeichnung Peter Handkes mit dem Heine-Preis ist eine empörende Beleidigung und Verhöhnung des Dichters Heine.“

Marcel Reich-Ranicki, lt. FAZ vom 27. Mai 2006.

„Wir haben hier keinen Mehrwert, der sich pekuniär erwies. Jener Mehrwert, den wir produ-

zieren, ist die Eröffnung der Möglichkeit, über eine prekäre Wirklichkeit hinaus zu denken – illusionslos, aber mit der starken Sehnsucht nach anderen Verhältnissen...“

SZ: Woran liegt es, dass wir heute noch diese alten Sachen verstehen.

Zehelein: *Uns wird durch alles, was uns umgibt, gesagt, dass wir nur leben, um zu konsumieren, zu verbrauchen. Was wir durch die Werke erfahren, ist, dass es etwas jenseits des Verbrauchens gibt. Was uns tiefer trifft, dass etwas Unverbrauchtes spricht, das bis heute Ausdruck einer tiefen Verletzung ist und uns diese Verletzung in einer wunderbaren formalisierten Weise verständlich macht. Es ist dieser emotionale Vorgang, der Fassung von Emotionen, der Kunst grundsätzlich von dem unterscheidet, was sonst Welt heißt.*

SZ: Und das passiert nur in der Kunst!

Zehelein: *Ich glaube ja. Das macht Kunst zu einem unverzichtbaren Bestandteil von Lebenserfahrung.“*

Staatsopernintendant Klaus Zehelein im Gespräch mit der SZ vom 17. Juni 2006.

„Wir haben einen Kulturminister, und das ist der Ministerpräsident.“

NRW-Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff zur Frage nach einem eigenständigen Kulturministerium in NRW, lt. GA vom 7. August 2006.



„Ich prüfe erst einmal was für ein Buch der Mensch geklaut hat ... wenn es ernste und gute Literatur ist spreche ich ihn frei.“
Marcel Reich-Ranicki über den Bücherklau anlässlich der Frankfurter Buchmesse, lt. DIE WELT vom 20. Oktober 2005.

„Dort arbeiten 1.000 Menschen, es würden aber 400 genügen.“

Der vormalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi über Einsparungen an der Scala, lt. SZ vom 20. Oktober 2005.

„Was ich rundum so höre und auch schon mitgekriegt habe – in Wien soll es sogar eine ‚Cosi fan tutte‘-Aufführung gegeben haben, wo alle Rollen mit schwulen Männern besetzt waren – müsste man eigentlich nur davonlaufen und versuchen, sich ein Beispiel an den Chinesen und Japanern zu nehmen. Denn die haben den Sinn für die Musik und nicht für den ganzen ‚Zauber‘ der sich bei uns abspielt ... Es ist wirklich eine Krankheit, die die deutsche Kunst einmal ausrotten wird, ganz sicher.“

Die verstorbene Sängerin Elisabeth Schwarzkopf, lt. FAS vom 4. Dezember 2005.

„Neumann kann als erster Amtsinhaber den Länderkollegen die Hand geben, ohne dass diese befürchten müssen, dass ihnen anschließend ein oder mehrere Finger fehlen.“

Der bayerische Kunst- und Kulturminister Thomas Goppel, lt. DIE WELT vom 2. Dezember 2005.

„Es wird eine Bereinigung des Marktes geben, wenn es uns nicht gelingt, jüngeres Publikum zu binden.“

Michael Russ, Präsident des Verbandes der Deutschen Konzertdirektionen, zur Zukunft der Branche bei sinkenden Abonentenzahlen, lt. DIE WELT vom 30. November 2005.

„Heute aber herrscht in der Politik anscheinend verbreitet die Meinung, dass Kultur verzichtbar ist.“

Klaus Bachler, Intendant des Wiener Burgtheaters, in einem offenen Brief an den Bremer CDU-Kultursenator Kastendieck anlässlich der Finanzkrise um das Bremer Theater mit einem Defizit von 4,2 Millionen Euro, lt. SZ vom 26. Oktober 2005.

„Man muss sich wirklich die Frage stellen, ob man in einem Land gerne lebt, das die kulturelle Erziehung seiner Kinder nicht zum Hauptthema macht, sondern beiseite schiebt. Es ist doch peinlich, wenn man sieht, dass heute sehr viele hoch begabte Komponisten und Dirigenten aus Finnland kommen und der deutsche Nachwuchs rar ist. Ist es Zufall, dass Finnland an der Spitze der PISA-Studie stand?“

SZ: „Da soll es einen Zusammenhang geben?“

Da gibt es einen Zusammenhang! Musikförderung und Leistungsbereitschaft. Wer sich früh die Musik erarbeitet, ist später auch ein besserer Schüler. Er ist

kreativer und zeigt eine höhere soziale Kompetenz.“

Anne-Sophie Mutter im Interview mit der SZ vom 15. Oktober 2005.

„Kultur ist nun mal nicht marktfähig.“

Klaus Siebenhaar, Leiter des Instituts für Kulturmanagement an der FU Berlin, lt. FAS vom 11. Dezember 2005).

„Ich habe mich entschieden dagegen verwahrt. Allerdings ist die Klagemauer nicht mein Ort. Hätte ich versuchen sollen, das Feuilleton zu mobilisieren? So lange ich Hoffnung hatte, hielt ich das für eher kontraproduktiv.“

Die Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach zu den Einsparungen, lt. FAZ vom 3. Juli 2006.

„Wer hier nicht Selbstbetrug betreibt, weiß genau, dass die Zeitungen von Anzeigen leben und dass sie Rücksicht darauf nehmen, was bestimmte wirtschaftliche Kräfte diktieren. Die Presse selbst ist Teil enormer Unternehmensgruppen, welche die öffentliche Meinung monopolisieren. Sie haben das Recht verloren, unter dem Recht auf freie Meinungsäußerung Schutz zu suchen.“

Der Beitrag von Schriftsteller Günter Grass zur politischen Szene, lt. DIE WELT vom 11. Februar 2006.

„Ich hatte bei dieser Diskussion eine Berliner Operninszenierung im Kopf, bei der die Gefühle des Christentums mit einer penetranten überheblichen Art



und Weise dargestellt worden sind. Maria steht zuerst als Statue da und steckt sich plötzlich eine Fluppe ins Gesicht – die Raucherszene war insbesondere für Katholiken sehr anstößig.“

Der Berliner Bischof und EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber über die Inszenierung von Puccinis „Il Trittico“ durch Katharina Wagner an der deutschen Oper in Berlin, lt. DIE WELT vom 15. April 2006.

„Damit ist jetzt Schluss.“
Kulturstaatsminister Bernd Neumann zu den Kürzungen für die Deutsche Welle in der vergangenen Legislaturperiode, lt. FAZ vom 6. Juni 2006.

„Die Kultusminister wissen längst, dass die Rechtschreibreform falsch war ... Aus Gründen der Staatsräson ist sie nicht zurückgenommen worden.“
Brandenburgs Kulturministerin Johanna Wanka, lt. FAZ vom 27. Februar 2006.

SZ: Und was erleichtert den Zugang?

Bildung ist das A & O. Die Chance zur Bildung, das ist das Glück meines Lebens. Obwohl ich aus einer Arbeiterfamilie stamme, wurde ich zum Abitur mit Müh und Not geprügelt. Dann bin ich auf die Uni gegangen. Danach konnte ich plötzlich nur das tun, was ich schön finde.

SZ: Und wer hat Ihnen als Kind geholfen?

„Ein bisschen meine Mutter, eine einfache Frau. Aber sie hat

immer geschaut, dass das Kind liest und hat mir Bücher geschenkt. Geholfen hat mir eine Bibliothekarin der Stadtbücherei, die mir die richtigen Bücher geliehen hat. Eine Lehrerin, die, wenn die anderen Schreivarbeiten aufgaben, mir befahl, dieses oder jenes Buch zu lesen. Die wusste, wie sie mich leiten muss. Auf einmal hatte ich kapiert, so wie eine Explosion, auf einmal wusste ich, Bücher sind meine Welt. Ich wusste, dass mich das hält, dass mich das weiterbringt, dass das nicht Schullektüre ist, sondern Lebenshilfe.“

Elke Heidenreich im Gespräch mit der SZ vom 11. März 2006.

„Und wie die Zukunft aussieht, braucht man auch ein paar utopische Gedanken dazu. Nicht zurück zur DDR. Ich lass mir die aber nicht nehmen. Und da waren auch Ideen vorhanden. Vielleicht braucht man solche Ideen ... erneut.“

Schauspieler Peter Sodann im Gespräch mit der FAS vom 24. September 2006.

Das politische Gedicht

Das Lied der Deutschen, ältere Fassung

„Schröder, Schröder über alles, /
Über alles in der Welt, / Wenn er
sich zum Schutz und Trutze /
Gegen böse Amis stellt, / Von dem
Rhein bis an die Oder, / Und in
Clausthal-Zellerfeld – / Schröder,
Schröder über alles, / Über alles
in der Welt! // Schröders Frauen,
Schröders Treue, / Schröders
Show und Schröders Sang / Sol-
len in der Welt behalten / Ihren
alten schönen Klang. / Uns zu
edler Wahl begeistern – / Dieses
Mal vier Jahre lang – / Schröders
Frauen, Schröders Treue, / Schrö-
ders Show und Schröders Sang! //
Einig gegen Paul und Oskar /
Denn die bauen nur auf Sand! /
Darum laßt uns Gerhard wählen /
Mit dem Herz, nicht dem Ver-
stand! / Einig gegen Paul und
Oskar / Denn die fahr'n uns an
die Wand – / Blüh im Glanze
dieses Glückes, / Blühe, Schröders
Vaterland.“

neokomplott.7kant.org/2005/09/20/das-lied-der-deutschen

Das Schrödergedicht, abgedruckt in DIE WELT vom 25. September 2005.



Aus kulturpolitische Beiträgen

– Die *Beilage aus Politik und Zeitgeschichte* 34/35 2006 vom 21. August 2006 widmet sich dem Thema „Kulturwirtschaft“ u. a. mit Beiträgen von Andreas Wiesand und Olaf Zimmermann.

– Die Zeitschrift „*politik und kultur*“ des Deutschen Kulturrates, September/Oktober 2005 enthält u.a. die Wahlprüfsteine der im Bundestag vertretenen Parteien; die Nr. Januar/Februar 2006 enthält u.a. Beiträge zur Kultur im Koalitionsvertrag und zum Gemeinnützigkeitsrecht;

die Nr. März/April 2006 widmet sich insbesondere dem Thema Leitkultur, u.a. mit einem Beitrag von Norbert Lammert und den kulturpolitischen Schwerpunkten in der KMK und im Deutschen Bundestag;

die Nr. Mai/Juni 2006 behandelt u.a. die Themen Leitkultur, Föderalismusreform, internationale Kulturpolitik, Urheberrecht und Kulturkompetenz-Bildung; im Zentrum der Ausgabe September/Oktober 2006 steht das Thema „Kultur und Kirche“.

– Die Zeitschrift „*Kulturpolitische Mitteilungen*“ der Kulturpolitischen Gesellschaft Nr. IV/2005 enthält u. a. ein Interview mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann und den Koalitionsvertrag der Bundesregierung vom 11. November 2005;

Nr. I/2006 Gesellschaft setzt einen Themenschwerpunkt bei Kultur und Integration. Außerdem sei verwiesen auf den Beitrag von Bernd Wagner zum

Thema „Leitkultur“, Seite 70ff.; die Nr. II/2006 bietet u.a. das Unesco-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen im Wortlaut (71ff.).

Hinzuweisen ist auf den Beitrag von Harald Hartung über „Die Kraft der Kulturen für Europa nutzen“ (16ff.) und den Kommentar von Oliver Scheytt: „Föderalismusreform gefährdet kooperativen Kulturföderalismus“.

– Die Zeitschrift „*Musik in Sachsen*“ 1/2006, hg. vom Sächsischen Musikrat, behandelt das Thema „Musik in der Ganztagschule, auch im Freistaat Sachsen“, Nr. 3/2005 berichtet über ein EU-Sokrates-Programm auch für Musikschulen, das Erwachsene einschließt

– Die Zeitschrift „*kultur politik*“ 3/2005, hg. vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, enthält u.a. systematisch gegliederte Aussagen der Parteien zur Kulturpolitik vor der Bundestagswahl;

die Nr. 4/Dezember 2005 widmet sich u.a. dem Thema: Die wirtschaftliche und soziale Situation bildender Künstlerinnen und Künstler mit den Ergebnissen der BBK-Umfrage 2004/5;

die Ausgabe Nr. 1/März 2006 widmet sich u.a. der Harmonisierung des Folgerechts und des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft, dem neuen Kulturförderprogramm für die

EU und der Künstlersozialkasse; die Ausgabe 2/Juni 2006 bringt u.a. Beiträge zu Künstlerinnen und Künstlern in Ganztagschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten und zur sozialen Lage der bildenden Künstlerinnen und Künstler, mit einer Umfrage des sächsischen Künstlerbundes.

– Erschienen ist das 6. „Jahrbuch für Kulturpolitik 2006“, hrsg. vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, in diesem Jahr keinem besonderen Schwerpunkt gewidmet, sondern aus Anlass des 30jährigen Bestehens des Instituts dem „Diskurs Kulturpolitik“, einer tour d’horizon namhafter Kulturpolitiker, Verbandsvertreter und Künstler durch alle Bereiche der Kulturpolitik; daher stellt der Sammelband ein wertvolles Kompendium für kulturpolitische Debatten dar. So äußert sich Norbert Lammert über „Verfassungspatriotismus und Leitkultur“, Karin von Welck über „Kunst und Kultur als Standortfaktoren“, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff zu „Partnerschaften“, Peter Bendixen zu „Kultur und Kunst – öffentliches Gut oder kommerzielle Dienstleistung“, um nur einige Beiträge zu nennen. Die Kulturstatistik von Michael Söndermann bis 2005 ist wie immer erhellend; die systematisch gegliederte Übersicht über erschienene Literatur zeigt auch in diesem Jahr, wie lebendig sich der kulturpolitische Diskurs hierzulande präsentiert.

Man nimmt auch diesen Band, wie schon seine Vorgänger, immer wieder gern zur Hand.



AUS DER ARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

a) Neuerscheinungen

Position beziehen

Erschienen ist der Sammelband *„Kunst und Kultur verpflichtet. Beiträge zur aktuellen Diskussion“*, hrsg. von Jörg-Dieter Gauger/Günther Rüter (Sankt Augustin 2006).

AUS DEM VORWORT:

„Die Kultur ist die Substanz der Gesellschaft“, mit diesen Worten führt Udo di Fabio in sein viel diskutiertes Buch *„Die Kultur der Freiheit“* ein. Neben der Gesellschaft ist jedoch die Politik ein besonderer Bezugspunkt für die Kultur. Diese Verbindung manifestiert sich am deutlichsten in dem Wort „Kulturpolitik“.

Kultur und Politik stehen im Mittelpunkt dieser kleinen Schrift. Die Konrad-Adenauer-Stiftung fühlt sich durch ihren satzungsgemäßen Auftrag beiden Feldern unmittelbar verbunden. Sie will die Demokratie stärken und Kunst und Kultur fördern. Wenn wir nachfolgend von Kunst sprechen, beziehen wir dabei die Literatur, die Musik, den Tanz, die Malerei etc. mit ein, wir verwenden Kunst als Sammelbegriff für die schönen Künste.

Prägend für die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist ihr christlich-demokratisches Werte-

verständnis. Angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Umbrüche beteiligt sich die Stiftung an grundsätzlichen Debatten über die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft und unseres Gemeinwesens. Zum 50. Geburtstag der Stiftung führte der Vorsitzende Bernhard Vogel dazu aus: ‚Der Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung besteht darin, die Zukunft – die Zukunft unseres freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens – zu ihrem Thema zu machen.‘

Die großen Volksparteien, CDU/CSU und SPD, sind gerade dabei, eine neue Grundsatzprogramm-Debatte anzustoßen; nach den 70er und den frühen 90er Jahren wird es der dritte, über Parteigrenzen hinausgehende Versuch sein, ihr jeweiliges politisches Profil angesichts der weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur in Deutschland aufs neue zu schärfen. Zwar hat es in früheren Jahrzehnten auch bedeutsame Programmdiskussionen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gegeben. Diese richteten sich aber stets vor allem an die Parteimitglieder selbst und weniger, wie bei den Grundsatzprogramm-Diskussionen, darauf, eine breitere Öffentlichkeit daran zu beteiligen.

Die vorgelegte Schrift möchte zu dieser Debatte einen kleinen Beitrag leisten, indem sie einlei-

tend einige Gedanken, Positionen und Thesen zu Kultur und Politik zur Diskussion stellt, und in einem dokumentarischen Teil aus programmatischen Äußerungen der CDU zitiert sowie ausgewählte Beiträge führender Repräsentanten der Union in Erinnerung ruft.

Der Band ist zu beziehen über:

Prof. Dr. Joerg-Dieter Gauger
Tel. (02241) 246-2 302
e-mail: joerg.gauger@kas.de

Vorankündigung

Cadenabbia-Anthologie

Die Villa La Collina, Konrad Adenauers ehemaliges Feriendomizil in Cadenabbia, ist eine kulturpolitische Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung. Dort findet seit 1995 die Autorenwerkstatt der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. In gemeinsamer, wettbewerbsfreier Runde von Autoren, Kritikern, Germanisten und Politikern wie Dr. Norbert Lammert (Präsident des Deutschen Bundestages, stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung) und Prof. Dr. Bernhard Vogel (Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D.) werden unveröffentlichte Texte gelesen und diskutiert.

Ausgehend von diesen jährlichen Zusammenkünften und in-



spiriert von den Reizen des Comer Sees sind zahlreiche Gedichte, Prosastücke und Tagebuchaufzeichnungen entstanden, u.a. von C.W. Aigner, *Elisabeth Borchers*, *Ulrike Draesner*, *Elke Erb*, *Durs Grünbein*, *Kerstin Hensel*, *Daniel Kehlmann*, *Uwe Kolbe*, *Johannes Kühn*, *Hartmut Lange*, *Andreas Maier*, *Thomas Hürlimann*, *Burkhard Spinnen*, *Arnold Stadler*. Ihre in dieser Anthologie gesammelten Texte zeigen Cadenabbia mit seiner reichen kulturellen Tradition als literarischen Ort. Vier einleitende Beiträge würdigen die Villa La Collina als Forum eines europäisch offenen Dialogs zwischen Literatur und Politik.

Kontakt:

Prof. Dr. Michael Braun

e-mail: michael.braun@kas.de.

CADENABBIA

ALS LITERARISCHER ORT

Schriftsteller am Comer See

Hrsg. v. Bernhard Vogel

Münster, LIT Verlag 2006.

Bezugsmöglichkeit

Falls das Buch Ihr Interesse findet, bieten wir Ihnen an, das Buch gegen eine Schutzgebühr von 10,00 Euro (inkl. Bearbeitungs- und Portogebühr) zu bestellen.

Bei größeren Bestellungen gewähren wir Ihnen gerne Sonderkonditionen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Robert Bischoff

E-Mail: robert.bischoff@kas.de

b) Veranstaltungen

Kulturabteilung: Ort des kontroversen Kulturdialogs

Die Kulturabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit mehreren Großveranstaltungen ihren Ruf als Ort des kontroversen Kulturdialogs in den letzten Monaten weiterhin gefestigt.

Das „Kulturjahr“ wurde traditionsgemäß mit einer großen Soloschau beendet, die 2006 Christian Hahn gewidmet war. Der ehemalige Stipendiat des Else-Heiliger-Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung begeisterte mit fulminanter Technik und gesellschaftspolitisch aufgeladener Thematik: In zahlreichen Variationen spürte er den Ausdrucksformen von Gewalt nach. Hahn gehört zu den Ausnahmerscheinungen in der jungen deutschen Malerei und reüssiert inzwischen international – zuletzt auf der ART Basel.

EHF 2010

Die Bildende Kunst stand auch im Mittelpunkt der Sonderausstellung EHF 2010, mit der ein neues Trustee-Programm aus der Taufe gehoben wurde, um den Fortbestand der erfolgreichen Künstlerförderung des Else-Heiliger-Fonds (EHF) der Konrad-Adenauer-Stiftung nach 2009 zu garantieren.

Drei Gründungstrustees gaben mit jeweils 30.000 Euro den Startschuss für ein Programm, das nachhaltig bürgerschaftliches Engagement für junge Bildende Kunst dokumentiert. In einer großen Ausstellung stellten 45 Künstler und Künstlerin-

nen der Stiftung Arbeiten zur Verfügung, die für höchstens 2010 Euro angeboten wurden, aber auf dem Kunstmarkt zu ungleich höheren Preisen gehandelt werden. Die Schau war schon am Eröffnungsabend ausverkauft. Der Gesamterlös wurde zu hundert Prozent der Künstlerförderung EHF 2010 zugeführt. Inzwischen sind neue Trustees gefunden und formieren den Fonds zu einer wichtigen Instanz für die junge Kunst.

ART FORUM Berlin

Schon sind die neuen Wegmarkierungen im Blick: Am 27. September präsentierten sich pünktlich zur Eröffnung des ART FORUM Berlin die aktuellen Stipendiaten des Else-Heiliger-Fonds und machten die KAS wieder einmal zur Talentbörse aufstrebender Künstler. Vertreten sind neben der Bildenden Kunst auch die Sparten Tanz, Komposition und Literatur. Die ausgewählten Stipendiaten konnten sich in einem Feld von über 600 Bewerbern durchsetzen.

Literaturpreisverleihung

Die Literaturarbeit der Kulturabteilung findet ihren alljährlichen Höhepunkt in der Literaturpreisverleihung in Weimar. Selten gab es mehr Öffentlichkeit für einen Preisträger als in diesem Jahr bei der Verleihung an den Schriftsteller Daniel Kehlmann. Noch bevor Kehlmann durch die Medien zum Shootingstar der aktuellen deutschsprachigen Literatur gekürt wurde, hatte sich die Jury für diese Wahl entschieden. Die Laudatio hielt Roland



Bulirsch. Erstmals fiel Kehlmann der KAS im Rahmen einer Literaturwerkstatt in Cadenabbia auf, als er – noch gänzlich unbekannt – aus seinen Manuskripten las.

Hommage

Das literarische – in diesem Fall: gesprochene – Wort steht auch im Mittelpunkt des Lebens von Jutta Lampe. Der gefeierten Schauspieler, die nicht nur an allen großen Bühnen Triumphe erlebte, sondern auch im Film erfolgreich wirkte, galt die Hommage 2006 für herausragende Persönlichkeiten der deutschsprachigen Kultur. Mehr als 500 Gäste ehrten gemeinsam mit dem Laudator Peter Raue und Bundestagspräsident Norbert Lammert die große Mimik mit minutenlangen stehenden Ovationen.

Internationaler Kulturabend

Zu den Highlights des Frühlings zählte auch 2006 der internationale Kulturabend, der sich in diesem Jahr der Schweiz zuwandte. 800 Vertreter aus Politik, Diplomatie und Kultur drängten sich auf Einladung des Schweizerischen Botschafters Dr. Werner Baumann (jetzt als Botschafter in Kanada) und des KAS-Generalsekretärs Wilhelm Staudacher in der Akademie und genossen das vielfältige Spektrum der dreisprachigen Schweiz. Neben der Literatur von Guy Krneta und des Jazz des Jérôme-Berney-Trios fand die Ausstellung mit Arbeiten der international renommierten Künstlerin Annelies Štrba, die dem photographischen Impressionismus zuzuordnen sind, besondere Aufmerksamkeit.

Denkmalschutzforum 2006

Neben den feierlichen Anlässen sind es auch die kulturpolitisch brennenden Themen, die die Kulturarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung prägen. Im Rahmen des Denkmalschutzforums 2006 widmete sich die Stiftung in einer großen dreitägigen Konferenz und Exkursion der Umwidmung von städtischen und ländlichen Kirchenbauten. Unter dem Titel „Die Vertreibung aus dem Tempel“ spürte die Tagung, den kulturpolitischen, gesellschaftspolitischen und kulturgeschichtlichen Implikationen nach, die sich daraus ergeben, dass immer mehr Kirchenbauten leer stehen oder einer Fremdnutzung zugeführt werden. Vertreter der Kirchen, der Politik, der Kunstwissenschaft und des Denkmalschutzes trafen sich zu dieser Konferenz in Berlin.

Die Kulturarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wird auch in den kommenden Monaten nachhaltige Akzente in der Kulturszene der Hauptstadt setzen.

Information:

Dr. Hans-Jörg Clement,
Leiter Kultur,
HA Begabtenförderung und Kultur
e-mail: hans-joerg.clement@kas.de

Literatur als Erinnerungskultur

X. Literarisch-Politisches
Symposium der Konrad-
Adenauer-Stiftung (16.11.2006)

Im Zuge der Gedenkjahre (60 Jahre Kriegsende) und der Denkmaldebatten ist die öffentliche Erinnerungskultur zum wichtigen Thema geworden. Als

Anwälte und Hüter der Erinnerung sind die Schriftsteller besonders gefragte und zugleich fragende Gedächtnisinstanzen: Wem die Geschichte gehört, ob und wie man aus ihr lernen kann, inwiefern Erinnerung die Gesellschaft zusammenhält, wieviel Erinnerung eine Wissensgesellschaft und Gedächtniskultur im 21. Jahrhundert benötigt, und auf welche Weise die Literatur einen Beitrag zu einer europäischen Kultur leisten kann, in der man über Opfer und Täter ohne gegenseitige Verdächtigungen und Schuldaufrechnungen sprechen kann: Darüber geben Autobiographien und Romane von Autoren verschiedener Generationen Auskunft.

Dem Thema „Literatur als Erinnerungskultur“ widmet sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Reihe Literarisch-Politischer Symposien am 16. November 2006 in ihrer Akademie am Tiergarten. Harald Weinrich (Collège de France, Paris) referiert über *Gebote und Verbote des Erinnerns und Vergessens*, Stefan Neuhaus (Innsbruck) über den *Streit um die Erinnerung in der deutschen Gegenwartsliteratur*. Eine von Hajo Steinert (Deutschlandfunk) moderierte Podiumsdiskussion stellt die Frage *Wem gehört die Erinnerung?* an Teilnehmer verschiedener „Erinnerungskulturen“: Julia Franck (Autorin, Berlin), Christian Meier (Historiker, München), Ernst Pöppel (Neurowissenschaftler, München), Hermann Schäfer (Kulturpolitiker, Berlin) und Harald Weinrich. Die Veranstaltung wird beschlossen mit einer Autorenlesung von Uwe Timm, der aus



seinen Erinnerungsbüchern „Am Beispiel meines Bruders“ (2004) und „Der Freund und der Fremde“ (2005) liest. Das Symposium beginnt um 17:00 (bis 21:00 Uhr) und wird eröffnet von Bundesministerin a.D. Dr. Dorothee Wilms.

Information:

Prof. Dr. Michel Braun

HA Begabtenförderung und Kultur

e-mail: michael.braun@kas.de

Kommunalpolitische Themenseminare im Bildungszentrum Schloss Eichholz zum Schwerpunkt Kultur

Kommunale Kulturförderung und Kulturarbeit – in welcher Form, für wen und warum überhaupt? Das sind die immer wieder auftauchenden Fragen an kommunale Kulturpolitik und Kulturverwaltung. Ernsthaft wird der kommunale Kulturauftrag nicht grundsätzlich infrage gestellt, aber ein gewisser Legitimationsbedarf ist in der öffentlichen Diskussion nicht zu übersehen. Vor diesem Hintergrund wurden die Seminar-schwerpunkte 2006 ausgewählt: „Kultur als Staatsziel“ und „Kultur als wirtschaftliche Wertschöpfung“.

Kultur als Staatsziel

Bei der Auseinandersetzung darüber, ob die Kulturförderung eine „freiwillige“ oder eine „Pflichtaufgabe“ ist, sind die kommunale Kulturförderung und die Gemeindeordnungen Gegenstand der Debatte. Damit

ist zum einen eine Verankerung im rechtlichen Sinne gemeint. Die andere ist die „Verankerung der Notwendigkeit“ kommunal-staatlicher Kulturfinanzierung in der Öffentlichkeit und den politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Daher haben die Diskussionen um Grundversorgung, Kulturstaat und Pflichtigkeit eine rechtliche und eine inhaltlich konzeptionelle Dimension.

Eine mehr oder weniger konkret formulierte Staatszielbestimmung Kultur teilt mit anderen Staatszielbestimmungen das rechtliche Schicksal eher weicher, relativer und jedenfalls unklarer Normativität. Ihr Sinn und Nutzen ist demnach umstritten. Ihre Effektivität liegt wesentlich auch in den Händen der zuständigen Verfassungsgerichtsbarkeit (Verfassungskonkretisierung durch die Verfassungsrechtssprechung). Auszuschließen sind normative Verpflichtungsgehalte einer neuen Staatszielbestimmung Kultur gegenüber Ländern und Kommunen also keineswegs. Eine auf die Sicherung tradierter öffentlicher Kulturinstitutionen bedachte Schutz- und Förderaufgabe fände in einer kulturstaatlichen Verfassungsgewährleistung durchaus eine ernstzunehmende rechtliche Stütze. Allerdings bleibt auch ein Kulturstaatsziel immer eine relative Verpflichtung, die in ihrer Abhängigkeit von faktischen Möglichkeiten und der rechtlichen Konkurrenz anderer Aufgaben gesehen werden muss. Daraus ergibt sich eine realistische Perspektive auf die normative Bindungskraft einer Staats-

zielbestimmung Kultur, die sogar auch mit Bezug auf die Gemeinden unmittelbare Verpflichtungswirkung im Rahmen des Möglichen und Vernünftigen entfalten kann.

Das Mögliche und Vernünftige hin wiederum macht nun den wesentlichen Teil der inhaltlich konzeptionellen Dimension einer kulturellen Grundversorgung aus. Welche neuen Aufgaben stellen sich der kommunalen Kulturarbeit unter veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen?

Zu den klassischen Bereichen „verwalten, veranstalten, fördern“ gesellen sich neue Aufgaben die unter dem Obertbegriff „Kulturarbeit als Vermittlungs- und Ermutigungsarbeit“ zusammengefasst werden könnten. Im Einzelnen seien genannt: Kulturinformation, Angebotsdarstellung im Internet, „aufsuchende Kulturarbeit“, Definition von Förderkriterien, Auseinandersetzung mit Betriebsformen, Beschäftigungsformen, Sponsoring sowie Planung und Steuerung innerhalb von Verwaltung und Politik.

Kultur als wirtschaftliche Wertschöpfung

Im zunehmenden Konkurrenzkampf der Politikfelder in den kommunalen Haushaltsberatungen ergibt sich auch die Notwendigkeit, der Kulturförderung eine zusätzliche Legitimationsbasis zu verschaffen. Gute Argumente liefert dazu die Kulturstatistik, die beweist, dass mitt-



lerweile mehr Menschen in der Kulturwirtschaft tätig sind als in der Automobilindustrie.

Lokale und regionale Strategien zur Nutzung und Förderung von Kultur und Kulturwirtschaft erfordern allerdings visionäre und engagierte Persönlichkeiten, die sich für dieses Segment lokaler Ökonomien interessieren. Die Kulturwirtschaft ist bisher in der öffentlichen Wahrnehmung eher unterrepräsentiert. Regelmäßige Kulturentwicklungs- und Kulturwirtschaftsberichte auf kommunaler und auch regionaler Ebene wären allerdings ein gutes Instrument, die zunehmende Bedeutung des kulturellen Sektors vor allem im Hinblick auf die grundlegenden Wandlungen der Arbeitsgesellschaft zu dokumentieren.

Information:

Ursula Gründler

HA Politische Bildung (Eichholz)

e-mail: monika.gruendler@kas.de

Letzte Meldungen

„Idomeneo“

Die Abesetzung des des „Idomeneo“ zieht weitere Kreise. Intendantin Harms kann sich auf Warnungen des LKA Berlin berufen (s. den Bericht in der FAZ vom 28. September: „Spielplanänderung“). Trotzdem legt BILD noch mal nach (28. September 2006): „Nehmen wir zuviel Rücksicht auf den Islam?“, s. weiter FAS vom 1. Oktober; WamS vom 1. Oktober 2006: „'Idomeneo' oder der Mullah im Kopf“, DIE WELT vom 30. September 2006: „Kameras aus!“, DIE ZEIT vom 5. Oktober 2006: „Die Stunde der Feiglinge“ u.v.a.m.

Grass und die FAZ

Die FAZ vom 29. September 2006 veröffentlicht und kommentiert einen Brief von Günter Grass an den damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller, er solle sich doch zu seiner (bekannten) Mitgliedschaft in der SA bekennen: „Beichten Sie, es wäre eine Erleichterung!“.

Kommentar überflüssig, „doppelte Moral eines Moralisten“ nennt das der GA vom 30. September 2006. Jetzt klagt Grass gegen die FAZ (7. Oktober 2006).

Baden-Württemberg

Verkauf gestoppt

Dass es sich bei den Hands-

schriften, die nach dem Willen der Landeregierung aus dem Bestand der Badischen Landesbibliothek zum Verkauf angeboten werden sollen, um angebliche Rechtsansprüche des Hauses Baden zu umgehen (mit dem geplanten Erlös von 70 Mio Euro soll Schloss Salem restauriert und in eine gemeinnützige Stiftung überführt werden), allein um Besitz des Landes, nicht „um ein „Reservevermögen der (badischen) Markgrafen“, handelt, behandelt ein Gutachten des Heidelberger Finanz- und Steuerrechtlers Reinhard Mußnug in der FAZ vom 29. September 2006, der in der FAZ vom 10. Oktober noch einmal nachlegt, s. weiter SZ vom 29. September: „Unter Kulturbanauen“, FAZ vom 7. Oktober 2006.

Auch Kulturstaatsminister Neumann hat sich gegen den Verkauf ausgesprochen („nationales Gewicht“).

Letzter Stand: Ministerpräsident Oettinger hat ein „Drei-Säulen-Modell“ vorgeschlagen: Sponsoren und Mäzene sollen geworben, Gelder aus dem Landeshaushalt verwendet und andere „Kulturgüter“ sollen verkauft werden (FAZ vom 10. Oktober 2006).

Dieses Modell scheint sich jetzt zur realisieren, s. den Bericht in der FAZ vom 11. Oktober 2006: Dem Haus Baden werden zunächst 30 Mio Euro im Rahmen eines außergerichtlichen Vergleichs zur Verfügung gestellt, weitere 30 Mio gehen in eine Stiftung für Schloss Salem, in die Mittel der Landesstiftung, ein „Solidarbeitrag des Kunst- und Bibliotheksbereichs“ und Spenden einfließen sollen.



Finanzierung/ Sponsoring

Dresden: Museen

Wegen Einsparmaßnahmen (Abbau von 459 auf 259 Mitarbeiter) der sächsischen Staatsregierung sieht der Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen, Martin Roth, den Betrieb gefährdet und rechnet mit Schließungen (BZ vom 21. September 2006).

Buch

„Das Buch lebt!“

mit dieser Einschätzung eröffnet die FAZ vom 30. September 2006 ihren Vorabkommentar zur Frankfurter Buchmesse 2006: Immerhin 100.000 Neuerscheinungen. Probleme der Verlage sieht die FAZ in der Verwertungsproblematik, auf dem Schulbuchmarkt und in der zunehmenden Konzentration im Buchhandel. Dass sich der Umsatz belebt hat, berichtet auch die WamS vom 1. Oktober 2006, allein in den ersten 8 Monaten ein Umsatzplus von 2,2 %. Dabei gehe „der Trend zum billigen Buch“; mit 54,8 % liegt der Sortimentsbuchhandel immer noch weit vorne; Internetshops halten derzeit erst 6,9 %.

Musik/Oper

Opernhaus des Jahres

Die Staatsoper Stuttgart ist zum sechsten Mal „Opernhaus des Jahres“ (GA vom 5. Oktober 2006).

Sprache

Kein Denglisch

NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers will seinen Ministern empfehlen, weniger englische Begriffe zu verwenden (GA vom 5. Oktober 2006).

Theater

Don't smoking

Der Deutsche Bühnenverein will ein Rauchverbot auf den Bühnen verhindern, weil in vielen Dramen das Rauchen Bestandteil des Stückes sei (SZ vom 6. Oktober 2006).

Zitate

„Es ist erschreckend, wie wenig Geschichtsbewusstsein viele Jugendliche haben.“

Schauspieler Hajo Ferch anlässlich des Films „Die Mauer – Berlin 61“, lt. GA vom 23. September 2006.

Die ZEIT: „Herr Beck, wir haben gehört, Sie lesen Gedichte. Welche denn?“

Kurt Beck: *Ich bin da nicht festgelegt. Ich lese moderne Gedichte, aber auch Brecht.*“

Ministerpräsident Kurt Beck im Gespräch mit der ZEIT vom 5. Oktober 2006.

„Unser Wunschminister“

Schauspielerinnen Senta Berger über Kulturstaatsminister Bernd Neumann, lt. BamS vom 15. Oktober 2006.

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, dass Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.